

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 10. Februar 2015

www.epd.de

Nr. 7

»Welt-retten« konkret:

Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«?

Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Dr. Thomas Schiller

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

■ »Für einen neuen Gesellschaftsvertrag«

Die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages, der den sozialen, ökologischen und ökonomischen Umbau unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems vorantreibt, ist Teil eines kritischen zivilgesellschaftlichen Diskurses. Das vom Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt und der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD veranstaltete Symposium versteht sich als Teil dieses Denkprozesses. Mit der vorliegenden Ausgabe der epd-Dokumentation werden die Vorträge und Inputs dieser Tagung einer größeren Öffentlichkeit für die weitere Diskussion zur Verfügung gestellt.

Der Begriff der »Großen Transformation« knüpft an die Analysen Karl Polanyis an, die er in seiner 1944 erschienenen gleichnamigen Studie entwickelte. Während in vormodernen Gesellschaften die Wirtschaft stets in gesellschaftliche Rahmenordnungen eingefügt war, entstand durch die Entwicklung der liberalen Marktwirtschaft historisch erstmalig ein Dualismus von Wirtschaft und Gesellschaft. Diese »Entbettung« der Ökonomie aus dem gesellschaftlichen Normengefüge hat zu einem Verlust ihrer politischen und kulturellen Steuerung und damit zu einem problematischen Eigenleben geführt. Wenn ökonomisches Handeln sich nicht mehr ethisch legitimieren muss, sondern als moralisch neutral

gilt, verliert es seine lebensweltliche Handlungsorientierung gegenüber Zielen wie sozialer Gerechtigkeit oder dem guten Leben aller.

Genau hier setzt das Hamburger Symposium an, das dazu beitragen will, der marktradikalen Gesellschaftstransformation eine emanzipatorische Perspektive entgegenzusetzen. Es geht in diesem Sinne einen Schritt weiter als der *Berliner Transformationskongress* von DGB, DNR und mehreren Institutionen der EKD im Jahr 2012. Den Schwerpunkt bildet die Diskussion über die Spannungsfelder in dieser Debatte: Welche Hindernisse, welche Widersprüchlichkeiten und Interessen in und zwischen Evangelischer Kirche, Gewerkschaften und Naturschutzverbänden stehen der Idee eines gemeinsamen Gesellschaftsvertrags im Weg? Wie können diese Konflikte gelöst werden? Welche Schnittmengen bestehen zwischen den drei beteiligten Spektren?

Panel 1 »Transformationsmodelle in historischer und aktueller Perspektive« fragte nach den Konturen eines systematischen Begriffs von Transformation, thematisierte die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, die in einen sozial-ökologischen Umbau einbezogen werden müssen und nahm die Debatte um die Verträglichkeit einer Großen Transformation mit dem Konzept der Offenen Gesellschaft in den Blick.

Panel 2 »Außenperspektive: Organisationssoziologischer Blick auf die

Beteiligten« fokussierte milieutheoretisch die unterschiedlichen Wertegefüge, Handlungsmuster und Sozialstrukturen der drei Organisationen sowie ihre Fähigkeit zur kritischen Selbstreflexion. Anhand des Impulses »Reparieren in Gemeinschaft...« fragte es nach der Möglichkeit von Transformation durch Basisinitiativen.

In *Panel 3* »Binnenperspektive: Wie hältst Du's mit der Transformation?« referierten und diskutierten je ein Vertreter aus den Bereichen Gewerkschaft, Naturschutz und Evangelische Kirche/Diakonie die Themen: Was sind die Elemente des sozial-ökologischen Umbaus aus Sicht der jeweiligen Organisation? In welchem Rahmen könnte sie sich einem Programm zum sozial-ökologischen Umbau anschließen? Was fördert, was behindert diesen Entschluss?

Panel 4 »Von der Binnenlogik zur Zusammenarbeit – Fazit und Vereinbarungen« blickte auf das geographische Gebiet der Nordkirche. Die Leitfragen waren: Gibt es hier eine gemeinsame Perspektive auf die »Großen Transformation«? Wie gelingt den Organisationen trotz ihrer Binnenlogik und eher nur partieller Schnittmengen bei Themen und Zielen eine strategische Zusammenarbeit? Wo liegen die Grenzen?

(Dr. Ralf Ptak und Pastor Oliver Stabenow, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt)

Quellen:

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«?

Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche, in Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD.

Hamburg, 23. - 24.09.2014

Aus dem Inhalt:

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Panel 1: Transformationsmodelle in historischer und aktueller Perspektive

- ▶ Prof. Dr. Uwe Schneidewind:
Auf dem Weg zu einer transformativen »Literacy« – Lost in Transformation? 5
- ▶ PD Dr. Ralf Ptak:
Konzepte und Theorien: Die wissenschaftliche und politische Transformationsdebatte
im Überblick 9
- ▶ Prof. Dr. Adelheid Biesecker:
Grundlegende Spannungsfelder der Transformationsdebatte – Drei Gedanken 16
- ▶ Prof. Dr. Jan Schnellenbach:
Brauchen wir eine neue »Große Transformation«? – Einige kritische Anmerkungen 19
- ▶ Prof. Dr. Ulrich Brand:
Grundlegende Konflikte der Debatte um eine sozial-ökologische Transformation 23

Panel 2: Außenperspektive – Organisationssoziologischer Blick auf die Beteiligten

- ▶ Prof. Dr. Dieter Rucht:
Wer organisiert die »Große Transformation«? 27
- ▶ Prof. Dr. Gerhard Wegner:
Wie bündnisfähig ist die Kirche? – Über die Organisation von Interessen
im Prozess der »Großen Transformation« 32
- ▶ Maria Grewe M.A.:
Reparieren in Gemeinschaft – wie Reparieren die Welt retten soll 37

Panel 3: Binnenperspektive – Wie hältst Du's mit der Transformation?

- ▶ Prof. Dr. Felix Ekardt:
Wie hältst Du's mit der Transformation? Eine Perspektive aus dem BUND auf
die Nachhaltigkeits- und Klimadebatte 41
- ▶ PD Dr. Norbert Reuter:
»Große Transformation« zwischen Gestaltung und Chaos 46
- ▶ Heinz Fuchs:
Wie hältst du es mit der Transformation? – Zukunftsfähiges Wirtschaften in Kirchen
und Aktivitäten von Brot für die Welt auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen
Transformation 52

Panel 4: Von der Binnenlogik zur Zusammenarbeit – Fazit und Vereinbarungen

- ▶ Dr. Andreas Tietze:
Das Potential der Nordkirche **58**

- ▶ Dr. Susanne Uhl:
Muten wir uns etwas zu – Einige Stichworte zur Zusammenarbeit
der Organisationen **61**

- ▶ Alexander Porschke:
Von der Binnenlogik zur Zusammenarbeit – Fazit und Vereinbarungen / Statement **64**

- ▶ Theo Christiansen:
Die evangelische Kirche und die »Große Transformation«: Eher Teil des Problems
als Teil der Lösung **66**

Panel 1:**Transformationsmodelle in historischer und aktueller Perspektive****Auf dem Weg zu einer transformativen »Literacy«
Lost in Transformation?¹**

Von Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal- Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH; Mitglied des Beirats vom WBGU

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«?
Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Welche Orientierungen und Fähigkeiten braucht eine Gesellschaft, die sich in einem fundamentalen Umbruch befindet? Wir stehen vor einer großen »Alphabetisierungsherausforderung«, um in angemessener Weise mit dem Epochenwandel im 21. Jahrhundert umzugehen.

Die große Transformation – ein technologisches, ökonomisches, institutionelles und kulturelles Projekt

In seinem Hauptgutachten zur »Welt im Wandel« aus dem Jahr 2011 fordert der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU 2011) eine »große Transformation«. Damit meint er einen »nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft«, der neben neuen technologischen Lösungen und Produktionsformen auch eine Anpassung von Konsummustern und Lebensstilen erfordert. Es geht um umfassende Systeminnovationen, die neben neuen Technologien ein verändertes Nutzerverhalten, angepasste Regulation, Infrastrukturen und kulturelle Muster umfassen. Nur dadurch scheint die Menschheit die Zivilisationsherausforderungen des »Anthropozän« meistern zu können, nämlich verantwortungsvoll in einer Welt zu handeln, in der die Menschheit selber zum zentralen Motor globaler ökologischer Prozesse geworden ist.

Vier Dimensionen spielen bei der Diskussion über solche umfassenden Wandlungsprozesse eine zentrale Rolle (vgl. Abb. 1):

(1) *Eine technische Dimension:* Ist die Transformation technologisch machbar? Welcher Technologien bedarf es?

(2) *Eine ökonomische Dimension:* Ist der Aufwand für eine Transformation finanzierbar? Wie

sehen die ökonomischen Mechanismen der Veränderung aus?

(3) *Eine institutionelle Dimension:* Welche Form von Regulierung und Steuerung braucht eine große Transformation?

(4) *Eine kulturelle Dimension:* Mit welchem Kulturwandel geht eine große Transformation einher?

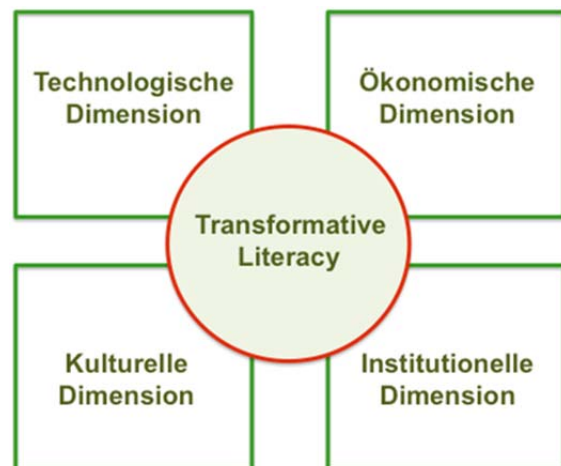


Abbildung 1: Die vier Dimensionen einer transformativen Literacy

Alle vier Dimensionen sind eng miteinander vernetzt. Gesellschaften sind für einen solchen Wandel darauf angewiesen, dass es ausreichend Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gibt, »die Informationen über gesellschaftliche Transformationsprozesse so verstehen und nutzen, dass es ihnen gelingt, diese Prozesse angemessen zu interpretieren und sich in sie aktiv einzubringen«. Es braucht ein grundsätzliches Verständnis von wünschenswerten Zielen, von Akteuren und ihren Wirkungsmöglichkeiten in einer zunehmend ausdifferenzierten und funktionalisierten Welt. Diese Fähigkeit kann als eine »transformative Literacy«² beschrieben werden.

Drei Defizite

Auf drei Ebenen zeigen sich Defizite transformativer Literacy in modernen Gesellschaften:

(1) Zwar existiert heute umfassendes technologisches, ökonomisches, institutionelles und kulturelles Wissen. Aber das dominante Wissen innerhalb jeder dieser Dimensionen ist in seinen Perspektiven eingeschränkt und wird den Herausforderungen einer großen Transformation nicht wirklich gerecht.

(2) In der gesellschaftlichen Anwendung gibt es erhebliche Schwerpunktverwerfungen zwischen den einzelnen Dimensionen. Wir leiden unter einem technisch-ökonomischen Bias in unseren Antworten.

(3) Existierendes wissenschaftliches Wissen wird oft nicht handlungspraktisch, es ist nicht »sozial robust« und fließt daher kaum in Transformationsprozesse ein. Aber genau darum geht es bei einer »Literacy«.

Von einer umfassenden transformativen Literacy sind moderne Gesellschaften daher noch erheblich entfernt. Die Überwindung der drei – im Folgenden näher skizzierten Defizite – ist die große »Alphabetisierungsherausforderung« für die Gesellschaften des 21. Jahrhunderts.

Technologie – außer System und Band

Der Zuwachs an technologischer Literacy in modernen Gesellschaften war in den vergangenen 100 Jahren fulminant. Die Fortschrittsgeschichte des 21. Jahrhunderts ist insbesondere eine Geschichte des naturwissenschaftlich-technischen Fortschritts. Dabei dominierte die technologische Wirkmächtigkeit den Fortschrittsimpuls. Spätestens mit Entstehen der Atomtechnologie wurde die Ambivalenz technischer Entwicklung deutlich. Insbesondere großtechnologische Dynamiken führen zu nicht beabsichtigten Nebenfolgen und machen moderne Gesellschaften immer stärker zu »Risikogesellschaften« (Ulrich Beck). In der Summe der technologischen Wirkmächtigkeit haben sie die Erdgeschichte in das »Anthropozän« (Paul Crutzen) überführt, in der die Menschheit erstmals zum zentralen geo-ökologischen Faktor wird und »planetarische Grenzen« (Johann Rockström) herausfordert.

Für eine künftige technologische Literacy hat das massive Folgen. Sie darf sich nicht mehr nur alleine von der isolierten technologischen Machbarkeit leiten lassen, sondern muss technologische Innovation eingebettet in ihren sozialen und

ökologischen Wirkkontexten verstehen. Technologische Paradigmen, die von der Ernst Bloch'schen Vision einer »Allianztechnik« inspiriert sind, gewinnen ebenso an Bedeutung wie z.B. eine chemische Produktentwicklung, die die Beherrschung ökologischer Folgen schon im Design mitbedenkt. Die Beispiele der Energiewende, urbaner Transformationstrends oder der landwirtschaftlichen Transformation machen deutlich, wie in diesen ursprünglich technologisch dominierten Transformationsfeldern Technologien für eine nachhaltige Transformation integriert verstanden werden müssen.

Ökonomie – in der neoliberalen Falle

Neben der technologischen ist es die ökonomische Entfesselung gewesen, die die Wohlstandsexpansion der letzten Jahrzehnte getrieben hat. Die radikale Liberalisierung von Waren- und Kapitalmärkten im globalen Maßstab hat die Produktivkraft privater Kapitalverwertung in nicht geahnte Höhen katapultiert. Eine von Effizienz-, Liberalisierungs- und Wachstumslogik geprägte und von der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie unterstützte ökonomische Literacy hat diese Entwicklung stark unterstützt. Doch ähnlich wie im technologischen Bereich holen uns die unbeabsichtigten Nebenfolgen dieser ökonomischen Logiken ein: Es wird immer deutlicher, dass ein Großteil des Wachstums auf ökologische und soziale »Landnahmen« (Klaus Dörre) zurückgeht. Und spätestens seit der Finanzkrise von 2008 ist klar, dass es auch immanent ökonomische Grenzen einer zunehmend von der Realwirtschaft entkoppelten Ökonomie gibt.

Effizienzgewinne werden immer stärker mit Wohlstandsverlust statt -gewinn erkaufte. Es zeichnet sich ab, dass die Welt vermutlich nur »ineffizient« zu retten ist – durch eine Rückbesinnung auf ökonomie-, d.h. von Privatkapitalinteressen freie Räume, eine Wiederbelebung von Gemeingütern (Commons), auf Wohlstandsperspektiven für Postwachstumsgesellschaften. Auf alle sich hieraus ergebenden Fragen bietet die moderne Wirtschaftswissenschaft kaum Antworten. In der ökonomischen Dimension sind moderne Gesellschaften erschreckend analphabetisiert.

Institutionengestaltung – welches institutionelle Design braucht das Anthropozän?

Institutionelle Literacy zielt auf den Steuerungs-, den »Governance«-Rahmen für gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Für die Nachkriegsgesell-

schaften des 20. Jahrhunderts waren dabei die Friedenssicherung, die Ermöglichung eines gerecht verteilten Wohlstandes sowie die Gewährleistung demokratischer Ordnungen zentrale Antriebsmotive. Der dabei entstandene institutionelle Rahmen demokratischer sozialer Marktwirtschaften, eingebettet in globale Friedensordnungen, ist Ausdruck einer beeindruckenden institutionellen Literacy und eine der großen menschlichen Kulturleistungen am Ausgang des zweiten Jahrtausends.

Vor dem Hintergrund der wachsenden globalen ökologischen, sozialen und ökonomischen Herausforderungen wird dieses im Wesentlichen national stabilisierte Institutionengerüst brüchig. Die ernüchternden Ergebnisse globaler Umweltverhandlungen signalisieren ähnlich wie die Schwierigkeiten, global soziale Gerechtigkeit zu organisieren, den Weiterentwicklungsbedarf. Dabei gilt es, die neuen zivilgesellschaftlichen Dynamiken und das Wissen lokaler Akteure noch stärker als bisher einzubeziehen. So vollziehen sich heute viele relevante Transformationen jenseits erstarrter internationaler Klimaverhandlungen in den Transition Towns dieser Welt genauso wie durch den Einsatz von Vorreiter-Unternehmen oder Social Entrepreneurs. Hier entstehen die Bausteine einer neuen institutionellen Literacy im Anthropozän.

Kultureller Wandel – der weiße Alphabetisierungsfleck

Kultur umfasst die Wahrnehmungs- und Wertsysteme sowie die eingeübten Handlungsrouninen einer Gesellschaft. Sie ist die kollektive mentale Software unseres Handelns. Jede technologische, ökonomische und institutionelle Veränderungsdynamik ist letztlich hier kodiert. Und sie ist erstaunlich langlebig – so leitet uns das aus dem Epochenbruch des 18. Jahrhunderts stammende Programm einer »expansiven Moderne« auch heute noch. Jede »große Transformation« ist daher im ersten Schritt immer kultureller Wandel.

Also ist ein Bewusstsein für das Wirken und die Kraft dieser kulturellen Programme und für Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung nötig. Ein solches Bewusstsein ist Ausdruck kultureller Literacy, des Verständnisses für kulturelle Verankerungen und Veränderungen. Hier besteht der größte Entwicklungsbedarf. Zu selbstverständlich wirkt das Programm der westlichen Moderne in uns.

Technologiefixierung und die Rolle der Wissenschaft

Schon die Betrachtungen zu den einzelnen Dimensionen einer transformativen Literacy zeigen: In jeder einzelnen Dimension gibt es hohe Entwicklungsbedarfe. Besonders herausfordernd ist aber der unterschiedliche Entwicklungsstand zwischen den Dimensionen: Wir sind technisch und in einem engen ökonomischen Sinne hochgradig alphabetisiert, können dort vor Kraft kaum noch laufen. Institutionell und kulturell hinken wir aber hinterher. Transformative Literacy bedeutet, hier zu neuen Gleichgewichten zu kommen. Die zentralen Entwicklungs Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind institutioneller und kultureller und nicht mehr technologischer und ökonomischer Natur.

Der Wissenschaftsbetrieb der letzten Jahrzehnte zeichnete sich durch disziplinäre Ausdifferenzierung und Logik aus. Das war insbesondere für die Stärkung technologischer Wirkmächtigkeit moderner Gesellschaften nützlich. Gleichzeitig ging die reflexive und kritische Kraft von Wissenschaft zurück. Wir sind daher aktuell weit entfernt von einer »transformativen Wissenschaft« (Schneidewind / Singer-Brodowski 2013), die gesellschaftliche Veränderungsprozesse umfassend zu verstehen hilft, kritisiert und Veränderungen aktiv begleitet. Die dafür nötigen transdisziplinären Herangehensweisen und Strukturen finden sich kaum im Wissenschaftssystem. Sie brauchen eine neue Experimentierkultur gerade im Bereich institutioneller und kultureller Veränderungen und müssen die Zivilgesellschaft in neuer Form in Wissensprozesse einbeziehen.

Fazit

Die »große Transformation« ist eine gewaltige Alphabetisierungsaufgabe – für alle Akteure in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. An der Entwicklung einer transformativen Literacy wird sich entscheiden, wie sich das »Zivilisationsprojekt Mensch« im 21. Jahrhundert weiterentwickelt.

Anmerkungen:

¹ Der Text ist eine leicht modifizierte Fassung folgenden Originaltextes: Die Zeichen richtig deuten, in: Politische Ökologie, Heft 133, Juni 2013, S. 39-44; Vollständiges Heft zur Großen Transformation unter www.politische-oekologie.de

² Vgl. hierzu die in Anlehnung an Roland Scholz entstandene Definition bei Schneidewind (2013).

Literatur:

Schneidewind, Uwe (2013): *Transformative Literacy – ein Bezugsrahmen für den wissensbasierten Umgang mit der »großen Transformation«*, in: *GAIA* 22/2, S. 82-86

Schneidewind, Uwe / Singer-Brodowski, Mandy (2013): *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg 2013

Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin: WBGU

Zur Person:

Dr. Uwe Schneidewind ist Präsident des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt, Energie und beurlaubter Professur für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit (Sustainable Transition Management) an der Bergischen Universität Wuppertal.

Kontakt: Uwe.Schneidewind@wupperinst.org



Konzepte und Theorien: Die wissenschaftliche und politische Transformationsdebatte im Überblick

Von PD Dr. Ralf Ptak, Volkswirt des KDA der Nordkirche und Privatdozent für
Ökonomische Bildung an der Universität zu Köln

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Im Allgemeinen steht der Begriff der Transformationen für Prozesse der Umwandlung und des Wandels. In der jüngeren politischen und ökonomischen Theorie wird die Angelegenheit konkreter, bedeutet Transformation hier – in Abgrenzung etwa zu abrupten oder revolutionären Veränderungen – eine allmähliche (schrittweise), gewollte oder auch schleichend-passive systemische Veränderung. So analysierte beispielsweise einer der führenden kritischen Politikwissenschaftler in der Zeit der bundesrepublikanischen Studentenbewegung, Johannes Agnoli (1974), die Entwicklung der modernen parlamentarischen Demokratie als Transformation hin zu einem rein rechtstaatlichen Sicherungssystem, das auf effiziente Weise kapitalistische Machtverhältnisse stabilisiert ohne soziale Mehrheitsverhältnisse zum Ausdruck zu bringen. In einem ganz anderen Sinne entwickelte sich der Transformationsbegriff in den 1990er-Jahren. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus entstand eine komplexe wirtschaftswissenschaftlich und wirtschaftssoziologisch ausgerichtete Transformationsforschung, die sich – durchaus in normativer Absicht – mit den Übergängen von Plan- zu Marktwirtschaften beschäftigt. Transformation bedeutet hier, institutionelle, rechtliche und wirtschaftspolitische Prozesse in Gang zu setzen, um eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung herzustellen.

Was aber bedeutet Transformation in der Gegenwart, wer will hier was, zu welchem Zweck transformieren?

Die neue Debatte über die Große Transformation

Die aktuelle Transformationsdebatte hat einen anderen methodischen und inhaltlichen Zugschnitt. Sie geht von einer tiefen strukturellen, kaum mehr zu beherrschenden globalen Krisensitua-

tion aus, in der ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Probleme zu einem Zustand geführt haben, der einen langfristigen wie grundsätzlichen Umbau der Gesellschaft notwendig macht – unabhängig von ideologischen Präferenzen. Diese Debatte wird gleichermaßen im wissenschaftlichen wie politischen Feld geführt. So hat etwa der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen mit seinem Hauptgutachten »Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« (WBGU 2011) die Diskussion um ökologische und sozioökonomische Grenzen einer breiteren Öffentlichkeit in Deutschland zugänglich gemacht. Daraus ist zwar noch kein wirkungsmächtiger Gesellschaftsdiskurs entstanden, wohl aber eine Debatte, die von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufgegriffen wurde, wie etwa beim Transformationskongress vom Deutschen Naturschutzring (DNR), Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und einigen Organisationen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Juni 2012 in Berlin (epd-Dokumentation 2012). Auf die verschiedenen theoretischen und politischen Ansätze in der aktuellen Transformationsdebatte wird später einzugehen sein, hier soll erstmal festgehalten werden, dass es sich um einen normativen Ansatz handelt, der einen neuen Gesellschaftsvertrag zur sozial-ökologischen aber auch ökonomischen Wende entwickeln und umsetzen soll.

Der Begriff der Großen Transformation ist auf die gleichnamige Publikation von Karl Polanyi zurückzuführen, die erstmals 1944 veröffentlicht wurde. Im Zentrum des Werks steht die deskriptiv-historische Analyse der Entstehung von Marktwirtschaften.¹ Seine Kernthese lautet, dass mit der Herausbildung liberaler Marktwirtschaften, die Sphäre der Ökonomie zu einer gegenüber der Gesellschaft autonomen Kategorie geworden ist. Nach Polanyi ist dieser Prozess der »Entbettung« historisch einmalig und unterscheidet sich von allen vorherigen Formen »integrierter« Gesellschaften, in denen die wirtschaftlichen Handlungen der Individuen immer in einen jeweils spezifischen kulturellen Zusammenhang eingebunden waren. Mit der Verselbständigung der

Ökonomie im Rahmen freier Marktwirtschaften entstand somit ein Dualismus aus Wirtschaftsordnung und Gesellschaft, der aus der Sicht Polanyis nicht nur zur Auflösung des Sozialen, sondern sukzessive auch zur physischen Zerstörung der Substanz moderner Industriegesellschaften führt. Das Problem der »Entbettung« des Marktes führt aus der Sicht Polanyis also zu einer Wirtschaftsweise, die sich von ihrer sozialen, kulturellen und ökologischen Grundlage entfernt, indem der Markt in der vermeintlich freien Marktwirtschaft als eigenständiges, weitgehend unreguliertes System funktioniert, ohne seine Folgen auf die Gesellschaft zu berücksichtigen. Diese Entwicklung ist für Polanyi der Prozess der Großen Transformation.

Von der Integration zur real-existierenden neoliberalen Transformation

Polanyis Untersuchung stand nicht zuletzt unter dem Eindruck der Folgen der katastrophalen Weltwirtschaftskrise von 1929/32. Das Laissez-faire-Verhalten der Politik hatte zu einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise mit einem Millionenheer an Arbeitslosen geführt, die durch eine austeritätsorientierte Krisenpolitik weiter verschärft wurde und nicht zuletzt den Aufstieg der NSDAP ermöglichte. Es war eine der zentralen Lehren aus dieser ökonomischen Fundamentalkrise, ihren politischen Folgen und zwei – nicht zuletzt durch ökonomische Interessen bestimmten – Weltkriegen, dass nach 1945 eine neue, integrierte (also eingebettete) Form des Wirtschaftssystem gefunden werden musste. So verständigten sich schon 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods 44 Nationen über eine neue Weltwirtschaftsordnung nach dem Krieg, die auf stabile Wechselkurse, eine gleichgewichtige Außenhandelspolitik und starke Regulierungen im internationalen Kapitalverkehr ausgerichtet sein sollte. Das nationalstaatliche Pendant war der »demokratische Kapitalismus« (Streeck 2013, 9), also die sozialstaatliche Einhegung eines ungebremsten Kapitalismus, die sich nach 1945 zumindest in allen Industriestaaten als Regelsystem etablierte. Es folgten aus ökonomischer Perspektive drei Jahrzehnte mit hohem Wirtschaftswachstum und niedrigen Arbeitslosenquoten, sogar Phasen der Vollbeschäftigung. In dieser Phase wurde eine umfangreiche öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge geschaffen, während gleichzeitig relativ hohe sozialstaatliche Standards erreicht werden konnten, die oft erst im Konflikt erkämpft wurden. Trotz mancher Defizite (patriarchale Gesellschaftsstrukturen und mangelnde Geschlechtergerechtigkeit, bleibende hohe Einkom-

mensungleichheit, kaum ökologisches Bewusstsein) kann diese Phase insgesamt als eine sozial, ökonomisch und gesellschaftspolitisch erfolgreiche Periode betrachtet werden.

Mitte der 1970er Jahre änderte sich diese Konstellation schrittweise, zwar zeitlich etwas versetzt aber doch in allen Industriestaaten, in modifizierter Form auch in den Schwellen- und manchen Entwicklungsländern. Vor dem Hintergrund von nachlassendem Wirtschaftswachstum, steigender Arbeitslosigkeit, hohen Inflationsraten und sinkenden Gewinnen kam es zur »neoliberalen Konterrevolution« (Milton Friedman), die das einstmals in die Geschichte verbannte Projekt einer Marktutopie als Gesellschaftsformation wieder in die Realität zurückführte. Ohne hier die Gründe für diese Entwicklung im Einzelnen erläutern zu können, bleibt festzuhalten, dass zum Ende der 1970er-Jahre ein Teil der ökonomischen und politischen Eliten den sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrag aufzukündigen begann und mit Unterstützung der bis dahin im Abseits stehenden radikalen neoliberalen Wirtschaftswissenschaft eine neoliberale Transformation in Gang setzte (Ptak 2008, 81 ff.). Aus heutiger Sicht kann man sagen, dass damit ein riesiges Langzeitexperiment an der Menschheit begonnen hat, das alle Beschreibungen (und die damit verbundenen Befürchtungen) Polanyis noch übertrifft. Denn der moderne wissenschaftlich geprägte Neoliberalismus ist ein radikalisiertes Projekt des klassischen Wirtschaftsliberalismus, das nicht nur den von Adam Smith gesetzten moralischen Rahmen der Marktwirtschaft (»Moral Sentiments«) sprengt, sondern den Liberalismus allein als ökonomische Dimension betrachtet, der von seinen politischen Wurzeln abgetrennt wird. Konsequenter sprach der wohl führende intellektuelle Neoliberale des 20. Jahrhundert, Friedrich August von Hayek (1981, 201), von der »Entthronung der Politik« als Kernziel des Neoliberalismus.

Sicher ist die Vision einer Marktgesellschaft nicht gleichzusetzen mit einer konkreten politischen, ökonomischen und sozialen Realität. Aber nachdem führende Industrienationen wie die USA oder Großbritannien unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher auf eine neoliberale Politik umgeschwenkt hatten, die in Deutschland in den 1980er-Jahren – wenn auch in abgeschwächter Form – unter Helmut Kohls Wende Platz greifen konnte (und später unter Kanzler Schröder massiv beschleunigt wurde), wurde das neoliberale Paradigma in unterschiedlicher Intensität und in jeweils länderspezifischen Ausprägungen zum globalen Leitbild der Wirtschafts- und Sozialpoli-

tik. In diesem Sinne handelt es sich um eine »langgezogene Wende vom Sozialkapitalismus der Nachkriegszeit zum Neoliberalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts.« (Streeck 2013, 19). Dessen Trias aus Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung bestimmt bis heute das Regierungshandeln, unter der Annahme, dass anonyme Märkte das effizientere und gerechtere Koordinierungssystem sei, weil Politik und der von vermeintlichen Interessengruppen geleitete Staat prinzipiell versagen. Zugleich wurde ein neues institutionelles Design einer neoliberalen Globalisierung (Ptak 2011, 19 ff.) geschaffen, ein Freihandel in der Tradition des Frühimperialismus, der alle Diskussionen aus den 1970er-Jahren über eine gerechte Weltwirtschaftsordnung in die Archive verbannte. Zur bedingungslosen Integration in den Weltmarkt gibt es aus neoliberaler Sicht keine Alternative, eigene Entwicklungsziele von ökonomisch wenig entwickelten Staaten, sofern sie sich nicht auf die komparativen Kostenvorteile stützen (niedrige Löhne, große Rohstoffvorräte), gelten per se als verfehlt.

Ergebnisse der neoliberalen Transformation

Ohne hier eine Übersicht über die konkrete empirische Lage der Folgen neoliberal inspirierter Politik geben zu können, zeigt selbst ein kurzer Blick auf die zentralen sozioökonomischen und ökologischen Trends, in welchen Dimensionen die Welt durch die neoliberale Transformation der vergangenen drei Jahrzehnte aus den Fugen geraten ist. Tatsächlich hat die neoliberale Form kapitalistischer Steuerung das immanente Maß üblicher politischer und konjunktureller Krisen bei weitem überschritten. In den Sozialwissenschaften wird deshalb von einer *multiplen Krise* gesprochen, d.h. von verschiedenen sich überlappenden Krisen, die insgesamt als eine tiefsitzende, strukturelle Krise der aktuellen Wirtschafts- und Lebensweise verstanden werden muss. Ausgehend davon, dass Mensch und Natur im Zentrum des Daseins stehen, haben wir es mit vier Teilkrisen zu tun, die in ihrem Zusammenwirken eben dieses Dasein bedrohen und das Potential haben, es zu zerstören.

Da wäre zunächst (1) die Reproduktionskrise zu nennen: Sie steht für eine Lebensweise, in der ganz überwiegend eine Produktion und Konsumtion gelebt wird, die planetarische Grenzen (IPCC 2007) außer Acht lässt, indem sie permanente negative externe Effekte erzeugt (im Sinne von sozialen und ökologischen Folgekosten, die auf Dritte in der Zukunft überwältigt werden). Natur und menschliche Arbeit, als reproduktive

Quelle aller schöpferischen Tätigkeit, werden für kurzfristige Interessen übernutzt und zerstört. Wir haben es (2) mit einer strukturellen Krise der kapitalistischen Ökonomie zu tun, die ihren Ursprung in der Krise der 1970er-Jahre hatte, denn bereits zu dieser Zeit zeigte sich, dass (mindestens) zwei zentrale Fragen beantwortet werden müssen: Was ist ein adäquates Wachstumsmodell reifer Volkswirtschaften, die über einen entwickelten Kapitalstock und hohes individuelles Konsumtionsniveau verfügen? Wie ist es zudem möglich, ökonomische Prozesse demokratisch so zu steuern, dass die »Grenzen des Wachstums« (Meadows et.al. 1972) tatsächlich respektiert werden und die Verteilungsgerechtigkeit als Grundlage eines gesellschaftlichen Zusammenhalts verbessert wird? Tatsächlich wurde seitdem lediglich versucht »Zeit zu kaufen«, wie Streeck sein bereits zitiertes Buch betitelt hat, ohne dass die zu Grunde liegenden Herausforderungen angepackt wurden. Im Gegenteil, die neoliberale Transformation hat die ökonomischen Probleme nochmals drastisch verschärft, wie an der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 deutlich geworden ist.²

Es zeigt sich (3) eine soziale Krise, in deren Zentrum die globale Zunahme der Ungleichheit steht. Sie ist der Sprengstoff, der Gesellschaften ins Wanken geraten lässt (Wehler 2013, Oxfam 2014). Stark gewachsene Ungleichheit der Einkommen und Vermögen, aber auch der Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, führen zur sozialen Spaltung, in den ärmsten Ländern zum permanenten Überlebenskampf. Auch die ökonomischen Effekte sind verheerend, schließlich bremst die Ungleichheit wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Brenke / Wagner 2013) und gefährdet gesellschaftlichen Stabilität als Grundlage ökonomischen Handelns. Soziale Unsicherheit fördert zudem Angst, welche die Gesellschaft zu einem schwankenden Boden werden lässt (Bude 2014), auf dem Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und fundamentalistische Gewalt gedeihen. Das führt uns (4) zur Krise der politischen Repräsentation. Es spricht einiges dafür, dass die eingangs vorgestellte Analyse Agnolis zur Transformation der Demokratie wahr zu werden droht – Colin Crouch (2008) spricht von Postdemokratie. Zentrales Merkmal dieser ist die zunehmende Unfähigkeit der Politik, ökonomische Prozesse zu steuern oder auch nur signifikant zu beeinflussen. Die institutionellen Strukturen der neoliberalen Transformation (z.B. das Wettbewerbsregime der EU, die deutsche Schuldenbremse oder der europäischer Fiskalpakt) haben eine Sachzwanglogik produziert, in der das Primat der Ökonomie zur

Normalität geworden ist. Durch die steigende Macht vor allem der transnationalen Konzerne (TNCs) und der Eigentümer sehr hoher Vermögen (die sog. Superreichen), die unmittelbar mit den sinkenden Handelsspielräumen der Politik korrespondiert, wird gleichermaßen das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und die Möglichkeiten demokratischer Veränderungen beschädigt.

Die Große Transformation aus normativer Perspektive

Unter dem Eindruck, dass die multiple Krise in eine möglicherweise existenzbedrohende Situation führt, bündeln sich in der Transformationsdebatte verschiedene wissenschaftliche, aber auch praktisch-politische Ansätze von Gegenstrategien. Gemeinsam ist den Beteiligten dieser Debatte, dass die multiple Krisensituation und hier vor allem das Faktum ökologischer Übernutzung ein anthropogenes Problem ist, das von Menschen verursacht, aber auch von ihnen veränderbar ist. Weitere Gemeinsamkeiten bestehen in der Einsicht einer hohen Dringlichkeit des Handelns (Zeitproblem) und in der Bewertung der gegenwärtigen Situation als grundlegender Zäsur. Dabei wird von einem beginnenden Epochenwechsel gesprochen, der nicht umkehrbar ist und dessen Option nur darin besteht, ihn zu gestalten und zu regulieren oder passiv geschehen zu lassen. So schreiben etwa Sommer und Welzer (2014, 26; Herv. im Original): »Verändern werden sich unsere Gesellschaften vor dem Hintergrund ihres nicht-nachhaltigen Stoffwechsels mit der außermenschlichen Natur auf jeden Fall; die Frage ist nur, ob *by design or by disaster*.« Auch die Vorstellung einer Einheit von Denken und Handeln, also das produktive Zusammenwirken von wissenschaftlichen und politischen Initiativen, dürfte ebenso zum Konsens in der Transformationsdebatte gehören wie die Annahme, dass nur eine interdependente Strategie den notwendigen Wandel bewerkstelligen kann.

Unterschiede gibt es hingegen im Hinblick auf die Reichweite (und damit gewissermaßen auch der langfristigen Ziele) der avisierten Transformation wie auch die politischen Instrumente. So zielt das Gutachten des WBGU (2011) in seiner normativen Dimension auf die sozial-ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft durch eine Art Green-New-Deal der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ab. Die implizite Annahme dieser Strategie besteht darin, dass innerhalb der marktwirtschaftlichen Demokratie wirkungsmächtige Eliten im Zusammenspiel mit der Zivilgesellschaft durch

das »Projekt einer ‚reduktiven Moderne‘« (Sommer / Welzer, 11) der Vernunft zum Durchbruch verhelfen. Die Marktwirtschaft selbst soll durch eine entsprechende Anreizsteuerung zum wichtigen Instrument der sozial-ökologischen Modernisierung werden. Andere Autorinnen und Autoren wie beispielsweise Adelheit Biesecker oder Ulrich Brand (beide in diesem Heft) sehen die Notwendigkeit von Transformationsprozessen, die über den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft hinausgehen, indem sie grundsätzlich die kapitalistische Reproduktionsstrukturen in Frage stellen. Insofern berührt die Transformationsdiskussion auch die Systemfrage, ob als Alternative zum neoliberalen Kapitalismus oder zum Kapitalismus selbst.

Getragen von der Beobachtung, dass die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung kaum mehr eine eigene Fortschrittsperspektive in sich trägt, hat die Suche nach einer grundlegenden Richtungsalternative begonnen. »Zum ersten Mal seit 250 Jahren hat die Elterngeneration flächendeckend nicht mehr die Erwartung, dass es den Kindern besser gehen wird als ihr selbst, sondern ganz im Gegenteil«, so fasst Harmut Rosa (2012) diesen Fortschrittspessimismus zusammen. Die in den letzten Jahren festzustellende Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom sozialen Fortschritt und seine kaum mehr zu übersehende zerstörerische Dimension haben die Zweifel an der Linearität des Fortschritts genährt. Bisher galt in aller Regel die Vorstellung, dass die Probleme und Verwerfungen des Kapitalismus durch einen ständigen Prozess der Dynamisierung, durch das permanent Neue gelöst und aufgehoben werden. Wenn nun aber gerade die Dynamik des Kapitalismus seine zerstörerische Dimension erst hervorbringt, müsste dann nicht diese Dynamik des immer Neuen mit der ihr innewohnenden schöpferischen Zerstörung durchbrochen werden? Dies ist ein Gedanke, mit dem sich schon die *Frankfurter Schule* in der Auseinandersetzung mit dem Fortschrittsbegriff beschäftigt hat. »Fortschritt heißt«, so Adorno 1962: »aus dem Bann heraustreten, auch aus dem des Fortschritts, der selber Natur ist, indem die Menschheit ihrer eigenen Naturwüchsigkeit innewird und der Herrschaft Einhalt gebietet, die sie über Natur ausübt und durch welche die der Natur sich fortsetzt. Insofern ließe sich sagen, der Fortschritt ereigne sich dort, wo er endet.« (Adorno 1977, 625)

Damit hat Adorno vor über 50 Jahren Adorno einen Gedanken formuliert, der im aktuellen Diskurs zu einer Postwachstumsökonomie maßgeblich zum Tragen kommt. In diesem zentralen

Diskurs der heutigen Transformationsdebatte³ verbindet sich die Frage der ökologischen Grenzen mit den Folgen einer Wirtschafts- und Konsumweise, die ohne Rücksicht auf Mensch und Natur produziert und konsumiert. Die Postwachstumsökonomie umfasst dabei ein breites Spektrum an politischen und kirchlichen Initiativen, wissenschaftlichen Institutionen sowie Einzelpersonen, die über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Wirtschaftsweise bzw. eines Wirtschaftssystems nachdenken, in dem das Wirtschaftswachstum stagniert bzw. begrenzt wird oder ein Rückbau (Degrowth) von ökonomischen Wachstumskapazitäten stattfindet (Überblick in: Seidl / Zahrnt 2010). Gesucht werden Maßstäbe und Handlungspraxen für ein gutes Leben und mit den ökologischen Anforderungen vereinbare Formen des Wohlstands und des Glücks (Diefenbacher 2013). Andere wiederum, wie etwa Norbert Reuter (siehe den Beitrag in diesem Heft) widersprechen einer pauschalen Kritik am Wirtschaftswachstum und fordern eine politische Steuerung des Wachstumsprozesses, bei der auch soziale und Verteilungsfragen ausreichend Berücksichtigung finden.

Ein zweiter Diskurs innerhalb der Transformationsdebatte setzt sich mit wirtschaftspolitischen Alternativen auf der Mikroebene auseinander. Immer mehr Menschen tun sich – meist auf regionaler Ebene – zusammen, um konkrete ökonomische Projekte zu entwickeln, die an echter Nachhaltigkeit, kooperativen Arbeitsbeziehungen und gerechter Verteilung orientiert sind. Bemerkenswert ist, dass diese Anstöße (im ökonomischen Sinne Innovationen) nicht aus der Ökonomik selbst kommen, sondern von Menschen getragen werden, die die Dinge selbst in die Hand nehmen (wollen). Zu tief ist das Misstrauen gegenüber den Wirtschaftswissenschaften⁴, die aus den vergangenen zwei Jahrzehnten eher als Verursacher oder gar als Verstärker der sozioökonomischen und ökologischen Probleme denn als Problemlöser und Ideenentwickler betrachtet werden. Wichtigste Richtungen sind die von Elinor Ostrom angeregte Allmende- und Commonsansätze, verschiedene Ansätze aus dem feministischen Spektrum (Care-Economy, Vier-in-Einen-Perspektive von Frigga Haug, Vorsorgendes Wirtschaften), die auf Unternehmensstrukturen zielenden Initiativen der Gemeinwohlökonomie, Ideen für eine Neue Wirtschaftsdemokratie aus dem Gewerkschaftsspektrum sowie vielfältige Initiativen für eine solidarische Ökonomie (siehe auch *Abbildung 1*). Insgesamt handelt es sich um ein Spektrum von Pionieren, die im Heute versuchen wollen herauszubekommen, wie das Mor-

gen aussehen kann. Dazu bedarf es der weiteren Vernetzung und der wissenschaftlichen Begleitung.

Einwände und Herausforderungen

Grundlegende Widersprüche zur Debatte um die Große Transformation kommen insbesondere aus dem Spektrum des akademischen Neoliberalismus. Unmittelbar nach dem Gutachten des WBGU im Jahr 2011 erschien eine ausführliche Replik von Carl Christian von Weizsäcker (2011) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Darin bezeichnete Weizsäcker die Große Transformation als einen »Luftballon« – also eine Debatte mit viel ‚Luft‘ und wenig Inhalt. Allerdings scheint er weder den Debattenstand zu kennen noch teilt er die Analyse einer strukturellen multiplen Krise, die eine zeitnahe Gesamtstrategie erfordert. Deutlich wird, dass im neoliberalen und neoklassischen Spektrum der oben angesprochene Fortschrittsglaube ungebrochen ist, der in der Annahme gründet, dass jedes Problem zumindest langfristig durch die permanenten Innovationsprozesse des Marktes gelöst werden kann. Es wird davon ausgegangen, dass die Anpassungsfähigkeit der (freien) Marktwirtschaft an eine veränderte Umwelt unbeschränkt ist.

Aus dieser Denkrichtung kommt auch die Figur des Konstruktivismus, die aus der Kapitalismus-versus-Sozialismus-Debatte des letzten Jahrhunderts entstanden ist. Kern ist die Behauptung der Unmöglichkeit einer planenden Vernunft, die einen bestimmten Entwurf gesellschaftlicher Modernisierung wie den der sozial-ökologischen Transformation verfolgt. Dabei wird unterstellt, dass (1) der menschliche Verstand zu begrenzt sei, um dergestalt komplexe Entwürfe zu entwickeln und dass (2) die funktionsfähigen Institutionen einer Gesellschaft sich in evolutionären, unbewussten Prozessen und nicht durch bewusstes Handeln herausgebildet hätten. Allerdings sind zwei Bedingungen bei diesem Gedanken konstituierend: Der Mensch wird allein als Individuum betrachtet und die Entscheidungsprozesse erfolgen aus einer zentralistischen Perspektive (wie dem zentralen Plan). Dagegen wird in der aktuellen Transformationsdebatte gerade nicht von einem großen Masterplan ausgegangen, sondern von einer kontinuierlichen dezentralen, demokratischen und transparenten Suchbewegung (Demirovi 2014, 431 f.), die um konkrete Lösung einzelner Probleme ringt und sie in der konkreten gesellschaftlichen Praxis testet. In diesem Zusammenhang ist auch die von Dieter Klein (2014, 104) verfochtene »Strategie doppelter Transforma-

tion« von Bedeutung, die die notwendigen Veränderungen im Hier und Jetzt (bspw. in der Klima- oder Energiepolitik) nicht als Gegensatz zu langfristigen, grundlegenden Gesellschaftsveränderungen, sondern als komplementäres Verhältnis verstanden wissen will. Hier greift Klein auf, was Ernst Bloch (1985, 227) schon in seinem Werk »Das Prinzip Hoffnung« in ähnlicher Weise formuliert hatte: »Die konkrete Phantasie und das Bildwerk ihrer vermittelten Antizipation sind im Prozess des Wirklichen gärend und bilden sich im konkreten Traum nach vorwärts ab; antizipatorische Elemente sind ein Bestandteil der Wirklichkeit selbst.«

Und wie steht es um die individuelle Freiheit, wenn es mit der Großen Transformation tatsächlich ernst wird? Diese Auseinandersetzung ist voll im Gange, wenn im Rahmen der Postwachstumsökonomie über die Notwendigkeit eines veränderten Lebens- und Konsumstil und die Möglichkeiten eines guten Lebens diskutiert wird – immer unter der Voraussetzung, dass die unterschiedlichen Macht- und Verteilungspositionen der Einzelnen berücksichtigt werden. So wenig wie es in einer Gesellschaft die unbeschränkte Freiheit der Einzelnen geben kann, so wenig sind Freiheit und Gerechtigkeit ein Gegensatzpaar. Schließen wir mit einem Gedanken von Polanyi (1997, 339): »Das Ende der Marktwirtschaft könnte den Anfang einer Ära nie dagewesener Freiheit bedeuten. Rechtliche und praktische Freiheiten könnten größer und allgemeiner werden als je zuvor; Regelung und Kontrolle könnten Freiheit nicht nur für die wenigen, sondern für alle verwirklichen; Freiheit nicht nur als ein schon vom Ansatz her pervertiertes Recht der Privilegierten, sondern als ein verbrieftes Recht, das weit über die engen Grenzen des politischen Bereichs in die innere Struktur der Gesellschaft schlechthin reicht. So werden alte Freiheiten und Bürgerrechte dem Fundus der neuen Freiheit hinzugefügt, der durch die Muße und die Sicherheit geschaffen wird, die eine Industriegesellschaft allen zu bieten vermag. Eine solche Gesellschaft kann es sich leisten, gleichermaßen gerecht und frei zu sein.«



Abbildung 1

Anmerkungen:

¹ Adelheit Biesecker hat in der Diskussion auf dem Symposium zu Recht darauf hingewiesen, dass Polanyi's »Große Transformation« durchaus auch eine, oftmals nicht rezipierte, normative Dimension enthält. Darauf werde ich später nochmals eingehen.

² Streeck (2013, 159) sieht in dem Regime des »internationalen Konsolidierungsstaat(es)«, das vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. unter deutscher Führung in Europa installiert wurde, einen beschleunigten neoliberalen Wandel: »Mit ihm ist der Hayeksche Entwurf einer liberalisierten, gegen politischen Druck immunisierten kapitalistischen Marktwirtschaft auf dem Weg zu seiner immer vollständigeren Verwirklichung.« Vgl. auch Ptak 2010.

³ Zur 4. Degrowth-Konferenz kamen im September 2014 in Leipzig über 3000 Menschen zusammen, die in 500 Veranstaltungen, Foren und Plenen über Postwachstumsökonomie diskutierten.

⁴ Diese grundlegende Kritik ist zumindest teilweise berechtigt, da sich die Ton angegebende, orthodoxe Wirtschaftswissenschaft in Deutschland durch ihren Dogmatismus zunehmend disqualifiziert hat – vgl. Wissenschaftlicher Beirat Attac 2014.

Literatur:

Adorno, Theodor W. (1977 [1962]): Fortschritt, in: ders.: *Gesammelte Schriften*, Band 10.2, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 617-638

Agnoli, Johannes / Brückner, Peter (1974): *Die Transformation der Demokratie*, unveränderte Neuausgabe von 1967, Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt

Bloch, Ernst (1985): *Das Prinzip Hoffnung*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Brenke, Karl / Wagner, Gerd G. (2013): *Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum*, in: *Wirtschaftsdienst*, H. 2, S. 110-116

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp

Demirovi, Alex (2014): *Transformation und Ereignis. Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation*, in: Michael Brie (Hrsg.), *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 419-435

Diefenbacher, Hans (2013): *Neue Messsysteme*, in: *Jahrbuch nachhaltige Ökonomie*, Bd. 3, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 267-284

Epd-Dokumentation (2012): Transformationskongress 2012: Nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken, Nr.35/36, 28. 08., Frankfurt a.M.

Hayek, Friedrich August von (1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 3: Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen, Landsberg am Lech: verlag moderne industrie

IPCC (2007): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge: Cambridge University Press

Klein, Dieter (2014): Doppelte Transformation, in: Michael Brie (Hrsg.), *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 101-125

Meadows, Donella H. et.al.(1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt

Oxfam Deutschland (Hrsg.) (2014): Ökonomie und Politik der globalen Ungleichheit, *Weltwirtschaft & Entwicklung-Hintergrund*, Februar

Polanyi, Karl (1997 [1944]): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, 4. Aufl., Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Ptak, Ralf (2011): Phänomene von Globalisierung: Ökonomie, in: Niederberger, Andreas / Schink, Phillip (Hrsg.): *Globalisierung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart/Weimar: Verlag J.B.Metzler, S. 1-23

Ptak, Ralf (2010): Neoliberalismus zwischen Dynamisierung und Stabilisierung. Zur Flexibilität eines marktradikalen Projekts in der Krise, in: Walter Ötsch u.a., *Krise! Welche Krise? Zur Problematik aktueller Krisendebatten*, Marburg: Metropolis-Verlag, S. 125-146

Ptak, Ralf (2008): Grundlagen des Neoliberalismus, in: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ralf Ptak, *Kritik des Neoliberalismus*, 2. Auflage, Wiesbaden: VS-Verlag, S. 13-86

Rosa, Hartmut (2012): Resonanz statt Entfremdung: Zehn Thesen wider die Steigerungslogik der Moderne, *Thesenpapier auf der Tagung »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch«*, Jena http://www.kolleg-postwachstum.de/...und.../Thesenpapier+Krise+_+Rosa.pdf (Abruf: 30.12.2014)

Seidl, Irmi /Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010): Postwachstums-gesellschaft, Marburg: Metropolis-Verlag

Sommer, Bernd / Welzer Harald (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne, München: oekon verlag

Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin: WBGU

Wehler, Hans-Ulrich (2013): Die Explosion der Ungleichheit. Ein Problem von Macht und Herrschaft, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H 4, S.47-56

Weizsäcker, Carl Christian (2011): Die Große Transformation. Ein Luftballon, in: *FAZ* vom 30.09.

Wissenschaftlicher Beirat von Attac Deutschland (2014): *Manifest von Lindau*, Frankfurt a.M. <http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/veroeffentlichungen/stellungnahmen/> (Abruf 28.12.2014)

Zur Person:

Dr. Ralf Ptak ist Volkswirt des KDA der Nordkirche in Hamburg und Privatdozent für Wirtschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt Ökonomische Bildung an der Universität zu Köln, u. a. Mitglied der Memorandumgruppe für alternative Wirtschaftspolitik, des Netzwerks Plurale Ökonomik sowie des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.

Kontakt: Ralf.Ptak@kda.nordkirche.de oder Ralf.Ptak@uni-koeln.de



Grundlegende Spannungsfelder der Transformationsdebatte – Drei Gedanken

Von Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Professorin i.R. für Ökonomische Theorie, Universität Bremen

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Erster Gedanke: Zur Deutung der aktuellen Transformationsdebatte

Die aktuelle Transformationsdebatte ist eine normative Debatte. Das wird deutlich im Hauptgutachten »Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Gesellschaftliche Umweltveränderungen (WBGU) von 2011: Als Transformationsaufgabe bestimmt der Beirat die Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft (WBGU 2011, 1). Einleitend schreibt er: »Das kohlenstoffbasierte Weltwirtschaftsmodell ist auch ein normativ unhaltbarer Zustand, denn es gefährdet die Stabilität des Klimasystems und damit die Existenzgrundlagen künftiger Generationen.« (ebd., 1) Und: »Die Gesellschaften müssen auf eine neue »Geschäftsgrundlage« gestellt werden. *Es geht um einen neuen Weltgesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung*« (ebd., 2, Herv. im Original). Der WBGU spricht von einer kollektiven Verantwortung für die Vermeidung des Klimawandels, die durch den neuen Gesellschaftsvertrag festgeschrieben werden soll: Dieser »kombiniert eine Kultur der Achtsamkeit (aus ökologischer Verantwortung) mit einer Kultur der Teilhabe (aus demokratischer Verantwortung) sowie mit einer Kultur der Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen (Zukunftsverantwortung).« (ebd.) Wer die Notwendigkeit dieser Verantwortungsübernahme nicht teilt, braucht sich an dieser Transformationsdebatte auch nicht zu beteiligen. Ein Beispiel dafür findet sich in einem Text von Carl Christian von Weizsäcker: »Der Erfindungsreichtum der Menschen ist heute so groß wie nie zuvor. Wenn man sieht, was die Humanmedizin alles vermag, ist die Lösung des Klimaproblems eines unter vielen Problemen, die die Zukunft auch im gegebenen institutionellen Rahmen lösen wird...« (Weizsäcker 2011, 247). Die Lösung der Probleme, welche die heute Le-

benden verursachen, werden zukünftige Generationen schon schaffen – Technikgläubigkeit ersetzt Zukunftsverantwortung.

Auch bei Karl Polanyi, dessen Begriff einer »Großen Transformation« der Namensgeber für die aktuelle Debatte ist, hat der Transformationsbegriff neben einer historisch-deskriptiven auch eine normative Dimension: Er kritisiert die Vorstellung vom selbstregulierten Markt und warnt vor der Vermarktlichung der Erde und der Arbeit. Nach Polanyi » (...) ignorierte die Warenfiktion die Tatsache, daß die Auslieferung des Schicksals der Erde und der Menschen an den Markt mit deren Vernichtung gleichbedeutend wäre.« (Polanyi 1978, 183). In seinem abschließenden Kapitel mit dem Titel »Freiheit in einer komplexen Gesellschaft« entwirft er daher seine Vision einer zukünftigen Industriegesellschaft, die nicht auf dem Markt beruht: »Das Ende der Marktwirtschaft könnte den Anfang einer Ära nie dagewesener Freiheit bedeuten (...). Eine solche Gesellschaft kann es sich leisten, gleichermaßen gerecht und frei zu sein.« (ebd., 339) Hier macht Polanyi auch auf die unterschiedlichen Perspektiven deutlich – der »Standpunkt des Marktes« unterscheidet sich vom »Standpunkt der menschlichen Realität« (ebd., 353). Die neue Gesellschaft, in der für Polanyi die Freiheit im Mittelpunkt steht, wird aus dieser Lebensperspektive heraus entworfen – historisch-deskriptiv und normativ gleichermaßen.

Zweiter Gedanke: Zu zentralen Inhaltsfeldern einer großen Transformation

Bei der Transformation in eine nachhaltige Gesellschaft geht es vor allem um die Transformation von Politik und Ökonomie. Ich konzentriere mich hier auf die Ökonomie.¹

Für diese neue Ökonomie hat Polanyi die Vision einer Wirtschaftsweise entwickelt, in der Arbeit, Boden und Geld bzw. Kapital dem Markt entzogen sind. Seine Vision ist somit ein neuer Gesellschaftsvertrag mit einer *anderen* Ökonomie.

Die Vorschläge des WBGU dagegen verbleiben meist im gewohnten marktmäßigen Handlungs-

muster der Gewinnorientierung mit den zerstörerischen Folgen für das Klima. So sollen vor allem die Rahmenbedingungen für Investoren in klimaverträgliche Technologien verbessert werden. Ihnen soll Investitionssicherheit verschafft werden (WBGU 2011, 182), ihre Investitionsrisiken sollen verringert, ihre Rendite soll erhöht werden (ebd., 184).

Aber diese Gewinnorientierung war es ja gerade, die Maßlosigkeit und Sorglosigkeit im Umgang mit der Natur und dem Klima vorangetrieben hat. Die moderne kapitalistische Ökonomie kann aber nicht zum Sorgen für das Klima umgestaltet werden, das lässt ihre Struktur nicht zu: Sie hat eine Trennungsstruktur, in der nur das als ökonomisch gilt – als produktiv und Wert schaffend – was am und für den Markt geschieht. Die Natur mit ihrer Produktivität und die unbezahlte Arbeit mit dem Kern der immer noch vor allem weiblichen Sorgearbeit bleiben ausgegrenzt, gelten als un-, bestenfalls reproduktiv und wertlos. Aber sie werden alltäglich gebraucht. Viele Kosten werden auf sie abgewälzt. Das wirkt auf Natur und Soziales zerstörerisch und ist die zentrale Ursache der vielfältigen modernen Krisen (z.B. Klimakrise, Biodiversitätskrise, Armutskrise, Demographiekrise). Diese Krisen sind alle Ausdruck ein- und derselben grundlegenden Krise dieses Systems: der Krise des sog. Reproduktiven.

Nötig ist die Überwindung dieser Trennungsstruktur, die Transformation der Ökonomie in eine vorsorgende Wirtschaftsweise (Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften 2013), deren Handlungen nicht an Profit- und Nutzenmaximierung, sondern an der Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsmitglieder bei gleichzeitigem Erhalt bzw. ständiger Erneuerung von Ökologie und Sozialem – und damit der Basisproduktivitäten von Natur und Sorgearbeit – ausgerichtet sind. Diese Ökonomie wird, wie bei Polanyi auch, aus der Perspektive der Lebenswelt gestaltet, nicht aus der Marktperspektive: vorsorgend, kooperativ, orientiert am für ein gutes Leben Notwendigen. Sie vereint alle Bereiche des Wirtschaftens und alle Produktivitäten. Wirtschaften bedeutet hier vermitteln – vermitteln zwischen menschlicher und natürlicher Produktivität, wobei in die menschliche Produktivität alle Formen von Arbeit eingehen, seien sie bezahlt oder unbezahlt. Es ist eine naturgemäße und geschlechtergerechte Ökonomie – für Zukunftsfähigkeit muss sie beides sein. Sie ist langfristig ausgerichtet und nimmt die Zukunftsverantwortung derart wahr, dass alles unterlassen wird, dessen Risiken heute nicht bewältigt werden können.

Konkrete Ansatzpunkte für den Transformationsprozess sind:

- Radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit
- Aufwertung der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeiten
- Umverteilung der Sorgearbeit gemäß Geschlechtergerechtigkeit
- Umorganisation der Produktions- und Konsumtionsprozesse derart, dass Zeit und Raum gelassen werden, vernutzte Mengen und Qualitäten von Naturstoffen und Arbeit wieder herzustellen. Herstellen und Wiederherstellen gehen in eins.
- Ermöglichung neuer nachhaltiger Lebensstile, Schaffung von Möglichkeitsräumen
- Ein das gute Leben sicherndes Grundeinkommen

Dritter Gedanke: Zu den Akteuren

Seit Mitte der 1980er Jahre – seit dem Brundtland-Bericht – wird die Weltgesellschaft aufgefordert, sich auf einen neuen Weg zu machen – den Weg der nachhaltigen Entwicklung: den Weg der Integration von Ökonomie, Ökologie und Sozialem also, den Weg der vielfältigen Gerechtigkeit, den Weg der erhaltenden Gestaltung unseres guten Lebens. Nachhaltigkeit heißt, das Leben lebendiger machen, hat der kürzlich verstorbene Physiker und Träger des alternativen Nobelpreises, Hans-Peter Dürr, immer gesagt. Ja, es geht um die Gestaltung der vielfältigen Lebensprozesse der Menschen und der Natur.

Was genau das heißen soll, muss in vielfältigen gesellschaftlichen Diskursprozessen ausgehandelt werden. Vorsorgendes Wirtschaften basiert daher auf vielfältigen demokratischen Prozessen. Und es beruht auf Kooperation, sowohl im wirtschaftlichen Handeln als auch im Entwickeln des Neuen. Denn es geht um Unbekanntes, um neue Pfade – um Ökonomie als vorsorgende Praxis, um Politik, die an der Entfaltung und Ermöglichung menschlicher Fähigkeiten orientiert ist. Für die Ausgestaltung dieser Praxis werden alle gebraucht, als selbstbewusste und verantwortlich handelnde Menschen – nicht als externe Andere, als Ausgegrenzte.

Polanyi selbst hat deutlich gemacht: das Verhältnis zwischen Markt und Gesellschaft ist ein zerstörerisches, die Tendenz der Vermarktlichung von Natur und Arbeit zerstört Lebensprozesse. In ihrer Neuinterpretation von Polanyi hat neuer-

dings Nancy Fraser den herrschaftlichen Charakter dieser Tendenz der Vermarktlichung alles Lebendigen betont (Fraser 2011 und 2012). Ja. Auch die Trennungsstruktur ist eine mehrfach herrschaftliche – eingeschrieben darin sind ungleiche Geschlechterverhältnisse. Die Transformationsdebatte kommt daher ohne eine herrschaftskritische Genderperspektive nicht aus. Eine zentrale herrschaftskritische Kraft stellen für Nancy Fraser die Emanzipationsbewegungen dar, z.B. die Frauenbewegung und die antiimperialistischen Bewegungen. Aus ihrer Analyse folgt die Forderung, in die Ausgestaltung des neuen Gesellschaftsvertrages die Zivilgesellschaft in Form von emanzipatorischen Bewegungen einzubeziehen, um alte herrschaftliche Hierarchien und gesellschaftliche Exklusionen auszumerzen und neue zu vermeiden. So stünden nicht nur überkommene Geschlechterverhältnisse zur Diskussion, sondern auch asymmetrisch geprägte Nord-Süd-Verhältnisse.

Der WBGU setzt als zentralen Akteur auf den gestaltenden Staat. Aber das hilft nicht, wenn er den alten Rationalitätsmustern verhaftet bleibt: wenn er z.B. Privateigentum schützt und Gemeingüter vernachlässigt, oder wenn er die Abwertung der sorgenden und pflegenden Arbeiten nicht aufhebt. Es muss ein Staat sein, dessen Handlungsrationalität auf das Neue ausgerichtet ist, auf das Erhalten der lebendigen Produktivitäten, auf das Vorsorgen für den langfristigen Lebenserhalt. Joan Tronto (2013) entwirft in ihrem neuesten Buch das Konzept einer »Caring Democracy«, einer Demokratie, in der jede und jeder für sich selbst, für andere sowie die Natur sorgen darf und kann und umsorgt wird. Dazu gehört ein vorsorgender Staat, der den Menschen diese vielfältigen Sorgeprozesse auch mit Blick auf die Zukunft ermöglicht. Und das ist ein Staat, der sich gegen die alten Interessen richtet, die von der alten Struktur profitieren. Der Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist kein gemütlicher Spaziergang, sondern er ist

umkämpft. Es hilft aber nichts: anders ist Zukunftsfähigkeit nicht zu haben.

Anmerkungen:

¹ Zur Politik wie auch zu den die Transformationsvorstellungen des WBGU durchziehenden Rationalitätsmustern vgl. Biesecker / Winterfeld 2013.

Literatur:

Biesecker, Adelheid/ von Winterfeld, Uta (2013): *Alte Rationalitätsmuster und neue Beharrlichkeiten. Impulse zu blinden Flecken der Transformationsdebatte*, in: GAIA 22/3, S. 160-165

Fraser, Nancy (2011). *Marketization, Social Protection, Emancipation: Toward a Neo-Polanyian Concept of Capitalist Crisis*. In: Calhoun, Craig / Derluigiuan, Georgi (Hg.): *Business as Usual. The Roots of the Global Financial Meltdown*. New York: New York University Press, S. 137-157

Fraser, Nancy (2012): *Can Society be Commodities all the way down? Polanyian reflections on capitalist crisis*, in: *Fondation Maison des sciences de l'homme. Working papers Series Nr. 18*, August 2012

Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hrsg.) (2013): Wege Vorsorgenden Wirtschaftens. Marburg: Metropolis

Polanyi, Karl [1944] (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Tronto, Joan (2013): *Caring Democracy. Markets, Equality and Justice*. New York: New York University Press

WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU

von Weizsäcker, Carl Christian (2011): *Vorsicht vor dem »gestaltenden Staat«!* GAIA 20/4, 246-247

Zur Person:

Dr. Adelheit Biesecker ist Professorin i.R. für Ökonomische Theorie an der Universität Bremen. Sie ist Mitglied im Netzwerk »Vorsorgendes Wirtschaften« sowie in der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und gehört dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland an.

Kontakt: bie@uni-bremen.de



Brauchen wir eine neue »Große Transformation«? Einige kritische Anmerkungen

Von Prof. Dr. Jan Schnellenbach, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg; Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Mikroökonomik

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Worauf zielt die »Große Transformation«?

Der Begriff eines »Gesellschaftsvertrages für eine Große Transformation« wurde im Jahr 2011 mit einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) erneut populär. In diesem Gutachten wird auch ein Masterplan für eine solche Transformation entworfen, dessen Ziel zunächst vor allem in der Dekarbonisierung des Wirtschaftens besteht, und dies weltweit. Der Zeitraum hierfür ist eng; im Gutachten ist von rund zwanzig Jahren die Rede. Und aus dem großen Ziel der Dekarbonisierung werden weitere, als notwendig erachtete Schritte abgeleitet. Da ist die Rede davon, dass »Märkte neu geordnet« werden müssen, dass ganze institutionelle Ordnungen neu zu gestalten seien, dass technologische Neuerungen notwendig seien und dass, nicht zuletzt, auch ein Mentalitätswandel in der Bevölkerung initiiert werden müsse.

Gleichzeitig spricht das Gutachten davon, dass der Klimaschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden sollte. Und schließlich spricht es sich einerseits für eine stärkere Partizipation der Bürger in politischen Entscheidungsprozessen aus, fordert aber andererseits gleichzeitig »diese zugleich aber an einen inhaltlichen Wertekonsens nachhaltiger Politik zu binden“ (S. 218). Welchen Wert hat aber Partizipation, deren zulässiger Spielraum von vornherein stark eingeschränkt wird?

Seit das Gutachten veröffentlicht wurde versuchen darüber hinaus zahlreiche politische Gruppen und Initiativen, sich an das Projekt einer neuen »Großen Transformation« anzukoppeln und ihre spezifischen Vorstellungen für einen gesellschaftlichen Wandel unter dem Mantel des Klimaschutzes umzusetzen. So ist die »Große Transformation« zu einem großen Sammelbecken teils auch nicht miteinander vereinbarer, alterna-

tiver Gesellschaftsentwürfe geworden, die oft nur eines gemeinsam haben: Fundamentalkritik am Status Quo und die Überzeugung, dass ein vollkommen anderer Gesellschaftsentwurf dringend in die Praxis umzusetzen sei.

Zielkonflikte und Raum für Kompromisse

Ein wichtiger Kritikpunkt am Konzept der »Großen Transformation« ist die Absolutsetzung eines technokratisch bestimmten klimapolitischen Ziels – der Begrenzung der weltweiten Erwärmung auf zwei Grad – und die Unterordnung aller weiteren Politik unter dieses Ziel.

Das flankierende Beschwören apokalyptischer Szenarien für den Fall eines auch nur knappen Verfehlers des Zwei-Grad-Ziels führt dazu, dass in dieser Argumentationslinie kein Raum für Kompromisse bleibt.

Ganz anders sieht es aber aus, wenn man etwa dem international renommierten, niederländischen Umweltökonom Richard Tol folgt, der vor einer solchen Absolutsetzung warnt und darauf hinweist, dass das Zwei-Grad-Ziel eine politische, aber wissenschaftlich alles andere als gut fundierte Marke darstellt. In einer Welt knapper Ressourcen ist es wichtig, über Konflikte zwischen konkurrierenden gesellschaftlichen Zielen nachzudenken und zu berücksichtigen, dass die Übergewichtung eines Ziels gegenüber allen anderen nur selten zu Lösungen führt, welche die Wohlfahrt der Menschen maximieren. So ist es für einen Ökonomen auch nicht überraschend, wenn Spitzenforscher im Rahmen des sogenannten *Copenhagen Consensus* immer wieder zu dem Ergebnis kommen, dass eine Verwendung von Mitteln etwa in der Seuchenbekämpfung, in Bildungsprogrammen und in Maßnahmen zur besseren Ernährungsversorgung einen größeren weltweiten Nutzen stiften würde als eine übertriebene Fokussierung allein auf Klimaziele.

Aber nicht nur solche eher technischen Überlegungen spielen eine Rolle, sondern auch die Konflikte zwischen verschiedenen Wertvorstellungen, die in demokratischen Gemeinwesen nie von allen Bürgern geteilt und gleich gewichtet werden. Ein Klimaziel, das, wie der WBGU ausführt,

eine weitreichende Umgestaltung und Neuorientierung der Gesellschaft erfordert und erst einmal einen Wertewandel hin zu noch mehr Post-Materialismus voraussetzt, dürfte kaum im Konsens oder auch nur mit einer einfachen Mehrheit durchzusetzen sein. Bei allem gefühlten Post-Materialismus wählen doch rund 90% der Wähler in Deutschland regelmäßig Parteien, die in ihren Wahlprogrammen höhere Einkommen und Konsumchancen versprechen. Es ist rätselhaft, wie hier Mehrheiten gewonnen werden sollen für einen Plan, der einen weltweit stagnierenden oder sogar sinkenden materiellen Output und eine gleichzeitige massive Umverteilung von Wohlstand aus den reichen in die armen Regionen der Welt vorsieht.

In einer pluralistischen Gesellschaft stehen, wie der britische Philosoph Isaiah Berlin immer wieder betont hat, absolute Werte miteinander im Wettbewerb. Kompromisse zwischen diesen Werten müssen immer wieder neu ausgehandelt werden. Mehr materielle Gleichheit? Mehr individuelle Freiheit? Mehr oder weniger Verzicht auf Konsum zugunsten des Klimas? Will man, wie der WBGU, die Suche nach einem Kompromiss zwischen solchen konkurrierenden Werten nur innerhalb eines zuvor – von wem eigentlich? – definierten »inhaltlichen Wertkonsenses nachhaltiger Politik« zulassen, dann erteilt man von vornherein dem demokratischen Pluralismus eine Absage und geht einen Schritt in die umweltpolitisch verbrämte Unfreiheit. Demokratische Politik sieht in den Bürgern die souveränen Träger von Werten und Präferenzen. Eine Politik, die erst einmal die Umerziehung der Bürger zu einem post-materiellen Wertesystem voraussetzt, hat dagegen eine erhebliche Schlagseite zum Autoritarismus.

Das überfrachtete Klimaziel

Wie bereits oben erwähnt, droht die Klimapolitik inzwischen von zahlreichen anderen gesellschaftspolitischen Interessen gekapert und instrumentalisiert zu werden. Da wird in manchen Zirkeln behauptet, in Marktwirtschaften sei überhaupt keine richtige Klimapolitik zu machen, während andere meinen, letztendlich trage patriarchalisches Machtdenken die Schuld an der Ausbeutung der Erde.

Nüchtern betrachtet dagegen ist der Klimawandel ein technisches Problem, für das ebenso technische Lösungen vorstellbar sind. Man denke etwa an eine weltweit erhobene Pigou-Steuer, welche die geschätzten gesellschaftlichen Kosten der CO₂-

Emission widerspiegelt und somit dem Verbraucher des Treibhausgases signalisiert, welche Kosten er mit seinen Aktivitäten tatsächlich verursacht. Schon auf die glaubhafte Ankündigung einer solchen Steuer würden die Marktteilnehmer schnell reagieren. Ihre Gewinne maximierende Produzenten würden sich aus reinem Eigennutz intensiv auf die Suche nach klimafreundlicheren Technologien machen, und Konsumenten mit begrenzten Budgets würden ebenso aus reinem Eigennutz auf den Konsum weniger CO₂-belasteter Güter wechseln.

Es bräuchte also tatsächlich keine »Große Transformation« als umfassende, politisch gesteuerte Umwälzung der Gesellschaft. Es bräuchte nur das korrekte Preissignal – alle weiteren Anpassungen könnten die Marktteilnehmer dezentral koordinieren, ohne großen Blaupause, nach ihren eigenen Ideen und Vorstellungen und gerade deshalb sehr effizient.

Die Frage ist natürlich: Wieso gibt es ein solches weltweites Preissignal noch nicht? Natürlich deshalb, weil mit einem solchen Instrument auch Verteilungsfragen verbunden sind. Länder, deren Strukturwandel bereits relativ stark in Richtung Dienstleistungsgesellschaft fortgeschritten ist, kämen beispielsweise recht gut damit zurecht. Sich gerade erst industrialisierende Entwicklungs- und Schwellenländer sähen sich dagegen in ihren langfristigen Entwicklungsperspektiven stark eingeschränkt. Dieses Problem ist unausweichlich; jede große und umfassende Lösung für ein globales öffentliches Gut wie die Verlangsamung des Klimawandels hätte mit solchen Verteilungskonflikten zu kämpfen.

Es ist aber kaum vorstellbar, dass eine »Große Transformation«, die eine drastische Änderung unseres Wirtschafts- und Lebensstils herbeiführen will, leichter verhandelt werden kann als eine noch relativ überschaubare, technische Lösung wie eine weltweite CO₂-Steuer. Im Gegenteil: Das Überfrachten und Überlagern klimapolitischer Fragen mit gesellschaftspolitischen Utopien wird die Suche nach praktikablen Lösungen wesentlich erschweren. Wer es wirklich ernst meint mit dem Klimawandel, der sollte diese Debatte nicht zweckentfremden, um in einer politisch günstigen Situation seinen langjährigen Lieblingsprojekten endlich einen Platz auf der Agenda zu sichern.

Versuch und Irrtum statt anmaßender Planungseifer

Die im Jahr 2012 verstorbene Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom hat sich in ihrem gesamten Forscherleben mit der Frage beschäftigt, wie man mit umweltpolitischen Dilemmata von der Art, wie wir sie auch beim Klimawandel beobachten, umgehen sollte. Gerade bei globalen öffentlichen Gütern ist die Anreizsituation eigentlich nicht günstig: Fast jedes Land hat ein gewisses Interesse daran, dass der Klimawandel verlangsamt wird, aber gleichzeitig hofft jedes einzelne Land auf eine Lösung, bei der es selbst nur geringe Kosten der Verlangsamung tragen muss. Wie geht man mit diesen Verteilungskonflikten um?

Elinor Ostrom befürwortete einen polyzentrischen Ansatz. Sie untersuchte zahlreiche Beispiele in aller Welt, in der lokale und regionale Initiativen etwas gegen CO₂-Emissionen unternommen haben. So geht es beispielsweise um die Förderung regenerativer Energien auf der Gemeindeebene, aber auch um internationale Arrangements wie den Emissionshandel in Europa. An vielen Beispielen zeigt Ostrom, wie das globale Management von Allmendegütern immer wieder scheiterte. Mal war es unmöglich, die nötigen Informationen zu zentralisieren, mal war das Problem schlicht zu komplex um zentral handhabbar zu sein, mal war es zu einfach, wenige zentrale Entscheidungsträger durch Interessengruppenpolitik in einer nachteiligen Weise zu beeinflussen. Dagegen funktionierten lokale und regionale Initiativen, die gewissermaßen organisch »von unten« gewachsen waren, oft erstaunlich gut.

Und so ist dann auch eine scheinbar technisch einfache Lösung wie die oben genannte globale CO₂-Steuer gar nicht mehr einfach zu implementieren, wenn man alle Verteilungsprobleme, alle nötigen und gewünschten Ausnahmen und all die anderen Komplikationen berücksichtigt. Der Lösungsansatz wird schon auf dieser Ebene sehr komplex – aber er würde noch viel komplexer, wenn man eine umfassende, gesellschaftliche Blaupause in der Art der »Großen Transformation« durchsetzen wollte. Wiederum: Der anmaßende Ehrgeiz, eine andere Gesellschaft schaffen zu wollen, reduziert die Wahrscheinlichkeit, dass das eigentliche Problem, der Klimawandel, beherrscht wird.

Es ist erstaunlich, wie wenig Vertrauen die Befürworter einer »Großen Transformation« in die Problemlösungskompetenzen der Marktteilnehmer selbst haben. Marktpreise zeigen die relative

Knappheit von Ressourcen an. Für absolut knappe Ressourcen, man denke etwa an Öl und Kohle, die derzeit noch stark nachgefragt werden, bedeutet dies, dass für die Zukunft langfristig steigende Preise unausweichlich sind – daran ändern auch kurzfristige, etwa konjunkturell bedingte Preissenkungen nichts. Marktteilnehmer richten sich darauf ein. Als Konsumenten, indem sie ihr Haus dämmen, effizientere Heizungen einbauen oder sparsame Autos kaufen; als Produzenten, indem sie in die Erforschung von energiesparenden Technologien investieren. Die Summe solcher kleinen, dezentralen, vom Markt endogen hervorgerufenen Reaktionen trägt viel mehr zum Schutz der Umwelt bei, als es eine »Große Transformation« je könnte. Sie könnten zwar durch flankierende Maßnahmen wie eine angemessen hohe CO₂-Steuer noch verstärkt werden, aber auch so finden solche Anpassungen bereits jetzt statt.

Wer in den späten 1980er Jahren, kurz vor dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften, nach Ostdeutschland gereist ist, der sah ein Ausmaß an Umweltzerstörung, wie man es im Westen nicht einmal in den Zeiten sorglosen Wachstums vor der ersten Ölkrise beobachten konnte. Große Pläne, staatliche Investitionslenkung, massive Interventionen in den Preismechanismus – so gut all dies gemeint ist, so sehr führt es doch sowohl in den ökonomischen als auch in den ökologischen Abgrund, während die erstaunliche Anpassungsfähigkeit dezentraler Marktwirtschaften immer ein unverzichtbarer Mechanismus zur Lösung auch ökologischer Probleme war und sein wird.

Und nicht zuletzt ist Umweltschutz, auch wenn man das beklagen mag, ein Luxusgut. Mit steigendem Einkommen steigt im Durchschnitt die Bereitschaft, auf weiteren materiellen Einkommenszuwachs zugunsten einer Erhaltung der Umwelt zu verzichten. So ist es nicht überraschend, dass gerade in den letzten Jahren sogar in China eine politische Nachfrage nach Umweltschutz im Entstehen ist. Aber das zeigt auch, dass Wirtschaftswachstum und Ökologie keine Antagonisten sind. Wachstum und Wohlstand sind die Voraussetzungen dafür, dass man sich Klimaschutz leisten kann.


Schlussbemerkungen

Wenn man es mit dem Schutz des Klimas ernst meint, dann versteht man diesen als klar umrissenes Problem, für das man möglichst zielgerichtete und möglichst effiziente Lösungen sucht.

Solche Lösungen sollten mit den Marktkräften und nicht gegen sie wirken. Nur wenn man sich die Innovations- und Anpassungsfähigkeit dezentraler Marktwirtschaften zunutze macht, wird man die Lösungen – gerade auch die technischen Lösungen – finden, die notwendig sind. Weder asketische Öko-Bußpredigten, noch neo-sozialistische Vorstellungen einer politisch-planerischen Lenkung des Wirtschaftens werden weiterhelfen.

Überfrachtungen der Klimapolitik mit Wünschen für einen radikalen gesellschaftlichen Wandel sind gleich auf mehreren Ebenen schädlich: Sie senken die Akzeptanz für die Klimapolitik bei der Mehr-

heit der Bevölkerung, die einen solchen radikalen Wandel keineswegs wünscht. Sie bedrohen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit auch die Kapazität für klimapolitische Maßnahmen. Und sie schränken die dezentrale Anpassungs- und Innovationsfähigkeit von Marktwirtschaften drastisch ein, auf die man aber auch in der Klimapolitik nicht verzichten kann.

Es wird auf demokratischem Wege keine »Große Transformation« geben, weil die Präferenzen der Bevölkerung anders aussehen. Zum pragmatischen Durchwursteln in der Klimapolitik gibt es keine Alternative. Zum Glück! 

Grundlegende Konflikte der Debatte um eine sozial-ökologische Transformation¹

Von Prof. Dr. Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik, Universität Wien

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Politik begründet sich – vor allem in Krisenzeiten – unter anderem damit, den Menschen in einer Gesellschaft lebbarere Verhältnisse und ihren Wohlstand zu sichern, sie gegen Gefahren und plötzliche Krisen abzusichern, ein gewisses Maß an Gerechtigkeit herzustellen. Doch wie dies geschehen soll, das ist in den letzten Jahren durchaus umstritten.

Die herrschende Politik, gerade in Österreich und Deutschland, lautet: »Weiter wie bisher.« Die Anpassungsleistungen sind andernorts zu erbringen, nämlich von den sich in einer tiefen Krise befindenden Ländern, insbesondere in Südeuropa. Es wird intensiv Politik gemacht – um Schlimmeres für die bislang weniger von der Krise betroffenen Länder und vor allem für die Vermögensbesitzer zu verhindern. Die dominante öffentliche Diskussion und Politik inszeniert sich geradezu als Sachzwang-Politik. Das zeigt sich an den heftigen Reaktionen des europäischen politischen und ökonomischen Establishments angesichts eines möglichen Wahlsieges der linken Partei Syriza in Griechenland. Zur Austerität darf es keine Alternative geben. Dies führt zu Sparpolitiken allerorten, zur Verarmung von Menschen, zur Umverteilung von unten nach oben, zum forcierten Abbau sozialer Rechte und der Demokratie. Doch das sei nur vorübergehend, so wird uns versichert. Das Ziel besteht ja darin, wieder auf den vielversprechenden Wachstumspfad zu gelangen. Alles scheint dem Mantra »Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit« untergeordnet zu werden. In diesem Kontext geschieht auch die aktuelle Initiative für ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP), das die neoliberale Wirtschaftsrichtung international festschreiben soll. Damit werden vor allem die Machtpositionen derjenigen gesichert, die diese Krise verursacht haben, der ökonomischen Eliten, der Vermögensbesitzer und ihrer politischen Helfer. Attraktive Zukunftsentwürfe sind Fehlanzeige, sondern Zukunft ist die Fortführung der Gegenwart. Eben, »weiter so!«.

Die Austeritätsposition kontrastiert auffällig mit einer anderen Diskussion. Hier wird in Übereinstimmung mit einer an Gleichheit und gerechter Verteilung orientierten Politik ebenso eine dramatische Krisenbeschreibung vorgenommen. Dabei erwuchs in den letzten Jahren ein bis weit ins Establishment verbreitetes Unbehagen, dass es so politisch *nicht* weitergeht. Zumindest in der öffentlichen Darstellung. Die Rede ist vom Klimawandel, den zunehmenden Run auf die sich erschöpfenden Ressourcen des Planeten, um deren Aneignung sich Konflikte intensivieren. In dieser Diskussion wurde in den letzten Jahren der Begriff der »sozial-ökologischen« oder »Großen Transformation« geprägt (Überblick in Brand 2012, Wissen 2012, WBGU 2011).

Welche Transformation?

Wenn über das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation nachgedacht wird und nach politisch-praktischen Einsatzpunkten gesucht wird, sollten wir uns zunächst einen Sachverhalt verdeutlichen: Der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, darauf hat Alex Demirovic (2012) immer wieder im Rahmen der Transformations-Debatte hingewiesen, ist selbst eine Logik der Transformation inhärent. Es geht also nicht um ein Ja oder Nein zu bzw. von Veränderung, sondern um die Logik des Wandels bzw. der Transformation. Damit kann eine wichtige Präzisierung des Begriffs der Transformation vorgenommen werden.

Die dominante Logik ist jene des Profitmachens, der Akkumulation von Kapital, der expansiven wirtschaftlichen Aktivitäten; das geht mit den uns bekannten Problemen einher. Die Vernutzung bis zur Übernutzung menschlicher Arbeitskraft, die vielfach zu Arbeitsverdichtung führt, zu Burnouts und in manchen Branchen zu Informalisierungsprozessen. Oder mit Marx und Engels gesprochen, die wieder zunehmend zitiert werden: Es erfolgt – damals, in der neuen Zeit der sich durchsetzenden kapitalistischen Produktionsweise, wie heute – »die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung...« (Marx/Engels 1848/1974, 465). Umwälzungen, Erschütterungen und Unsicherheiten, die in immer kürzeren Abständen zu bemerkenswerten Innovationen füh-

ren (beispielsweise in der Medizintechnik oder im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie), verschärfen gleichzeitig ökologische und soziale Probleme.

Hier entwickelt m.E. der Begriff der sozial-ökologischen Transformation seine Bedeutung. Die herrschende Logik des Wandels, der permanenten Selbstrevolutionierung der bürgerlichen Gesellschaft wird zum Problem. Sie verursacht immer stärkere und immer unkontrollierbare Krisen. Der Begriff und die damit verbundenen Strategien haben einiges Potenzial; vor allem für ein progressives Projekt auf der Höhe der Zeit, für das Projekt einer solidarischen Moderne. Man könnte das als radikalen Reformismus oder als revolutionäre Realpolitik bezeichnen. Dieter Klein (2013) verwendet den Begriff der »doppelten Transformation«, um anzuzeigen, dass es heute und realpolitisch darum geht, in der Krise des neoliberalen Kapitalismus die progressiven Dimensionen unter kapitalistischen Bedingungen zu stärken und gleichzeitig eine umfassendere Transformation im Blick zu haben. Dabei sind die beiden Dimensionen einer doppelten Transformation nicht konsekutiv zu verstehen. Bereits in den hart umkämpften Veränderungen hin zu einem post-neoliberalen und progressiven Kapitalismus scheinen Elemente einer solidarischen und post-kapitalistischen Formation auf, die es zu stärken gilt (vgl. auch die Beiträge in Brie 2014).

Mein Punkt ist, dass ein progressives Projekt sich angesichts der multiplen Krise nicht über politisches Klein-Klein definiert, sondern über einen Entwurf, der unsere Gesellschaft auf eine andere Grundlage stellt, um Wohlstand zu schaffen und zu sichern.² Nur damit kommt das progressive gesellschaftspolitische Spektrum wieder in die Offensive, gewinnt Glaubwürdigkeit und Gestaltungsmacht. Doch gesellschaftliche und politische Hegemonie bedarf eines materiellen Kerns, wie das Antonio Gramsci formulierte (GH 13, 1567). Es geht natürlich um öffentliche Auseinandersetzungen, um vermeintliche Selbstverständlichkeiten und deren Infragestellung. Es geht aber auch und gerade um lebbare, für die Menschen attraktive Verhältnisse. Und das unter Bedingungen starker ökologischer Restriktionen, samt ihren macht- und verteilungspolitischen Implikationen.

Neues Wohlstandsmodell und seine Akteure

Es bedarf also eines neuen Wohlstandsmodells, das wir längst in Ansätzen kennen. Andere Formen der Ernährung und Mobilität, der Energieversorgung und Kommunikation, des Wohnen

und Kleidens. Wir fangen dabei nicht bei Null an, sondern es gibt ja vielfältige Diskussionen, Vorschläge und praktische Ansätze (Habermann 2012, Felber 2012, Haug 2011, Biesecker in dieser Dokumentation).

Dazu bedarf es vieler Akteure mit progressivem Anspruch und Handeln, die das vorantreiben. Das sind, oft an den Rändern der Gesellschaft, soziale Bewegungen, das sind, schon eher in der Mitte, progressive Verbände, natürlich die Gewerkschaften und die betriebliche Ebene sowie NGOs. Das sind kritische Menschen und Gruppen in der Wissenschaft, in Denkstätten und den Medien, progressive Unternehmerinnen und Unternehmer. Gerade das kirchliche Spektrum spielt eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von Energiegenossenschaften, der Entwicklung ökologischer Landwirtschaft, weil es sehr viele Menschen erreicht. Zu den AkteurInnen gehören auch jene Menschen, die sich vielleicht unorganisiert auf andere Alltagspraxen des Lebens, Arbeiten und Konsumieren einlassen. Auch sie bekommen oft Anstöße aus dem kirchlichen Spektrum oder tragen ihre Erfahrungen dorthin.

Die Parteien bleiben jedoch Kristallisationspunkte und – als Ausdruck und Teil breiterer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen – eben auch mögliche treibende Kräfte. Wichtig scheint mir hier, dass die Parteien als privilegierte Akteure im politischen System kein instrumentelles Verhältnis zu diesen anderen Akteuren haben.

Aktuelle Handlungsblockaden

Zunächst muss ein zentrales Hindernis beseitigt werden: Eingangs habe ich bereits die dominante Austeritätspolitik in Europa genannt. Diese verstärkt die ohnehin in der Politik angelegten Handlungsblockaden: die Rolle von Macht- und Interessenpolitik, Kurzfristorientierung und der häufig reaktive Charakter von Politik, die häufige Zerfaserung von Politik in verschiedene Bereiche. Hier Umwelt, da Wirtschaft, hier Arbeitsmarkt, dort Migration.

Ein weiterer Aspekt ist wichtig, der beim Projekt einer solidarischen Moderne, einer sozial-ökologischen Transformation berücksichtigt werden muss. Die bewusste und demokratische Gestaltung weltgesellschaftlicher Verhältnisse, die Herstellung freier und solidarischer, gerechter und ökologisch nachhaltiger Verhältnisse muss eine Konstellation verändern, die Markus Wissen und ich als »imperiale Produktions- und Lebensweise« bezeichnen (Brand/Wissen 2011). »Impe-

rial« ist die Lebensweise des globalen Nordens insofern, als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts voraussetzt. Die Produktivitäts- und Wohlstandsentwicklung in den Metropolen basierte dabei lange Zeit auf einer für diese sehr vorteilhafte Welt-Ressourcenordnung. Und auf Leid und Elend in vielen Ländern.

Im Prozess der kapitalistischen Globalisierung vertiefte sich die imperiale Lebensweise in zweifacher Richtung: Zum einen wurde der Zugriff auf die globalen Ressourcen und Arbeitskräfte über den Weltmarkt restrukturiert und intensiviert. Die vormals im Norden existierenden fossilistischen Konsummuster wie Automobilität und industrialisierte Agrarprodukte blieben erhalten und wurden intensiviert. Darüber hinaus nahm der Flugverkehr im Zuge seiner Liberalisierung enorm zu, durch die Globalisierung wuchs der Zugriff auf billige Industrieprodukte, die industrialisierte Landwirtschaft expandierte. Die zweite Dimension: Wir erleben derzeit eine dynamische Ausbreitung der imperialen Lebensweisen gerade in den Schwellenländern (UNEP 2011, Brand/Wissen 2011, Schor 2005).

Sozial-ökologische Transformation als Horizont progressiver Politik

Wie kann also eine sozial-ökologische Transformation in eine solidarische Moderne gedacht und angegangen werden? Deutlich wurde in der Bundestags-Enquete »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« (2011-2013), und zwar als parteiübergreifender Konsens, dass die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch aufgrund der vermeintlichen Kraft der Märkte und der vielbeschworenen und erhofften technologischen Optionen nicht funktioniert (Deutscher Bundestag 2013, 430-454).

Es bedarf mehr, einer aktiven Gestaltung und weitgehenderer Veränderungen. Dafür möchte ich zunächst aus einer Übereinkunft der damaligen Oppositionsparteien, nämlich rot-rot-grün in der Enquete-Kommission des Bundestages zitieren (Union und FDP gingen hier nicht mit): »Sozial-ökologische Fragen, so die Annahme, werden in den Politiken zur Bearbeitung der Krise eine Rolle spielen. Denn es handelt sich nicht lediglich um eine Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern um eine multiple Krise und darauf muss eine politische Antwort gefunden werden. Doch die Krisenstrategien und -politiken sind eben sehr verschie-

den (und nicht trennscharf voneinander zu trennen). Wir fassen mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation jene Strategien, die auf eine bewusste gesellschaftspolitische Gestaltung zur Bearbeitung der multiplen Krise setzen und nicht zuvorderst auf den kapitalistischen (Welt-)Markt, der vermeintlich auf die ökologischen Probleme mittels Technologien und Knappheitssignalen reagiert. Wie im Adjektiv »sozial-ökologisch« angezeigt, bedarf es grundlegender Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihrer Verhältnisse zu den geologischen, bio-physikalischen Lebensgrundlagen. Dieser Gestaltungsansatz orientiert sich einerseits an der Bewertung unserer Epoche als Anthropozän und andererseits am demokratischen, gerechten und solidarischen Umbau hin zu einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise, wobei die Prinzipien auf die eigene Gesellschaft, auf Europa und die Welt bezogen sind.« (Deutscher Bundestag 2013, 484).

Wir haben argumentiert, dass dafür die »Ausweitung von Demokratie und Partizipation und eine grundlegende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unverzichtbar« sind (ebd.). Arbeit muss neu bewertet und umverteilt werden, Produktions- und Konsummuster wie auch die Dynamiken von Innovation und Effizienz, Konsistenz und Suffizienz verändert werden. Bezugspunkt ist eine attraktive Produktions- und Lebensweise, nicht »Verzicht« (ebd.). Der Horizont einer progressiven sozial-ökologischen Transformation besteht also in einem weitreichenden Umbau der Produktions- und Lebensweise jenseits technologischer Optionen und des Mythos der Entkopplung.

Allerdings dürfen nicht die mit den ökologischen Problemen einhergehenden Ungleichheiten übersehen werden, wie sie meines Erachtens in Begriffen wie »Komfortzone« (Welzer 2013, 133, 237) zum Ausdruck kommen. Das ist für eine kritisch-emanzipatorische Perspektive problematisch, weil es suggeriert, dass alle Gesellschaftsgruppen und Individuen in ähnlichem Maße an der Verursachung der aktuellen, zu verändernden Konstellation beteiligt wären und über mehr oder weniger dieselben Handlungsmöglichkeiten verfügen würden.

Ein solcher Transformationsprozess hin zu einem wirklich nachhaltigen Energie- und Mobilitätssystem, anderen Formen der Landwirtschaft und Ernährung, zu Hinwendung langlebiger Produkte, aber eben auch zumindest für die wohlhabenderen Bevölkerungsteile zu weniger materiellem

Konsum darf nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden. Sie überlässt insbesondere jene Menschen mit weniger Macht und Einfluss nicht sich selbst und fordert von ihnen Verzicht; das ist das tendenziell konservative wachstumskritische Angebot.

Ihnen, mit den normalerweise geringeren Handlungsspielräumen und Erfahrungen von Machtlosigkeit, muss die Angst vor Veränderung genommen werden. »Reform« reimt sich für die meisten zu sehr auf die Erhöhung von Unsicherheit und Angst, auf Umverteilung von unten nach oben. Deshalb bleiben Verteilungsfragen wichtig; Verteilung von Vermögen und Einkommen, von Macht und Lebenschancen. Sie bleiben zentral im Sinne der Umverteilung vom gesellschaftlichen Oben nach Unten, die *differentia specifica* progressiver Politik im Unterschied zu wirtschaftsliberaler und vieler konservativer Ansätze.

Mit der Transformation in eine solidarische Moderne gehen attraktive Leitbilder einher: Zeitwohlstand, Mäßigung gegenüber den Ansprüchen an Ressourcennutzung und den Selbstverständlichkeiten von Produkten, die der Weltmarkt billig bereitstellt. Frigga Haug (2011) hat das mit dem Begriff der »Vier-in-Einem«-Perspektive gut auf den Punkt gebracht. Im Zentrum steht die Sorge für sich selbst, für andere, für die natürlichen Lebensgrundlagen. Da sind Elemente, die in der feministischen Debatte von Ökonominen längst formuliert, in vielen konkreten Initiativen realisiert werden (Biesecker/Baier 2011, Biesecker in dieser Dokumentation).

Wie gesagt, es geht um eine andere gesellschaftliche Logik. Und diese Logik wird in der aktuell anhebenden Diskussion um »Jenseits des Wachstums« am stärksten infrage gestellt und ein Raum für Alternativen geöffnet (Brand 2014).

Anmerkungen:

¹ Dieser Text basiert auf dem Aufsatz »Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftliches Projekt«, in: Kurswechsel, 2/2014, Wien

² Vgl. zur Debatte über Visionen und Wege sozial-ökologischer Transformation: Kammerlander et al. 2013.

Literatur:

Biesecker, Adelheid/Baier, Andrea (2011): *Gutes Leben braucht andere Arbeit. Alternative Konzepte in der Diskussion*, in: *Politische Ökologie* 125, München: oekom, S. 54-62

Brand, Ulrich (2014): *Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen grundlegender Wachstumskritik*, in: *Prokla* 44(2), 175, S. 289-306

Brand, Ulrich (2012): *Green Economy and Green Capitalism: Some Theoretical Considerations*, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 28(3), S. 118-137

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): *Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse* in: Demirovi?, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hrsg.): *Vielfach Krise im finanzdominierten Kapitalismus*, Hamburg, S. 78-93

Brie, Michael (Hrsg.) (2014): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster: Westfälisches Dampfboot

Demirovic, Alex (2012): *Reform, Revolution, Transformation*, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 28(3), S. 16-42

Deutscher Bundestag (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft*. Drucksache 17/13300

Felber, Christian (2012): *Die Gemeinwohl-Ökonomie*, Wien: Deuticke

Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte*, 13. Heft, Hamburg/Berlin: Argument

Habermann, Friederike (2009): *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag*. Königstein/Ts: Ulrike Helmer Verlag

Haug, Frigga (2011): *Die Vier-in-Einem-Perspektive. Eine Politik von Frauen für eine neue Linke*. Hamburg: Argument

Kammerlander, Moritz / Buschmann, Daniel / Mock, Mirijam / Omann, Ines / Schanes, Karin/ Jäger, Jill (2013): *Visions and Pathways towards Sustainable Development*. Working Paper 3/2013 des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Wien

Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*. Hamburg: VSA

MEW – Marx-Engels-Werke (1848/1974): *Manifest der Kommunistischen Partei*, MEW 4, S. 461-493

Schor, Juliet B. (2005): *Prices and quantities: Unsustainable consumption and the global economy* in: *Ecological Economics* 55, S. 309-320

UNEP (2011): *Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth. Report by the International Resource Panel*, UNEP

WBGU-Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung *Globale Umweltveränderungen* (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin: WBGU

Wissen, Markus (2012): *Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise*, in: *Kurswechsel* 2, S. 28-36

Zur Person:

Dr. Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, u.a. Mitglied des Kuratoriums des Instituts Solidarische Moderne (ISM), des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland und er war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages (Januar 2011 bis Juni 2013).

Kontakt: ulrich.brand@univie.ac.at



Panel 2:**Außenperspektive – Organisationssoziologischer Blick auf die Beteiligten****Wer organisiert die »Große Transformation«?¹**

Von Prof. Dr. Dieter Rucht, Professor em. für Soziologie am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

»Muss nur noch kurz die Welt retten, danach flieg ich zu dir.«²

In der mir vorgegebenen Themenstellung ist die »Große Transformation« bereits als Ziel gesetzt und die nachgeordnete Frage formuliert, wer die Transformation organisiert bzw. organisieren soll. Allerdings hängt die Antwort von der Zielrichtung und den Konturen der Großen Transformation ab. Somit binde ich meine Antwort an unterschiedliche Verständnisse und Herangehensweisen bezüglich der Großen Transformation. Dies ist ein Aspekt, der nominell außerhalb meiner engeren Fragestellung liegt, aber sachlich dazu gehört.

1. Vorstellungen von der Großen Transformation

Die Große Transformation, wie sie Karl Polanyi 1943 beschrieben hat, bezieht sich auf einen abgeschlossenen Prozess. Im Zusammenspiel von kapitalistischer Marktwirtschaft und modernen Staaten wurde die Ökonomie von ihrer sozialen Einbettung gelöst, was gravierende Folgen hatte. Die Große Transformation, wie sie gegenwärtig diskutiert wird, ist etwas ganz anderes: eine Projektion in die Zukunft, ein Vorhaben, dessen gedanklicher Fluchtpunkt wohl nur mit hehren Worten oder gar Worthülsen zu beschreiben ist. Es ist eine friedfertige Welt der Freien und Gleichen, die solidarisch und achtsam miteinander umgehen, die weder die Missachtung von Menschen noch die der Natur zulassen, kurz es ist die Verwirklichung des Rechts auf Glück – ein Anspruch, der bereits in frühen, von der Aufklärung inspirierten Verfassungen formuliert wurde:

»Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück [Pursuit of Happi-

*ness] gehören.«
(Declaration of Independence, USA 1776)*

Diese und andere Erklärungen mit ihrem Kern eines unveräußerlichen Rechts auf dem *pursuit of happiness* beruhen auf dem modernen Naturrecht. Sie setzen etwas voraus, was von Natur aus gegeben, insofern nicht bestreitbar und auch nicht begründungsbedürftig sei. Damit fallen solche Erklärungen in einer Hinsicht hinter den Stand der Aufklärung zurück. Diese konnte nur das als legitim ansehen, was Argumenten standhält und insofern als vernünftig (und nicht etwa naturgegeben) gelten kann, also das, um es mit Immanuel Kant zu formulieren, »was freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können« oder was, modern gesprochen, auf einer verfahrensförmigen (deliberativen) Legitimation beruht.

Die Zubilligung eines Rechts auf Glück, Frieden, Sicherheit (die Frage des Eigentums bedürfte einer gesonderten Betrachtung), auch die Vorstellung der »Aufhebung aller Entfremdung« in einer solidarischen Gesellschaft, wie sie in den Pariser Manuskripten von Marx zum Ausdruck kommt, ist der heutigen Idee einer Großen Transformation inhärent. Die aktuellen Konzepte der Großen Transformation sind eine Reformulierung dieser aufklärerischen Ideen im Lichte teilweise neuer Probleme, also im Kern kein bahnbrechendes neues Konzept. Selbst der Gedanke der Nachhaltigkeit (sustainability) ist historisch längst vorge-dacht³, wenngleich immer wieder massiv verletzt worden.

Die in die Zukunft weisende Große Transformation ist nur vor dem Hintergrund ihres Gegenteils vorstellbar. Dieses Gegenteil lässt sich in zwei Varianten fassen: zum einen das sture Festhalten am Status quo oder gar der Versuch einer reaktionären Wende nach rückwärts; zum anderen eine Politik der Trippelschritte, des Inkrementalismus, des *muddling through*, also eines kurzatmigen und kurzsichtigen und letztlich orientierungslosen Durchwurstelns, wie es etwa der US-amerikanische Politikwissenschaftler Charles Lindblom propagiert hat.

Die Große Transformation, um die es hier gehen soll, ist unabhängig von ihrer gedanklichen Ausgestaltung in dreifacher Weise denkbar: als abstrakte (schlechte) Utopie, als konkrete Utopie und als ein integriertes Projekt radikaler Reformen.

(1) Die große Transformation als abstrakte Utopie

Die abstrakte Utopie ist das Reich des Voluntarismus, der Hirngespinnste, des puren Wunschdenkens, losgelöst von Fragen der Machbarkeit und Machtverhältnisse, losgelöst von einer Reflexion und gesellschaftlichen Debatte über die einzuschlagenden Wege und die Hindernisse, die es zu überwinden gälte. Die abstrakte Utopie sieht nur das Gute im Menschen. Eine ihrer Varianten ist der utopische Sozialismus, der von Marx scharf kritisiert wurde und dessen empirische Experimente allesamt gescheitert sind.

(2) Die Große Transformation als konkrete Utopie

Die konkrete Utopie anerkennt den fiktiven Gehalt der Utopie, aber sieht darin lediglich einen Richtungsweiser, der es erlaubt, Fortschritte und Rückschritte als solche zu erkennen. Die konkrete Utopie ist als Utopie durchaus kühn und unbescheiden, aber sie stellt die Realität in Rechnung. Ernst Bloch, der zwischen abstrakter und konkreter Utopie unterschieden hat, wandte sich gegen die Verallgemeinerung der Kritik an jeglicher Art von Utopien. Er setzte auf die Vielfalt des Utopischen, betonte den Vorgriff auf Utopien in der gesellschaftlichen (marxistischen) Praxis – eine Denkfigur, die in den USA als »prefigurative politics« bezeichnet wird: Es ist die gelebte Idee des Großen im Kleinen und durchaus Unzulänglichen. Die konkrete Utopie zeigt Möglichkeiten auf und kann dadurch motivieren. Bloch umschrieb die Idee der konkreten Utopie interessanterweise mit dem Begriff Heimat:

»Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.«⁴

(3) Die große Transformation mittels radikaler Reformen

Gemeint ist nicht ein Durchwursteln, sondern ein Projekt, das durchaus von einer ambitionierten Zielrichtung geleitet wird, aber weniger auf den »großen Sprung nach vorn« (Mao) setzt, sondern vielmehr auf eine beharrliche Kärnerarbeit: Kärnerarbeit als Prozess der eigenen Lebensge-

staltung, der Organisation politischer Interessen, der Bildung von Allianzen und vor allem der Überzeugungsarbeit mit Blick auf breite Bevölkerungskreise. Der Unterschied zur konkreten Utopie liegt vor allem darin, dass es keiner Utopie im Sinne eines fiktiven Endzustandes bedarf, sondern es genügt, politisches Handeln und gesellschaftliche Verhältnisse an bestimmten Grundwerten und damit verbundenen Verfahrensweisen auszurichten. Es reicht aus, wie es Karl Popper⁵ vorgeschlagen hat, an der Beseitigung von konkreten oder drohenden Missständen zu arbeiten, ohne hehre und zumal gleich auf die Gesamtgesellschaft gemünzte Ideale zu verfolgen. Allerdings beinhaltet der Vorsatz, konkrete Missstände wie Unrecht, Armut, Vertreibung, Zerstörung der Natur zu mindern, immer schon Vorstellungen ihres Gegenteils, also Vorstellungen von Recht, Wohlfahrt, Heimat, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Es geht also um ein normativ angeleitetes Projekt, das nicht so sehr in den Kategorien von Entweder/Oder, sondern von Mehr/Weniger angegangen werden sollte.

2. Wer organisiert welche große Transformation?

Die von einer abstrakten Utopie geleitete Große Transformation wird nicht organisiert, sondern bloß erträumt. Zu ihren Protagonisten gehören die Barfußpropheten der 1920er Jahre, linksradikale, von konkreten Interessen abstrahierende Revolutionsromantiker verschiedener Epochen, aber auch Teile der inzwischen versandeten Occupy-Bewegung.

Die Große Transformation, sei sie von einer konkreten Utopie oder von einem davon nicht scharf abzugrenzenden Konzept der radikaler Reform inspiriert, erlebte seit dem Beginn der Moderne immer neue Phasen des Blühens und Verwelkens. Ich kann diese Geschichte hier nicht nachzeichnen, aber erinnere doch an jüngere Wellen: die Neue Linke und die Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, die Alternativbewegung der späten 1970er und frühen 1980er Jahre und schließlich die Bestrebungen der Gegenwart, in Deutschland zuletzt sichtbar am Leipziger Degrowth-Kongress im Sommer 2014.⁶

Transformationsbestrebungen der Gegenwart umfassen lebenspraktische Experimente des Wohnens und Arbeitens, ein bewusstes Verbraucherverhalten, Protest, Verweigerung und Widerstand auf allen Ebenen, Solidaritätskampagnen, kritische Analysen der Gesellschaft sowie Studien, die Wege in eine andere Gesellschaft aufzeigen.

Die Gruppen, die solche Bestrebungen tragen und organisieren wollen⁷, sind in ihrer politisch-ideologischen Ausrichtung und vor allem in ihren Kommunikationsweisen und Formen sehr uneinheitlich. Dazu gehören Atheisten und Christen; kleine Freundeskreise und Vertreter mancher Großorganisationen, darunter Gewerkschaften, Umweltverbände und Kirchen.

Die Vielfalt all dieser Akteure macht es unwahrscheinlich, dass sie sich alle vernetzen und auf ein singuläres Projekt der Großen Transformation einigen können. Gewiss herrscht Einigkeit über abstrakte Zielvorstellungen. Sobald jedoch einzelne Ziele in ihrem Spannungsverhältnis erkennbar werden, sobald Ziele konkretisiert werden, sobald eine Hierarchie von Zielen erstellt und sobald über die Verteilung knapper Ressourcen entschieden werden soll, werden unterschiedliche Vorstellungen sichtbar. Spannungen, ja massive Konflikte kommen auf. Das zeigt die Geschichte der Linken seit 200 Jahren; das lehren auch die Debatten innerhalb der Sozialforumsbewegung. Selbst wo Einigkeit bezüglich eines konkreten Ziels herrscht, zum Beispiel der Schuldenreduzierung der ärmsten Länder der Welt anlässlich der Jahrtausendwende, kommt es zu Spaltungen, in diesem Fall zwischen dem Netzwerk Jubilee 2000 und dem von Südländern dominierten Netzwerk Jubilee South. Auch innerhalb einzelner Organisationen zeigen sich solche Spannungen und kommt gelegentlich sogar zu kollektiven Abwanderungen, etwa Robin Wood als Abspaltung von der deutschen Sektion von Greenpeace oder Earth First! in den USA, dessen Mitgründer den eher betulichen Sierra Club verlassen hatten. Es bleibt wohl ein frommer Wunsch, dass sich die vielen Rinnsale und Bäche der Transformationsbestrebungen zu einem großen Strom vereinigen, dessen mächtige Fluten dann gleichsam die Turbinen des Großen Transformationskraftwerks antreiben werden.

Dass eine Große Transformation von einer Allianz weniger Organisationen oder gar von einer einzelnen Organisation angeleitet und befeuert wird, erscheint mir nicht nur unrealistisch, sondern auch nicht wünschenswert. Unrealistisch deshalb, weil es an Kapazitäten und Wissen, an der Bereitschaft zur Ein- oder gar Unterordnung bei der Vielzahl anderer Gruppen fehlt. Es erscheint mir auch nicht wünschenswert, weil sie im Widerspruch stünde zum Grundgedanken einer Transformation, die auch die Werte von Autonomie und Dezentralität beinhaltet und nicht schon ihre Bedeutung durch ein groß geschriebenes »G« unterstreichen will.

So gesehen halte ich es auch für problematisch, wenn in einem aktuellen Aufruf folgender TeilnehmerInnenkreis angesprochen wird: »strategisch denkende Personen aus der Zivilgesellschaft, die Leadership für die Große Transformation übernehmen wollen.« Weiter heißt es dort:

»Neben den 20 Teilnehmenden des Gesamtprozesses werden weitere Personen aus den teilnehmenden Organisationen (insbes. Führungsebene) punktuell in den Prozess eingebunden, um innerhalb der Organisationen eine Nische für transformativen Wandel zu etablieren.«⁸

Mir erscheint die Vorstellung, dass man Eliten für die Durchführung der Großen Transformation aufrufen⁹ oder gar schulen sollte, durchaus verwandt mit den Ideen eines Heuschrecken-Investors, der sein *Nicolas Berggruen Institute on Governance* eingerichtet und ihm einen *21st Century Council* (»Rat für das 21. Jahrhundert«) zur Seite gestellt hat. Vertreten sind darin u.a. Gerhard Schröder und Felipe Gonzáles, aber auch Personen wie Amartya Sen, Alain Minc und Joseph E. Stiglitz, die in der kritischen Transformationsszene eine hohe Reputation genießen dürften. Die erste Sitzung des Instituts fand übrigens im Google Hauptquartier statt.

Schritte in Richtung einer großen Transformation, die ich mir vor allem als ein loses, allenfalls teilweise verknüpftes Projekt radikaler Reformen vorstellen kann, erfordern m. E. keine enge Koordination aller in diese Richtung strebenden Kräfte. Viele Gruppen werden sich weiterhin in ihrem speziellen Themen- und Problemfeld tummeln; sie wollen und/oder können nicht das Ganze samt seiner grundlegenden Strukturen angehen. Andere werden durchaus eine ganzheitliche Problemsicht einnehmen, aber dennoch ihre Kräfte nur innerhalb ihres engeren Themenbereichs investieren. Wiederum andere werden sich vermehrt um eine Bündelung von Kräften und Kampagnen kümmern wollen, wobei bei einem Teil von ihnen auch Organisationspatriotismus, persönliche Reputationsgewinne und eigener Arbeitsplatz als Motive mit im Spiel kommen mögen. Entscheidend wird aber das sein, was an den Graswurzeln passiert. Sind diese Wurzeln stark und weiten sich in der Fläche aus, so ist auch die Chance eines allmählichen Fortschritts in Richtung Großer Transformation gegeben. Ich spreche bewusst nur von einer Chance, weil dieser Fortschritt entscheidend von der Stärke und den Strategien der Gegenkräfte und der Resonanz beider widerstrebenden Kräfte auf Seiten der breiten Bevölkerung abhängen wird.

Mit Blick auf die Transformation mangelt es nicht an Aufrufen und Goodwill-Erklärungen. Ich denke etwa an das eindrucksvolle Port Huron Statement des US-amerikanischen SDS (Students for a Democratic Society) von 1962. Ein Auszug daraus:

»With nuclear energy whole cities can easily be powered, yet the dominant nation-states seem more likely to unleash destruction greater than that incurred in all wars of human history. Although our own technology is destroying old and creating new forms of social organization, men still tolerate meaningless work and idleness. While two-thirds of mankind suffers under nourishment, our own upper classes revel amidst superfluous abundance. Although world population is expected to double in forty years, the nations still tolerate anarchy as a major principle of international conduct and uncontrolled exploitation governs the sapping of the earth's physical resources.«

Ähnliche Erklärungen wurden beim Kongress der IG-Metall zur »Qualität des Lebens« im Jahr 1972¹⁰, beim »Großen Ratschlag« des Sozialistischen Büros in Hamburg im Jahr 1978¹¹ oder im Rahmen des Weltsozialforums (Charta von Porto Alegre) im Jahr 2001 vorgelegt. Es mangelt also nicht an Deklarationen und Grundsatzpapieren, sondern an nüchternen Analysen, welche die Hürden auf dem Weg der Umsetzung in den Blick nehmen. Das erfordert zunächst einen Blick nach innen, auf die Unzulänglichkeiten, Verstrickungen und Widersprüche der einzelnen Gruppen und Organisationen, die eine Transformation voranbringen wollen oder zumindest potenziell dafür in Frage kämen, aber auch einen Blick nach außen: auf die organisierten Gegenkräfte und das noch ablehnende, ungeschlüssige, misstrauische und zu großen Teilen auch behäbige Publikum, welches – ich schließe mich hier ein – Meisterleistungen in Sachen individueller und kollektiver Verdrängung¹² an den Tag legt. Es bedarf also eines kalten Tatsachenblicks, der Erschütterungen auslösenden Aufklärung, des Muts zum Streit und weniger der moralisierenden Klagen, der »leuchtenden Pfade«¹³ und der in ein neues Gewand gekleideten Symboliken von Morgenröte und Sonnenaufgängen, wie sie in der historischen Arbeiterbewegung und Jugendbewegung zu finden waren. Vor allem aber müssten sich die Ideen mit Interessen verbinden, damit sich die Ideen, um erneut mit Marx zu sprechen, nicht blamieren.

3. Möglichkeiten und Hürden mit Blick auf Umweltorganisationen und Gewerkschaften

Derzeit kann ich nicht erkennen, dass sich die drei in dieser Tagung speziell angesprochenen

großen institutionellen Segmente – Kirchen, Gewerkschaften und Verbände im Natur- und Umweltschutz – als Ganze gedanklich und erst recht nicht handlungspraktisch auf eine Große Transformation einlassen würden. Es sind innerhalb dieser Segmente nur Minderheiten oder gar Randgruppen, die in diese Richtung streben. Die anderen Kräfte innerhalb dieser Großorganisationen verhalten sich aus ganz unterschiedlichen Gründen abwartend, skeptisch oder ablehnend.

Ein wichtiger Faktor, der in allen drei Bereichen eine mehr oder weniger große Rolle spielt, ist die ideelle und organisatorische Trägheit der Apparate, die sich nur langsam und schwer auf Neues einlassen wollen und zumal vor radikalen Ideen zurückschrecken. Insbesondere Dachverbände, die zumeist auf eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners ausgerichtet sind, werden wenig Offenheit für eine Große Transformation zeigen. Ich denke hier gleichermaßen an den DGB und ETUC, die gewerkschaftliche Vertretung auf EU-Ebene, wie an den Deutschen Naturschutzring im Umweltschutzbereich oder den Deutschen Frauenrat.

Ein zweiter hinderlicher Faktor ist der Drang zur Wahrung von Besitzständen. Das kann im Falle der Gewerkschaften bedeuten, dass Waffenexporte oder problematische Technologien befürwortet werden, weil damit Wachstum und Arbeitsplätze verbunden sind. Das kann im Falle der Umweltorganisationen bedeuten, dass man, wie Greenpeace, eher zögerlich Bündnisse eingeht, weil damit die Sichtbarkeit der eigenen Marke, das Alleinstellungsmerkmal, leiden könnte. Im Falle der Kirchen wiederum kann es bedeuten, dass man darauf bedacht ist, den Fluss von Staatsgeldern für kirchliche Einrichtungen zu erhalten, obgleich dies, so im Falle der von allen Steuerzahlern finanzierten Gehälter für Bischöfe, schwerlich zu rechtfertigen ist.

Ein dritter Grund der Absage an die Große Transformation ist die Befürchtung, mit es am Ende bei einem großen Palaver ohne konkrete Ergebnisse und sichtbare Fortschritte bleibt. Warum also Energien in ein solches Unternehmen stecken, das viel Aufwand, viele Reibungsverluste, vielleicht auch viel Streit beschert wird. Dieses pragmatische Argument gilt zumal unter den Bedingungen einer strukturellen Überlastung und Ressourcenknappheit der meisten in diesen Feldern tätigen Organisationen.

Ein weiterer Grund der Zurückhaltung oder Abwehr liegt darin, dass eine Große Transformation,

selbst wenn ihre Realisierung möglich wäre, als zu weitgehend und zumindest in Teilen als gar nicht wünschenswert erachtet wird. Nicht nur stellt sich die Frage, ob die Große Transformation ohne den Einsatz von massivem Druck und Machtmitteln möglich würde, sondern auch die Frage, welche Strukturen mit welchen Nebenefekten entstehen würden. Wird mit diesem Projekt ein gebändigter Kapitalismus oder ein menschlicher Sozialismus verbunden? Soll die transformierte Gesellschaft als eine Nicht-Wachstumsgesellschaft oder sogar als schrumpfende Gesellschaft existieren? Handelt es sich um Ideen und Maßnahmen, die sich Kräfte innerhalb der reichen und saturierten kapitalistischen Kernländer leisten können, während in der Dritten Welt der Wunsch und auch das Anrecht besteht, überhaupt erst in die Nähe dieses Niveaus zu gelangen?

Fragen dieser Art müssen fortlaufend gestellt und zumindest in der Tendenz und in aller Vorläufigkeit beantwortet werden. Aber sie können nicht zuerst am grünen Tisch beantwortet werden, um dann zur Tat zu schreiten. Manche Fragen und manche Antworten werden erst im praktischen Tun aufkommen, ganz nach dem zapatistischen Motto: *preguntando caminamos* – fragend schreiten wir voran. Ein nicht unwichtiger Maßstab für das fragende Voranschreiten ist die Art, wie wir kommunizieren, die Möglichkeit, alle und nicht nur bestimmte Fragen zuzulassen, die Bereitschaft, auch jenen zuzuhören, deren Positionen wir für falsch halten. In dieser Hinsicht gibt es einen beachtlichen Lernprozess, wenn ich die Debatten linker Sekten in den frühen 1970er Jahren mit heutigen Debatten etwa im Rahmen der Sozialforumsbewegung vergleiche.¹⁴

Der Versuch einer strategischen Planung der Großen Transformation, zumal unter der Regie von Funktionären großer Verbände, erscheint mir verfehlt. Ich glaube nicht an die Planbarkeit eines solchen Unterfangens. Entweder werden die Schritte in Richtung Großer Transformation im Kleinen und primär »an der Basis« vollzogen – oder es bleiben Glasperlenspiele von Kräften, die sich an der Kühnheit ihrer eigenen Ideen berauschen und dabei die Voraussetzungen und Stolpersteine ihres Vorhabens außer Acht lassen.

Anmerkungen:

¹ Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags zur Tagung »Welt retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«?, Hamburg 23./24.09.2014.

² Aus einem Lied von Tim Bendzko.

³ »Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.« Karl Marx: *Das Kapital*. Dritter Band (1968), MEW Bd, 25, S. 784. Vgl. auch John Foster Bellamy: *Marx's Ecology. Materialism and Nature*. New York: Monthly Review Press 2001.

⁴ Bloch, Ernst: *Das Prinzip Hoffnung*. Bd. 3. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1969, S. 1628

⁵ »Arbeite lieber für die Beseitigung von konkreten Mißständen als für die Verwirklichung abstrakter Ideale.« Karl Popper: *Utopie und Gewalt*. In: Georg Lührs et al. (Hrsg.): *Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie*. Bonn: J.H.W. Dietz 1975, S. 303-315, dort S. 311. Popper will von der Verfolgung positiver Ideale absehen, denn »der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, produziert stets die Hölle«. Karl Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Bd. 2: *Falsche Propheten*. Bern: Karl Francke Verlag 1970, S. 292. Diese Behauptung halte ich für überzogen. Im Übrigen finden sich in Poppers Schriften durchaus Plädoyers für positive Ideale, etwa die Forderung nach Chancengleichheit, Vernunft etc.

⁶ Uli Brand: *Degrowth: Der Beginn einer Bewegung?* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2014, S. 29-31.

⁷ Zum Beispiel: *Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. 2. veränderte Auflage. WBGU, 2011 (Hauptgutachten).

⁸ »Kompetenzen für eine Große Transformation«, Aufruf von Impuls - Agentur für angewandte Utopien e.V. und Smart CSOs Lab (Sommer 2014).

⁹ So auch jüngst der Wirtschaftswissenschaftler Helge Peukert in einem Interview: »Eine zukunftsorientierte Ökologie hat der orientierungslosen Mehrheit klarzumachen, wo es langgehen muss. Wir sind es unserem Planeten schuldig.« (in: *tageszeitung* vom 23.09.2014, S. 7)

¹⁰ Dort sagte Erhard Eppler: »Wir sprechen von Qualität, weil wir an der Quantität irre geworden sind. Am Anfang steht also auch hier nicht das Wissen, sondern der Zweifel. Wir zweifeln, ob dies gut für die Menschen sei: immer breitere Straßen für immer mehr Autos, immer größere Kraftwerke für immer mehr Energiekonsum, immer aufwendigere Verpackung für immer fragwürdigere Konsumgüter, immer größere Flughäfen für immer schnellere Flugzeuge, immer mehr Pestizide für immer reichere Ernten, und, nicht zu vergessen, immer mehr Menschen auf einem immer enger werdenden Globus.« Vgl. Erhard Eppler: *Maßstäbe für eine humane Gesellschaft. Lebensstandard oder Lebensqualität?* Stuttgart: Kohlhammer 1974, S. 18.

¹¹ In der Einladung dazu heißt es: »Strukturkrise des Kapitals, Rationalisierungsarbeitslosigkeit, Sinnentleerung der Arbeit, Raubbau an der Natur, Umweltkrise steigern sich. Wie sieht dagegen eine auf menschliches Maß gegründete und in den Naturkreislauf eingebettete Ökonomie aus? Was bedeutet 'angepaßte Technologie'? Und wie läßt sich das politisch durchsetzen?«

¹² Besonders eindringlich sind die Hinweise auf kollektive mentale Verdrängung von Günther Anders: *Die Antiquiertheit des Menschen*. Band I: *Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*. München: C. H. Beck 1956; *Die Antiquiertheit des Menschen*. Band II: *Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution*. München: C. H. Beck, München 1980.

¹³ *Sendero Luminoso* (»Leuchtender Pfad«) ist der Name einer maoistischen Guerillagruppe, die Ende der 1960er Jahre in Peru entstand. Von den knapp 70.000 Menschen, die in den Kämpfen den Tod fanden, geht wohl die Mehrzahl auf das Konto des Sendero Luminoso.

¹⁴ Vgl. Donatella della Porta/Dieter Rucht (Hg.): *Meeting Democracy: Power and Deliberation in Global Justice Movements*. Cambridge: Cambridge University Press 2013.



Wie bündnisfähig ist die Kirche?

Über die Organisation von Interessen im Prozess der »Großen Transformation«

Von Prof. Dr. Gerhard Wegner, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Im Zuge der Vorbereitung und Durchführung des Transformationskongresses in Berlin 2012 kam die Rede von Bündnissen auf, die zum Voranbringen der großen Transformation notwendig seien. Solch ein Bündnis – so kann man nach wie vor hören – soll es damals auch anlässlich des Kongresses zwischen den Umweltverbänden, dem DGB und der Evangelischen Kirche gegeben haben. Manche waren sogar so kühn, die Mitgliederzahlen dieser Organisationen zusammenzuzählen und kamen dann darauf, dass fast die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands auf den Transformationskongress repräsentiert worden sei. Das machte Mut!

Offensichtlich ist solch eine Addition nun aber eine absurde Vorstellung und war wohl von den Betreffenden nie ganz ernst gemeint. Die Frage aber, ob überhaupt die Evangelische Kirche als eine Bündnispartnerin in derartigen Gefügen aktiv werden kann, stellt sich damit aber nur umso nachdrücklicher. Meine Antwort in diesen Thesen wird sein, dass »die Kirche« kein Bündnispartner sein kann, wobei die Betonung auf dem Wörtchen »die« liegt: Die Volkskirche als Großinstitution, wie es sie nach wie vor in Deutschland gibt, kann das aus meiner Sicht nicht. Diese Erkenntnis ist das Ergebnis einer nüchternen Organisationsanalyse der evangelischen Volkskirche in Deutschland. Allerdings ist damit die Frage nach der Organisation wichtiger Interessen durch die Evangelische Kirche für die große Transformation noch lange nicht beantwortet – schon gar nicht negativ! Dazu die letzte These.

Zum Hintergrund: Die Notwendigkeit einer großen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft anlässlich der ökologischen und globalen Herausforderung ist vielen aufgeklärten und einsichtigen Menschen heute vollkommen klar. Die Frage ist nur, wie aus dieser Einsicht ein wirkliches politisches Handeln, dass die Gesellschaft

verändert, wird. Dies ist letztlich ganz klassisch eine Organisationsfrage: wie organisieren sich die verschiedenen Intentionen, sodass sie zu Interessen werden und eine gewisse Akzeptanz und Plausibilität bis hin zur Hegemonie in der Gesellschaft gewinnen? Dabei spielen kulturelle Mentalitäten, Organisationen, Institutionen usw. und eben auch die Kirche eine große Rolle. Abgekürzt gesagt: Im Prinzip könnten die sich auf den Faktor Religion und Kirchen richtenden Hoffnungen in Richtung einer Mentalitätsveränderung in Sachen Ökologie und Nachhaltigkeit durchaus berechtigt sein, wenn Religion in Deutschland ein mentalitätsprägender und vitaler Faktor wäre. Alle Untersuchungen zum Thema der Vitalität von Religion in Mittel- und Nordeuropa zeigen jedoch, dass eher das Gegenteil der Fall ist, religiöse Vitalität nachlässt und deswegen schon gar nicht als Motivationskraft für große gesellschaftliche Veränderungen zur Verfügung steht. Allerdings scheint Religion immer noch Kräfte der nachhaltigen Bindung aufzuweisen, die durchaus stärker als die z.B. von Parteien oder anderen Organisationen sind.

Aber nun zurück zum Thema. Lässt sich über die Metapher oder gar die Realität von Bündnissen, Bündnisfähigkeit und dem Schließen von Bündnissen mit der Kirche die Organisation von Interessen für die große Transformation voranbringen? Daran habe ich Zweifel. 5 Thesen.

1. These: Das Bündnispartnerdenken ist gescheitert.

Bei allem was im Rückblick auf den Transformationskongress vor 3 Jahren Gutes gesagt werden kann, muss in der nüchternen Analyse dessen, was damals passiert ist, noch einmal festgehalten werden, dass die Evangelische Kirche als solche kein Mitträger dieses Kongresses und in dieser Hinsicht auch kein Bündnispartner gewesen ist. Immer wieder ist davon die Rede gewesen und gerne ist dies auch so betont worden. Tatsächlich aber gingen die Beschlüsse der EKD in eine andere Richtung. Die Rede vom Bündnispartner mit Gewerkschaften und Umweltverbänden fand aufgrund verschiedener Bedingungen in den leitenden Gremien der Kirche keine Akzeptanz.

Dennoch haben sich eine ganze Reihe von kirchlichen Organisationen, auch EKD-Organisationen, im Auftrag der EKD an diesem Kongress beteiligt. Aber eben nicht »die Kirche«. Und auch diese anderen Organisationen haben sich lediglich als »Büros« beteiligt, lassen sich aber schwerlich mit der Metapher von Bündnispartnern erfassen, da diese Organisation keine Massenbewegung und überhaupt keine Mitgliederorganisation, sondern Institute und andere Einrichtungen darstellen.

Was nun im Bereich der EKD abläuft, ist ein eigener Prozess zur Klärung der Frage, wie sich Transformation und wirkliche Nachhaltigkeit tatsächlich gestalten lässt. Dieser Prozess wird über zwei Jahre in der Evangelischen Kirche unter intensiver Beteiligung aller möglichen Institutionen durchgeführt. Am Ende steht hoffentlich eine Positionsbestimmung, die die Evangelische Kirche in Richtung Transformation verpflichtet. Dann können sich kirchliche Einrichtungen auf die Positionierung positiv beziehen. Aber auch dann wird kaum die Kirche als Bündnispartner in bestimmten Prozessen auftreten.

2. These: Die Sozialinitiative

Parallel zum Prozess der Klärung des Transformationsverständnisses und auch parallel zum Transformationskongress selbst, ist ein anderer Prozess in Kooperation mit der Katholischen Kirche gelaufen, der den gegenwärtigen Charakter der Organisation Kirche wahrscheinlich sehr gut zum Ausdruck bringt: nämlich die sogenannte Sozialinitiative. Inhalt dieses Prozesses ist die Erstellung eines 10 Thesen Textes zwischen Evangelischer und katholischer Kirche, in diesem Fall auf Expertenebene, der an das berühmte gemeinsame Wort von 1997 anschließt. Dieser Text enthält auch eine Reihe von guten Aussagen zum Thema Transformation und ökologischer Erneuerung der Wirtschaft.

Interessant ist aber, dass sich dieser Text wie viele entsprechende Texte der Kirche als ein stellvertretender Konsens für die Gesellschaft versteht und in großer Bewusstheit und großer Klarheit nicht als ein irgendwie gearteter prophetischer anstößiger Text, der darauf gerichtet ist, gesellschaftlich zu mobilisieren, Bündnisse zu schließen und damit etwas durchzusetzen, verfasst wurde. Der Text formuliert vielmehr in einer relativ abgeklärten Sprache einen Konsens, einen großen Kompromiss über Grundlagen der bundesdeutschen Gesellschaft und verschärft auf diese Weise Integrations- und sicher auch Inklusionspotenziale, auch im Blick auf transformative

Prozesse. Darin hat er seinen Wert. Aber, wie gesagt: Im Anschluss an diesen Text lassen sich kaum politische Kampagnen durchführen. Der Text dient als Grundlage für Grundwerte-Kommissionen und entsprechende Tagungen zur Reflexion der Grundlagen unseres Zusammenlebens. Da sehen die Kirchen offensichtlich ihren Platz, da sehen sie ihre Chance; genau nicht darin, wie es früher immer hieß, Politik zu machen, sondern Politik möglich zu machen. Diese Art des Heran-gehens und dieser Text ist von allen politischen Gremien in evangelischer und katholischer Kirche nicht nur mitgetragen, sondern dezidiert so beschlossen worden.

3. These: Die Kompetenz der Kirche

Woran liegt diese Schwierigkeit der Kirche, sich als ein bewusster Akteur, der in der Gesellschaft mit anderen gemeinsam in Form von Bündnissen operiert, zu begreifen? Dafür gibt es verschiedene mögliche Gründe:

- Es ist so, und das zeigt die 5. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft in ziemlicher Deutlichkeit, dass die Kirchenmitglieder, insbesondere aber auch die konfessionslosen Menschen in Deutschland, der Kirche nicht per se Kompetenz auf dem Feld Politik zumessen, jedenfalls nicht in der Konkretion von politischen Forderungen und schon gar nicht im Blick auf bestimmte Sachthemen. Politische Kompetenz von Kirche oder gar die Kompetenz von Kirche im Blick auf die Arbeitswelt oder anderes, rangiert weit hinten in einer Skala von anerkannten Kompetenzen der Kirche. Anders ist das nur unter den etwa 15 % hochverbundenen Mitgliedern, die sehr wohl erwarten, dass die Kirche Folgerung aus dem Glauben zieht und diese auch öffentlich darstellt.
- Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Mitglieder überhaupt kein politisches Verhalten der Kirche erwarten. Sie erwarten aber ein mehr allgemeines, grundsätzliches Parteiergreifen zugunsten der Schwachen, in diesem Zusammenhang auch zugunsten der natürlichen Lebensgrundlagen bzw. der Schöpfung. Aber sie gehen nicht davon aus, dass die Kirche in der konkreten Umsetzung entsprechender Sachforderungen besonders kompetent sei. Diese Mitgliedererwartungen prägen in der einen oder anderen Form auch das Verhalten der Leitungsgremien.
- Ebenso ist auch der Eindruck, wenn man nach dem Zusammenhang von Kirche und sozialem Engagement fragt. Hier wird ebenfalls der Kirche durchaus eine große Kompetenz im Blick

auf die Behandlung sozialer Fragen und der Weckung von sozialem Engagement zugeordnet. Diakonie und Caritas finden größte Anerkennung und sind die Glaubwürdigkeitsträger auch für die Kirche insgesamt. Aber auch hier sieht die Bevölkerung nicht so sehr konkrete sozialpolitische Initiativen als Sache der Kirche, sondern ein sich im Wesentlichen vielleicht etwas diffus gestaltetes sich Einsetzen für die Schwachen in der Gesellschaft. Im Grunde genommen ein eher unpolitisches, eben karitatives Engagement.

- In diesem Zusammenhang muss aus den Untersuchungen auch deutlich geschlussfolgert werden, dass Religion in Deutschland nicht die entscheidende inspirierende Kraft für die Masse der Menschen ist. Das Feld der Religion rangiert unter den wichtigen Lebensfeldern in Deutschland regelmäßig ziemlich weit hinten, am Anfang rangieren Familie, Freunde, Freizeit und Arbeit, bis dann nach einer ganzen Reihe anderer Lebensbereiche irgendwann auch Religion kommt. Im Osten ist dies noch dramatischer als im Westen. Insgesamt ist der Level der religiösen Aktivität, d.h., das Interesse für Religion und das entsprechende Engagement in Mittel- und Nordeuropa im weltweiten Vergleich am geringsten, jedenfalls in keiner Weise mit dem in den USA oder auch in Afrika oder Asien zu vergleichen.

Das bedeutet, dass die Kirche sich zwar nach der Meinung aller Befragten religiös betätigen und äußern muss und dies natürlich auch tut, aber, wenn sie dies tut, insgesamt auch nicht mit allzu viel Resonanz in der Gesellschaft rechnen kann, ja, die entsprechende Resonanz immer weniger wird. Dieser Relevanzverlust von Religion und Kirche in der Gesellschaft ermutigt nun nicht unbedingt dazu, spezifische profilierte Aktivitäten im politischen Bereich aufzugreifen, sondern lässt in der Kirche eher darüber nachdenken, wie man sich in der eigenen Kernkompetenz im religiösen Bereich wieder besser aufstellt. Nicht wenige Menschen betrachten ein betontes, bündnisorientiertes politisches Engagement eher als ein Ausweichen in Richtung Aktionismus und Selbstsäkularisierung, was die Kirche nur begrenzt unternehmen sollte.

Wie gesagt: anders ist es durchaus bei kirchlich hochverbundenen Mitgliedern, d. h. bewussten und überzeugten Christen, die wissen, dass ihr Glaube auch ethisch-politische Konsequenzen hat und die Kirchen auch immer wieder dazu auffordern, in dieser oder jener Hinsicht klar politisch Stellung zu beziehen. Wie weit diese Gruppe

allerdings sich mehrheitsfähig durch die komplizierten kirchlichen Entscheidungsebenen einen Weg wird bahnen können, ist eine nicht einfach zu beantwortende Frage. Jedenfalls sind die kirchlichen Entscheidungsebenen insgesamt sehr wenig partizipationsinteressiert. Die höheren Ebenen – z.B. landeskirchliche Synoden – sind oftmals selbst Kirchenmitgliedern kaum bekannt. Und es ist nicht zu sehen, dass sich daran etwas ändern soll. Oft sind es Einzelpersonen, die in dieser Hinsicht politisch voran preschen, aber dann im Blick auf Vergatterungen der gesamten Organisation für bestimmte Ziele immer auch vorsichtig sein müssen.

4. These: Die Organisation der Kirche

Dieser Gedanke lässt uns nun auch noch einmal im Blick auf den Organisationscharakter der Kirche fragen: Um was für eine Organisation handelt es sich eigentlich bei der Kirche? Jedenfalls um keine hierarchische, wie man sie aus der Wirtschaft kennt – nur in bestimmten Aspekten erscheint sie manchmal so – aber in der Qualität der inhaltlichen Ausrichtung der gesamten Organisation ist sie es sicherlich nicht. Insbesondere das (faktisch dominierende) lutherische Kirchenverständnis in Deutschland beharrt darauf, dass die einzelnen Gemeinden und Pastoren Freiheit zur Verkündigung haben, die auf keinen Fall durch inhaltliche Vorgaben der Kirchenleitung eingeschränkt werden darf. Die sich selbst so nennende »Kirche der Freiheit« will auch in sich selbst im Blick auf die Verkündigung Freiheit möglich machen. Dies ist natürlich dauernd umkämpft. Immer wieder wird versucht, dass die Organisation sich auch inhaltlich bindet. Im Zweifel zuckt sie dann doch davor zurück. In gewisser Hinsicht kann man die evangelische Kirche deswegen nach wie vor als eine im Kern bei allem Aktionismus »passive Organisation« bezeichnen, die im Prinzip eher auf gesellschaftliche Herausforderungen reagiert, als selbst aktiv in der Gesellschaft Position zu beziehen und Veränderungen herbeiführen zu wollen.

Entsprechend schwierig ist es auch, über Ziele und Zielerreichung in der Kirche zu diskutieren. Die Pflege eines bestimmten kirchlichen Stils und kirchlicher Gemeinschaftsformen ist oft sehr viel prägender als das mit einem Organisations- oder gar Akteursverständnis verbundene selbstbewusste Auftreten in der Gesellschaft. Auch hier gibt es immer wieder einzelne Personen oder einzelne Organisationen, die sich in dieser Hinsicht ganz anders verhalten, die aber eben auch nicht in der Lage wären, die gesamte Organisation (gar bünd-

nismäßig) zu binden. Tatsächlich ist die Evangelische Kirche weit eher mit einem Netzwerk oder einer Heterarchie, d.h., einem relativ schlecht definierten System, zu vergleichen und dies entspricht auch – und das ist von großer Bedeutung – in vielfacher Hinsicht dem Eigensinn von religiöser Kommunikation. Sie muss unter modernen und postmodernen Bedingungen authentische Kommunikation sein und deswegen die Selbstwirksamkeit der Akteure pflegen. Das legt in jede Organisiertheit (als im Kern formale Kooperationsstruktur) bereits als solche einen Sprengsatz. Schon gar nicht gilt für solch eine Organisation, dass man sie von außen zu bestimmten Veränderungen zwingen könnte obwohl diese Organisation eigentlich keine klaren Grenzen hat und die Kommunikation von Kirche und Religion immer wieder weit in andere Bereiche der Gesellschaft ausgreift.

Insofern steuert sich diese ganze Organisation auch nur sehr begrenzt selbst; sie schwimmt sehr viel mehr insgesamt in der Gesellschaft mit, nimmt viel aus ihr auf, ohne es selbst im Blick auf ihre Identität immer klar zu reflektieren. Aber deutlich ist, dass eine solche Organisation eben kaum Bündnisse schließen kann. Zentral in ihr ist vor allem die Interaktion, die leibhaftige Begegnung untereinander. Daraus entwickeln sich gegebenenfalls Innovationen, die sich dann zu bestimmten Strukturfacetten auch hin und wieder verdichten können.

5. These: Chancen von Transformation in der Kirche

Aber diese Situation bedeutet nun nicht, dass die Kirche aus dem Feld von wichtigen Akteuren aus der Gesellschaft einfach auszuschließen wäre. Es ist vielmehr so, dass gerade diese Art von Organisiertheit die Möglichkeit bietet, dass sich in der Kirche eine ganze Reihe von Akteuren entwickeln, die basisorientiert höchst effektiv besondere gesellschaftlich problematische Felder aufgreifen und Aktivitäten voranbringen können.

Besonders deutlich ist dies in einer (leider unveröffentlichten) schönen Studie von Jiska Gojowczyk geworden, die die Initiative »Der Grüne Hahn« in der Evangelischen Kirche in Deutschland organisationspraktisch und organisations-theoretisch untersucht hat. Hier wird deutlich, wie sehr sich in der Kirche eine ganze Reihe von wichtigen Akteuren im Bereich der Transformation der Gesellschaft breitmachen können, weil durch die dezentrale Organisation der Kirchengemeinden und im ehrenamtlichen Bereich, viele

emergente Felder vorhanden sind. Es finden sich vielfältige Communities of Practice, feldinterne Entrepreneurs, die miteinander agieren und die die Chancen dieses offenen und diffusen Feldes nutzen, um Veränderungen im Umweltbereich herbeizuführen. Das bedeutet zugleich, dass kaum eine kollektive Problemwahrnehmung innerhalb der Kirche stattfindet, aber genau deswegen, einzelne mit Aktivitäten eine große Chance haben, Innovationen anzustoßen. Wenn es dann gut läuft ist auch eine Implementation in der gesamten Organisation möglich. Sie nimmt dann Aktivitäten aus der Gesellschaft auf, formuliert sie um und passt isomorphisch an das Denken in der Kirche und der Theologie an. Es könnte gut sein, dass die Aktivitäten des Transformationsprozesses genau in dieser Hinsicht in der Kirche auf äußerst fruchtbaren Boden fallen und hier »von unten« aus den Kirchengemeinden und den Basisaktivitäten heraus auch ein Stück Gesellschaftsveränderung bewirken.

Es bestätigt sich also, dass den Kirchen als mögliche Akteure für gesellschaftliche Transformation durchaus große Bedeutung zukommt – aber nicht als »den Kirchen« sondern als offene Felder. Da die dezentrale Organisation in Kirchengemeinden zu einem großen Teil auf dem Engagement Ehrenamtlicher basiert, bietet sich auch hier eine Struktur an, die Innovation befördern kann. Sie ermöglicht Menschen zu nachhaltiger Entscheidung zu befähigen und zu mobilisieren. Gleichzeitig zeigt der Fall des »Grünen Gockel« auf, dass die Übersetzung von der Intention in die Handlung immer durch unterschiedlichste Faktoren gehemmt wird. Die wesentliche Bedingung für einen Umsatz auf lokaler Ebene scheint aber die Mobilisierung von Ehrenamtlichen für eine Community of Practice zu sein.

Fazit

Fast man zusammen, so ist die Rede von der Kirche als Bündnispartner offensichtlich eine Euphemisierung, die der Wirklichkeit nicht entsprechen hat und in Zukunft auch nicht entsprechen wird. Sie suggeriert etwas, dass es tatsächlich ganz einfach nicht gibt. Sie setzt ein überkommendes Organisationsverständnis, das nicht mehr auf die Kirche, aber wahrscheinlich auch auf viele andere Organisationen heute nicht mehr zutrifft.

Dennoch bietet die Kirche durch ihre netzwerkartige Struktur vielfältige Möglichkeiten für auch kooperative Aktivitäten, symbolischer und praktisch politischer Art. Nur ist es eben nicht die

Kirche, die hier antritt, sondern es sind kirchliche Gruppen, Einzelpersonen auf der Ebene von Gemeinden oder anderen Aktivitäten, die sich in diesem Bereich engagieren. Dies erzeugt Spannungen in der Organisation, was aber auch wieder zu Innovationen führen kann. Die Kirche selbst hat gut gelernt mit diesen Spannungen umzugehen.

In dieser Hinsicht sind es oft gerade charismatische Personen und Gruppen, zu denen auch Pastoren gehören können, die Innovationen in der Kirche anstoßen. Pastoren stellen von ihrem So-

zialcharakter her eine besondere professionalisierte Gruppe in der Gesellschaft dar, die stark unter Bezug auf sich selbst im Sinne religiöser Kommunikation operiert und in der Lage ist, aufgrund ihrer sozioökonomischen Stellung, gesellschaftliche Zumutungen zurückzuweisen. Trotz aller Bemühungen auch die Tätigkeit von Pastoren bestimmten neoliberalen Chiffren zu unterwerfen, ist dies bisher eindeutig gescheitert. Deswegen stellen Pastoren im Prinzip gute Akteure, auch für eine große Transformation dar, und man sollte sie in dieser Hinsicht auch ansprechen. **D**

Reparieren in Gemeinschaft – wie Reparieren die Welt retten soll

Von Maria Grewe M.A., Ethnologin, Stipendiatin des Projektkollegs »Umgang und Erfahrung von Endlichkeit« im Collegium Philosophicum der Universität Kiel

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Mit dem Label »Repair-Café« gewann das Reparieren in Gemeinschaft in den letzten Jahren an großer medialer Aufmerksamkeit und öffentlicher Popularität.¹ »Hilfe zur Selbsthilfe« bei Kaffee und Kuchen ist das Motto der Veranstaltungen, die sich als Antwort auf die fehlende »Kultur der Reparatur«² verstehen: dem mangelnden Anreiz, Dinge zu reparieren oder reparieren zu lassen.

Die Journalistin Martine Postma hat 2009 das erste »Repair-Café« in Amsterdam durchgeführt. Ihr Ziel war, einen Raum zu schaffen, in dem Werkzeug zur Verfügung gestellt wird, damit Privatpersonen in gemütlicher Atmosphäre mit der Hilfe von Ehrenamtlichen Alltagsdinge wieder in Stand setzen können – egal ob Elektrogeräte, Fahrräder, Möbel oder Textilien. Das Reparieren attraktiver zu gestalten, es lokal und umsonst zugänglich zu machen, damit Dinge nicht vorzeitig weggeworfen werden, das war Postmas Anliegen. Mit großem Erfolg, denn nachdem 2012 das erste »Repair-Café« in Deutschland in der Dingfabrik in Köln stattfand, breitete sich die Idee bundesweit rasant aus. Inzwischen haben sich über 170 Initiativen in deutschen Städten gegründet, viele weitere in ganz Europa, in Nord- und Südamerika und Australien.

Reparieren früher und heute

Dabei ist das Reparieren keine neue Idee. Reparieren, Umnutzen und Tauschen gehören seit jeher zu den alltäglichen Praktiken. Besonders aber in Zeiten von materieller Knappheit, in Not- und Mangelzeiten, war die Fähigkeit, Dinge wieder zu flicken und instanzzusetzen, unerlässlich. Doch durch die industrielle Massenproduktion hat sich das Dinguniversum in Haushalten wesentlich verändert. Nicht nur, dass Produkte durch effektivere und arbeitsteilige Produktionsprozesse immer günstiger hergestellt werden konnten, auch die zunehmende Spezialisierung hat dazu beigetragen, dass sich immer mehr Pro-

dukte und Waren in privaten Häusern und Wohnungen ansammelten. Durch die flächendeckende Elektrifizierung der Haushalte fand eine steigende Zahl von strombetriebenen Geräten ihren Weg in Küche und Wohnzimmer. Wie abhängig heute alltägliche Routinen und Arbeitsschritte vom Strom sind, merkt man oft erst, wenn er bei einem Stromausfall fehlt: kein Internet, kein Aufladen von Smartphone- oder Tablet-Akkus, kein Kaffee aus der Kaffeemaschine, keine warme Mahlzeit auf dem Herd. Die alltäglichen Dinge haben sich aber nicht nur vervielfältigt, sondern sie sind auch immer komplexer in ihrem technischen Aufbau und ihrer Funktionsweise geworden. Was heute in einem Laptop oder in einem Kaffeevollautomat abläuft, entzieht sich der Kenntnis der meisten Menschen.

Doch auch in Zeiten von Wohlstand und Überfluss hat das Reparieren nicht völlig an Bedeutung verloren. Kulturwissenschaftliche Fachvertreter betrachteten in den 1980er Jahren Reparieren und Flicken besonders als eine kreative Freizeitbeschäftigung und als Teil von Sparsamkeit verbunden mit ökonomischem Zwang. Kulturtheoretischer Hintergrund dieser Lesart ist, dass Dinge immer auch Zeichen- und Symbolcharakter haben, etwas über den sozialen Status, den Lebensstil und die soziale Zugehörigkeit des Besitzers aussagen: Wer es sich leisten kann, der kauft neu oder lässt professionell reparieren, so die damalige Zeitdiagnose.

Viele reparierende Berufe und Handwerke verändern sich genauso, wie das Dinguniversum der Haushalte? oder verschwinden ganz. Deshalb gibt es immer wieder auch Bemühungen, diese durch Lobbyarbeit zu fördern, wie jüngst die Arbeit des Geschäftsführers der Vangerow GmbH zeigt, der mit einer »Reparatur-Revolution« das reparierende Handwerk stärken will.³ Strukturell zu unterscheiden ist damit das berufliche und das private Reparieren. Doch warum treffen sich Menschen in ihrer Freizeit, um gemeinsam an Geräten zu schrauben?

Motivation zum Reparieren

Viele Menschen teilen die Erfahrung, dass Geräte und Dinge immer schneller kaputt gehen oder

funktionsuntüchtig werden. Zum einen liegt das an mangelhafter Produktqualität, wenn zum Beispiel Schuhsohlen nach wenigen Monaten stark abgenutzt sind oder die Kabel in Kopfhörern schnell brechen. Aber Dinge verlieren auch ihre Funktion, etwa wenn keine Treiber mehr für den älteren Drucker verfügbar sind oder der Drucker nach einer bestimmten Seitenzahl seinen Dienst einstellt. Diese Phänomene sind unter dem Begriff des geplanten Verschleißes oder der geplanten Obsoleszenz bekannt. Das populärste Beispiel für geplanten Verschleiß und die erfolgreiche Lobbyarbeit von Produzenten ist die Glühbirne, deren Lebensdauer vorsätzlich durch die marktführenden Unternehmen verkürzt wurde. Heute setzt sich besonders der Verbraucherschützer und Betriebswirt Stefan Schridde dafür ein, dass das Phänomen bekannt und öffentlich diskutiert wird.

Geplante Obsoleszenz

Stefan Schridde gründete 2011 eine Bürgerinitiative mit dem Namen »Murks? Nein Danke!«. Im Februar 2012 begann er den gleichnamigen Internetblog, auf dem er Beispiele für schlechte Produktqualität sammelt. Gut ein Jahr später veröffentlichte Schridde mit zwei Kollegen eine Studie, aus der hervorgeht, dass es marktspezifische Anreizsysteme gibt, die dazu führen, dass die Lebenszyklen von Produkten immer kürzer werden.⁴ Dabei weisen sie nach, dass unterdimensionierte Kondensatoren in Receivern oder Computern für deren schnelle Reparaturbedürftigkeit sorgen. Aber auch die Verwendung von Kunststoff statt Metall bei schwingenden Kleinbauteilen, fest verbaute Akkus in elektronischen Zahnbürsten oder geklebte statt geschraubte Produkte sowie eine mangelhafte Ersatzteilversorgung zählen die Autoren als aktuelle Beispiel für geplanten Verschleiß auf. Geplante Obsoleszenz bedeutet demnach nicht nur, dass Dinge aus schnell verschleißenden Materialien produziert werden. Der Begriff meint auch, dass Produzenten die Reparatur von Dingen erschweren, etwa indem sie keine Ersatzteile vorhalten und das Öffnen eines Produktes ohne größere Schäden unmöglich machen.

Problem der wachsenden Müllberge

Die Kehrseite kurzer Produktlebenszyklen sind wachsende Müllberge. Kommen Geräte aus der Mode, werden sie durch neue Modelle ersetzt oder gehen kaputt, landen sie auf dem Müll. Wie das Umweltbundesamt in einer Studie zu grenzüberstreichenden Stoffströmen bei Elektroaltgeräten zeigt, werden diese nur begrenzt recycelt, sondern zunehmend exportiert.⁵ Dabei ist der

Export von Elektroschrott seit 2005 verboten, nicht aber der Export von Gebrauchsgütern oder Spenden. Problematisch sind die durch Elektroschrottexporte externalisierten Umwelt- und Gesundheitsgefahren. In Entwicklungs- und Schwellenländern werden vor allem informell in Handarbeit wertvolle Stoffe und Metalle aus den aussortierten Röhrenbildschirmen oder Computern gewonnen, was gravierende Folgen für Menschen und Umwelt haben kann. Reparieren statt Wegwerfen wird damit zu einer praktischen Maßnahme zur Reduzierung von Elektroschrott und der damit einhergehenden Ressourcenverschwendung und Umweltbelastung. Genau hier liegt auch die politische und ökologische Bedeutung des Reparierens, wenn es als nachhaltig und als aktiver Umweltschutz verstanden wird. Nicht nur, dass dadurch Müll reduziert wird und vorhandene Ressourcen weiter genutzt werden. Reparieren sorgt auch dafür, dass keine neue Nachfrage nach Produkten entsteht, der Verbrauch von Rohstoffen gesenkt wird und sich die aus dem Rohstoffabbau resultierenden Auswirkungen verringern – so die Argumentation der sich in Repair-Cafés engagierenden Akteure.

Repair-Cafés als Gegenstrategie

Die ökologischen und sozialen Auswirkungen von massenhaftem Konsum und steigender Müllproduktion haben globale Ausmaße, denen die Akteure der Repair-Community nach eigenem Empfinden ohnmächtig gegenüber stehen. Die Initiatoren von Reparaturgruppen sehen im gemeinschaftlichen Reparieren die Möglichkeit, sich lokal und aktiv mit den genannten Problemen auseinanderzusetzen. Sie entdecken in ihrer eigenen Lebenswelt Handlungsräume, um etwas Gutes zu tun und sich ehrenamtlich zu engagieren.

Eine wichtige Motivation bezeichne ich als Selbstwirksamkeit, ein aus der Psychologie stammendes theoretisches Rahmenkonzept zur Begründung von Verhaltensänderungen.⁶ Diesen Begriff aufgreifend meine ich damit, dass Menschen sich als selbstwirksam, als gestaltend erleben, wenn sie sich an der Organisation und Durchführung eines Reparaturtreffens beteiligen. Sie übersetzen die Debatten über die geplante Obsoleszenz, die Müllproblematik und den daraus resultierenden ökologischen und sozialen Problemen in ein Tätigwerden. Sie gewinnen dadurch ein Gefühl von Autonomie und stellen den von ihnen definierten Problemen eine Antwort – das gemeinsame Reparieren – entgegen. Durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit gewinnen sie an sozialem Ansehen und erfahren positive

Rückwirkung auf ihren Einsatz für die Gemeinschaft.

Um ein Repair-Treffen durchzuführen, müssen die Initiativen geeignete Räume finden. Bisher etablierten sich die Treffen in ganz unterschiedlichen Kontexten: in Schulen, Gemeindehäusern, Umweltzentren oder Stadtteiltreffs. Wichtig dabei ist die kostenlose Nutzung von Räumen, denn die Gruppen finanzieren sich vorwiegend durch die von Besuchern gestifteten Spenden.

Die Ehrenamtlichen lassen sich in drei Gruppen unterscheiden. Die Initiatoren und Initiatorinnen sind diejenigen, die die Idee eines Repair-Projektes in ihrer Nachbarschaft entwickeln. Sie kümmern sich um die Organisation und die wichtige Vernetzung von verschiedenen Akteuren und Gruppen. Sie können bei der Organisation der Veranstaltungen auf das von der Stiftung Stichting Repair-Café Niederlande entwickelte Handbuch zurückgreifen. Das vorher kostenlose Handbuch wird inzwischen für eine Schutzgebühr von 45 Euro verkauft. Es beschreibt detailliert die Schritte eines Eventmanagements, von der Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Vorbereitung des notwendigen Materials, wie Kleber, Werkzeug und Ersatzteile. Es beinhaltet auch Vordrucke für Flyer und Poster, die lokal angepasst werden können. Mit dem Handbuch erwerben die Initiativen die Möglichkeit, die Veranstaltung mit der Corporate Identity »Repair-Café« anzukündigen und das Event im Veranstaltungskalender auf der Homepage www.repaircafe.de einzutragen. Die dadurch entstehende Community bildet ein Netzwerk, in dem Wissen weitergegeben und geteilt wird. Dies trägt meiner These nach wesentlich zur schnellen Umsetzung und Verbreitung des Repair-Konzeptes bei.

Die ehrenamtlichen Reparatere und Reparateurinnen machen die Reparaturarbeit und helfen den Besuchern bei der Instandsetzung der Geräte. Notwendig dafür ist Expertenwissen, mindestens in Form einer Ausbildung, um sicher mit elektrischen und elektronischen Geräten zu arbeiten. Ein weiterer Helferkreis kümmert sich um die weitere Gestaltung der Treffen: die Begrüßung und den Empfang der Besucher, die Betreuung des gastronomischen Bereichs oder die Vor- und Nachbereitung der Treffen. Reparaturtreffen bieten vielfältige Tätigkeitsfelder für ehrenamtliches Engagement, sodass auch Akteure ohne spezifische Reparaturkenntnisse an den Initiativen partizipieren.

Schon in den 1980er Jahren haben sich in soziokulturellen Zentren und Jugendtreffs offene Werkstätten entwickelt. Ziel war die Schaffung von Erfahrungsräumen, in denen Menschen Zugang zu Werkzeug und fachkundiger Anleitung haben, um dort unabhängig von Produktivitätsnormen tätig werden zu können. Sei es, um eigene kreative Idee umzusetzen oder Alltagsgegenständen aus Holz und Metall zu bauen und zu reparieren. Den Unterschied zwischen den Repair-Cafés und den offenen Werkstätten sehe ich einerseits in der Möglichkeit der Reparatur von Elektrogeräten, ein Angebot, das institutionalisiert bisher fehlte. Andererseits sind die Reparaturtreffen im Gegensatz zu den offenen Werkstätten als Event gestaltet. Die Treffen finden in regelmäßigen Abständen statt und haben eine begrenzte Öffnungszeit. Kaffee und Kuchen laden zum Verweilen ein und sollen eine gemütliche Atmosphäre gestalten. Aus einer kulturwissenschaftlichen Perspektive wird durch die Inszenierung als Event die alltägliche Praxis des Reparierens zu etwas Besonderem gemacht, überhöht und dadurch kulturell abgesichert. Reparaturtreffen werden so zu einem Erfahrungsraum, in dem ressourcenschonende Praktiken gesellschaftlich eingeübt und legitimiert werden.

Reparieren als Teil der öko-sozialen Transformation

Das Reparieren wird angesichts von begrenzten natürlichen Ressourcen als sinnhaft erlebt. Gleichwohl Menschen schon immer repariert haben, bekommt diese Kulturtechnik durch die sich etablierenden Initiativen neue Bedeutung: Sie wird kollektiv überhöht und als Event inszeniert. Reparieren soll Spaß machen. Auf einer diskursiven Ebene wird Reparieren als das moralisch »Richtige« verhandelt. Zum einen weil es zur alltäglichen Praktizierung eines schonenden Umgangs mit Ressourcen beitragen soll. Zum anderen soll es einen bewussteren Umgang mit Dingen fördern, einen Umgang, der Stoffen und Materialien Aufmerksamkeit und Bedeutung zumisst und sie dadurch aufwertet.

Ausgehend von der Frage, ob Reparieren die Welt retten kann, macht eine akteurszentrierte und kulturwissenschaftliche Perspektive deutlich, dass die Reparaturinitiativen ihre Praxisfelder in der eigenen lokalen Lebenswelt sehen. Diese gilt es für sie zu verändern und durch die bundesweite Vernetzung breitenwirksam auf spezifische Wertvorstellungen und Probleme hinzuweisen. Sie nehmen sich selbst als soziale, ökologisch orientierte Bottom-up-Bewegung wahr, die als Teil von

gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen zu einer nachhaltigeren Gesellschaft beitragen soll.

Anmerkungen:


¹ Folgende Forschungsergebnisse stammen aus dem laufenden ethnographischen Promotionsprojekt, siehe dazu <http://www.europaeische-ethnologie-volkskunde.uni-kiel.de/de/forschung/resolveuid/ef313a95-4752-4848-a376-b454a08015a4>.

² Heckl, Wolfgang M.: *Die Kultur der Reparatur*, München 2013.

³ Siehe dazu www.reparatur-revolution.de.

⁴ Schridde, Stefan; Kreiß, Christian; Winzer; Janis: *Geplante Obsoleszenz. Entstehungsursachen - Konkrete Beispiele - Schadensfolgen - Handlungsprogramm. Gutachten im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis90/ Die Grünen*, 2013.

⁵ Sander, Knut; Schilling, Stephanie: *Optimierung der Steuerung und Kontrolle grenzüberschreitender Stoffströme bei Elektroaltgeräten /Elektroschrott*. Hg. v. Umweltbundesamt 2010. Online verfügbar unter <http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/461/publikationen/3769.pdf>.

⁶ Bandura, Albert: *Self-Efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change*. *Psychological Review*, 1977, 84 (2), S. 191-215. 

Panel 3:**Binnenperspektive – Wie hältst Du's mit der Transformation?****Wie hältst Du's mit der Transformation? Eine Perspektive aus dem BUND auf die Nachhaltigkeits- und Klimadebatte**

Prof. Dr. Felix Ekardt, LL.M., M.A., Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik, Mitglied des Wiss. Beirats des BUND-Bundesverbands, Vorsitzender BUND Sachsen

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«?
Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

1. Jahrhundertproblem Klima- und Ressourcenwende – und eine Kritik der angeblichen Dreisäuligkeit von Nachhaltigkeit

Forderungen danach, wie Gesellschaften künftig sein sollen, sind naturgemäß politisch umstritten. Jenseits einer Vielfalt von Wünschen, die man teilen kann, aber nicht teilen muss (etwa nach steigenden Einkommen), gibt es dabei einige kaum hintergehbare Anliegen. Die Grenzen des demokratischen Entscheidungsspielraumes folgen insbesondere aus den menschenrechtlichen Garantien für Freiheit und elementare Freiheitsvoraussetzungen wie Leben, Gesundheit und Existenzminimum. Zwar kollidiert die Freiheit des einen täglich mit der Freiheit des anderen, und die damit nötige Konfliktlösung – sofern sie sich nicht naturwüchsig von selbst einstellt – ist gerade der Gegenstand demokratischer Politik. Dabei lassen sich jedoch Grenzen des Abwägungsspielraumes der öffentlichen Gewalten herleiten. Eine solche Grenze liegt z.B. darin, dass nicht das System der Freiheit und der Abwägung als solches durch eine Entscheidung zum Einsturz gebracht (oder in hohem Maße gefährdet) werden darf. Deshalb sind Umweltgefährdungen, die die Existenz eines menschlichen Lebens, das nicht auf pure Existenznot in ständigen Kriegen und Bürgerkriegen aufgrund schwindender Ressourcen zurückgeworfen ist, schon aus menschenrechtlicher Sicht zwingend zu vermeiden.

Der bisherige industriestaatliche Zivilisationspfad kann nicht von allen Menschen weltweit und schon gar nicht von allen Generationen auf Dauer weiter so beschritten werden. Je länger wir diesen Weg fortsetzen und je mehr Menschen ihn imitieren, desto drastischer wird die Klima- und Ressourcenproblematik sich entwickeln. Es fehlt jenem Zivilisationspfad damit an Nachhaltigkeit –

so der Oberbegriff für dauerhafte und globale Lebbarkeit, also für die Idee von (mehr) Generationen- und globaler Gerechtigkeit. Energie und Klima markieren ein besonders zentrales Nachhaltigkeitsthema. Nachhaltigkeit wird seit 20 Jahren international immer öfter als Kernziel von Politik benannt. Aber ist »Nachhaltigkeit« nicht einfach ein völlig inhaltsleeres grünes Mäntelchen, das sich heute jeder nach Belieben umhängt? Sicherlich gibt es viel Missbrauch, aber das Prinzip Nachhaltigkeit ist von größter Bedeutung. Die Berücksichtigung der Folgen unseres Handelns über unsere eigene Zeit und über unseren eigenen Ort hinaus ist ein zentrales Anliegen, für das man einen Begriff braucht. Nachhaltigkeit in diesem Sinne meint die Erreichung eines dauerhaft durchhaltbaren und global praktizierbaren Lebensstils. Es sollen damit besonders das globale Armuts- und das Umweltproblem integriert angegangen werden. Die Armut im Süden soll nicht etwa zynisch als »gut für die Umwelt« hingenommen werden, aber auch das Armutsproblem soll nicht so gelöst werden, dass Afrika Europas Ölverbrauch imitiert und die Welt in den Energie- und Klimakollaps taumelt.

Dagegen meinen viele, besonders in Deutschland, mit Nachhaltigkeit etwas Banaleres. Nämlich einfach eine ausgewogene Verfolgung der drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales, notfalls auch ohne raum- oder zeitübergreifenden Bezug. Salopp gesagt, zielt diese Sichtweise darauf ab, bei grundsätzlich unveränderter Fortführung des heutigen Wirtschaftens ökologische und soziale Aspekte nicht ganz zu vergessen, sie vielleicht sogar gleichrangig zu behandeln. Damit werden beispielsweise das Gewinnstreben von Unternehmen und die Existenz eines für die Menschheit überlebenswichtigen stabilen Klimas als gleichrangige Ziele formuliert, zwischen denen man eine »ausgewogene« Lösung zu suchen habe. Zudem wird durch das breite Säulen-Modell suggeriert, dass letztlich jedwede politische Frage irgendwie von Nachhaltigkeit handle. Doch kann dies »Nachhaltigkeit« sein? Zwar kann man über einen bloßen Wortgebrauch kaum sinnvoll streiten, doch empfiehlt es sich, Worte so zu wählen,

dass relevante inhaltliche Probleme benannt werden. Gemessen daran ist das Drei-Säulen-Modell zweifelhaft. Das Modell übergeht das spezifisch Neue, den Paradigmenwechsel, der in der Nachhaltigkeitsdebatte steckt, und damit zugleich eine zentrale Herausforderung der Gegenwart, nämlich die nach mehr Generationen- und globaler Gerechtigkeit. Schon rein sprachlich kann »Nachhaltigkeit« nur diesen Langfristbezug meinen – und nicht die Trivialaussage, man müsse im Leben eben immer alles gegeneinander abwägen. Alles gegeneinander abzuwägen und zu bestmöglichen Ergebnissen zu kommen, war auch bisher schon die Idee von Gerechtigkeit und von Politik. Ein neues Wort wäre dafür überflüssig. Einen solchen konsequenten Wortgebrauch von Nachhaltigkeit fordern die Umweltverbände oft ein – allerdings nicht immer.

In den Bereichen Klima, Energie und Ressourcen erweist sich z.B. ein fundamentaler Wandel im Umgang mit fossilen Brennstoffen (im Wesentlichen ein Totalausstieg bis 2050 in den Bereichen Strom/ Wärme/ Treibstoffe/ stoffliche Nutzung) sowie mit der Landnutzung als nötig, wenn insbesondere verheerende Klimawandelschäden vermieden werden sollen wie Millionen Tote, Kriege und Bürgerkriege um schwindende Ressourcen, Migrationsströme, massive Naturkatastrophen, explodierende Öl- und Gaspreise, massive ökonomische Schäden u.a.m. Genau dies muss, wie einleitend konstatiert, aus menschenrechtlicher Sicht auch vermieden werden – es geht also nicht um eine politisch beliebig zu treffende Entscheidung. Global empfohlen Naturwissenschaftler entgegen einer verbreiteten Wahrnehmung, will man die geschilderten Szenarien noch abwenden, eher minus 80 als minus 50% Treibhausgasemissionen. Deutschland und die EU sind von den Pro-Kopf-Emissionen und von den vermeintlichen Reduktionsleistungen her (die bisher vollständig durch günstige Zufälle wie die Produktionsverlagerung in Schwellenländer, die Finanzkrise und den DDR-Industriezusammenbruch 1990 bedingt sind) keinesfalls »Vorreiter«. Nachhaltigkeit darf freilich bei alledem nicht auf Klima- und Energiefragen reduziert werden; weitere Ressourcen wie Wasser und Phosphor sind existenziell wichtig und werden ebenfalls massiv übernutzt. Auch in den Umweltverbänden wird das oft nicht voll erfasst und stattdessen die Regierungsdiktation vom Vorreiter Deutschland wenigstens teilweise übernommen, ebenso wie nicht selten eine thematische Verengung anzutreffen ist entweder allein auf Naturschutzthemen oder auf noch einige weitere Themen wie etwa die Klima- und Atomausstiegsdebatte. Der BUND wird alle-

dem noch am ehesten gerecht, auch hier gibt es jedoch immer wieder gegenläufige oder uneindeutige Tendenzen.

2. Nachhaltigkeit und Wachstum – gelingt Nachhaltigkeit auf rein technischem Wege?

Die geschilderten Problemlagen setzen Nachhaltigkeit in ein Spannungsverhältnis zur heute alles dominierenden Wachstumsidee. Ewiges Wachstum ist in einer physikalisch endlichen Welt eine eher zweifelhafte Vorstellung, woran auch erneuerbare Ressourcen (Solarautos und Solarpanels haben ebenfalls eine Ressourcenbasis, die schon in kurzer Zeit knapp zu werden droht) wohl nur teilweise etwas ändern. Zudem könnte die Größe der Herausforderung beim Klimawandel auf Dauer (anders als mittelfristig angesichts der Innovationspotenziale von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien und aufgrund der nötigen Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern) einen Weg fort vom Wachstum und eben gerade keine bloße »Effizienzsteigerung« erzwingen, ebenso wie drohende Rebound-Effekte. »Qualitatives Wachstum« rein ideeller Art löst diese Probleme möglicherweise ebenfalls nicht. Nach aller Erfahrung ist ein solches ideelles Wachstum partiell selbst materiell geprägt, und die Vorstellung gleichbleibend (und damit letztlich exponentiell!) immer weiter wachsender respektive besser werdender sozialer Pflegeleistungen, Musikkenntnisse, Naturgenuss, Gesundheit, Kunstgenuss usw. erscheint auch nur schwer sinnvoll denkbar.

Könnte man das Klimaproblem rein technisch lösen, wäre das Spannungsverhältnis zum Wachstumsgedanken allerdings wohl aufgelöst, da neue Technik verkäuflich ist, Arbeitsplätze schafft und daher mit Wachstum vereinbar ist. Neben weiteren Aspekten spricht – bei aller Unsicherheit über künftige Entwicklungen – jedoch das Problemausmaß (gemessen an bisher bekannten Innovationsgeschwindigkeiten) und die fehlende technische Lösbarkeit bestimmter Problem-bereiche gegen die Aussicht, ohne Verhaltensänderungen und damit auch ohne Wachstumsverzicht auszukommen. Manche technische Optionen wie Kohlenstoffabscheidung, Atomenergie, Geo-Engineering u.a.m. empfehlen sich vielleicht von vornherein aus einer Reihe von Gründen eher nicht, die teilweise auch mit dem Nachhaltigkeitsgedanken und seiner Orientierung auf langfristige Handlungsfolgen zu tun haben. Dass rein technische Debatten nicht genügen und zudem ein Wachstumdiskurs sich nicht auf Gemeinplätze wie denjenigen, dass in einer zukunfts-fähigen Wirtschaft manches wachsen und

manches schrumpfen müsste, beschränken lässt, ist auch für die Umweltverbände oft nicht ganz einfach zu verdauen. Gerade im BUND wird über diese Fragen wenigstens aktiv nachgedacht. Durchgreifende Klarstellungen fehlen jedoch auch hier.

3. Transformationsbedingungen zur Nachhaltigkeit

Damit erscheint die reale Transformation hin zur Nachhaltigkeit jedoch als Problem. Bei Politikern, Unternehmern und Bürgern / Konsumenten – oft teufelskreisartig aneinander gekoppelt – erscheint dabei fehlendes Wissen oft als das geringere Hindernis. Wichtig sind vielmehr bei Politikern, Unternehmern und Wählern / Konsumenten gleichermaßen die Faktoren Normalitätsvorstellungen, Gefühl (Bequemlichkeit, fehlende raumzeitliche Fernorientierung, Verdrängung, fehlendes Denken in komplexen Kausalitäten usw.), Eigennutzen, tradierte Werte, Pfadabhängigkeiten, Kollektivgutstruktur zentraler Nachhaltigkeitsprobleme wie des Klimawandels u.a.m. All jene Faktoren repräsentieren sich »in den Individuen« und zugleich als gesamtgesellschaftliche (letztlich in variierenden Gewichtsverteilungen weltweite) »Struktur«.

Eine Wende hin zu mehr Klimaschutz benötigt deshalb auch den Bürger, aber nicht nur den Bürger. Nötig ist ein Ping-Pong von besseren politisch-rechtlichen Vorgaben an die Adresse der Bürger und einem Prozess des sozialen Wandels bei uns allen. Gemeint ist damit kein intellektueller Wandel (Wissen allein hat wie erwähnt eine begrenzte Relevanz), sondern ein Wandel der real gelebten Normalitäten, ein Überdenken emotionaler Restriktionen, klassischer Werthaltungen und bestimmter Interpretationen von Eigennutzen. Nur eine bessere Politik und jener gesellschaftliche Wandel im wechselseitigen Einfluss aufeinander können die Teufelskreise durchbrechen. Die Individuen sind dabei sowohl als Konsument wichtig als auch als Wähler, als Aktiver in Parteien und Vereinen, als Internetaktivist, als Gesprächspartner im persönlichen Umfeld, als Demonstrant u.v.a.m.

Freiwillige Unternehmensverantwortung (CSR) wird damit ebenso wie bürgerschaftliches Engagement im Sinne der eben beschriebenen Punkte die nötigen politisch-rechtlichen Vorgaben wesentlich unterstützen, aber nicht erübrigen können. Dies scheitert sowohl an Wissensproblemen als auch an der hinreichenden Konkretetheit des dabei von den Unternehmen und Konsumenten

»Geschuldeten«, vor allem aber an den oben geschilderten Problemen, in denen sich jedwedes Nachhaltigkeitsengagement bisher verfängt.

Wie alle Menschen tun sich auch die Aktiven in Umweltverbänden – aus den gleichen Gründen wie oben – mitunter schwer mit einer ganz handfesten Etablierung nachhaltiger Verhaltensweisen. Allerdings sind in den Umweltverbänden auch viele Menschen anzutreffen, die insoweit vorbildlich sind. Was die konzeptionelle Erkenntnis angeht, dass gesellschaftlicher und politischer Wandel sich wechselseitig bedingen müssen, so ist diese in Verbänden wie dem BUND durchaus repräsentiert, in der alltäglichen Arbeit greifen allerdings mitunter auch Vereinfachungen.

4. Zentrale Probleme wirksamer Umweltpolitik

Auf politischer Ebene gibt es bisher international, europäisch und national eine beeindruckende Sammlung von klimapolitischen Rechtsnormen, Paketen und Zieldeklarationen, die freilich in einem Spannungsverhältnis zu den bisher geringen Erfolgen (auch) von Staaten wie Deutschland steht. Die bisherige ordnungs-, informations-, subventions- und vergaberechtliche Klimaschutz-Governance bietet ein vielfältiges Bild. Insgesamt erliegt die bisherige Steuerung freilich mehreren Friktionen, die sich z.T. aus den Grenzen des Wachstums und dem Übergehen des Suffizienzgedankens ergeben und die strukturell durch Ordnungsrecht, Informationsrecht, Selbstregulierung und überhaupt durch ein Ansetzen am einzelnen Betrieb oder am einzelnen Produkt nicht zu lösen sind. Die Wirkung des existierenden nationalen und transnationalen Klimaschutzes ist begrenzt, was angesichts der schieren Masse an Regelungen erklärungsbedürftig ist, auch wenn man die dargestellte menschliche Motivationslage (die ja auch die Politik erfasst) in Rechnung stellt. Bisher arbeitet (auch) das Energie- und Klimaschutzrecht häufig mit inhaltlichen Vorgaben für einzelne Produkte, Anlagen oder Tätigkeiten, etwa für PKWs, Gebäude oder jedenfalls einzelne Lebensbereiche, die festgesetzt und eventuell im Falle ihrer Nichteinhaltung sanktioniert werden. Der Klimawandel handelt letzten Endes jedoch von einer Mengenproblematik. Gemeint ist damit: In aller Regel ist bei Umweltproblemen, auch bei der Belastung durch Schadstoffe, Strahlen oder Lärm, weniger die einzelne Exposition als vielmehr die Gesamtmenge an Expositionen oder eine bestimmte Gesamtentnahme an Ressourcen relevant. Dies führt, wie jetzt zu zeigen ist, zu einigen grundlegenden Steuerungsproblemen bei an einzelnen Produkten, einzelnen Anlagen oder

auch an einzelnen Sachbereichen oder begrenzten geografischen Räumen orientierten Regelungen – und damit fast aller gängigen Ansätze:

- Ein ernstzunehmender Politikansatz muss in puncto inhaltlicher Strenge dem verfolgten Ziel adäquat sein (»Zielstrenge«). Salopp gesprochen: Wer in einem halben Jahr 20 Kilo abnehmen will, wird das wohl nicht erreichen, wenn er seine tägliche Kalorienaufnahme nur um beispielsweise 2% reduziert. Auf bis zu 95% Treibhausgasreduktion bis 2050 – auch wenn man einen Fortgang der bisherigen Maßnahmen unterstellt – sind die deutschen und europäischen Maßnahmen aktuell gar nicht ausgerichtet, womit sie zwangsläufig ihr Ziel verfehlen werden. Exemplarisch zeigt sich dies in der Klimapolitik daran, dass wesentliche Bereiche kaum reguliert sind, etwa Ernährung, Gebäudewärme aus Altbauten oder Verkehr – weder hinsichtlich des Einsatzes erneuerbarer Energien noch in puncto Energieeffizienz oder gar Suffizienz. Der Schwerpunkt des bisherigen Rechts liegt darauf, die erneuerbaren Energien in den Strommarkt zu bringen. Das ist auch gar nicht so schlecht gelungen. Die anderen Bereiche jenseits des Stroms sowie insgesamt die Steigerung von Effizienz und Suffizienz werden jedoch stiefmütterlich behandelt.
- Ein ernstzunehmender Politikansatz muss auch einen wirksamen Vollzug aufweisen. Auch diesbezüglich verraten die Ergebnisse des bisherigen Klimaschutzes potenzielle Probleme. Nicht alle gesetzlichen Vorgaben werden in der Praxis auch eingehalten. Wärmedämmungsvorgaben für Neubauten – dort gibt es, anders als für Altbauten (außer eingeschränkt bei weitreichenden Sanierungen), immerhin Vorgaben – werden etwa von Bauherren und Bauausführenden oft nicht konsequent umgesetzt, und keine Behörde schreitet ein.
- Durch Regelungen, die auf Teilbereiche oder Einzelaspekte des Klimaschutzes bezogen sind, besteht die Gefahr von sektoralen, ressourcenbezogenen und räumlichen Verlagerungseffekten: Emissionen werden als Folge politischer Maßnahmen von den angegangenen Unternehmen und Bürgern in andere Lebensbereiche oder an andere Orte verlagert oder andere Ressourcen umso intensiver genutzt. Im Falle der Umstellung von fossilen Brennstoffen auf Bioenergie etwa entsteht eine erhöhte Belastung von Böden, Gewässern und Natur im Allgemeinen. Und neue Energietechnologien wie die Elektromobilität können einen massiven Verbrauch an seltenen Metallen und riesige Ab-

fallmengen erzeugen, sofern nicht einfach die Autoanzahl begrenzt bleibt (Suffizienz). Generell werden Energiekostensparnisse leicht in Emissionsverlagerungen verwandelt: Wer in einem aufgrund gesetzlicher Vorgaben gut wärmedämmten Neubau wohnt, setzt seine ersparten Heizkosten vielleicht in einen zusätzlichen Urlaubsflug um. Wenn es einen EU-Emissionshandel für die Stahlindustrie gibt, der durch die Begrenzung zulässiger Emissionen preistreibend wirkt, gehen einige Stahlunternehmen vielleicht nach China, und wir kaufen unsere Konsumgüter künftig als Importgüter von dort. Die Emissionen sind dann nicht verschwunden, sie sind lediglich verlagert worden.

- Ein häufig mit den Verlagerungseffekten vermisches Problem sind Rebound-Effekte. Rebound bedeutet »Rückprall« oder »Bumerang«. Das meint hier Folgendes: Durch klimaschutzrechtliche Vorgaben für einzelne Produkte, Häuser oder Autos können zwar einzelne Anlagen oder Produkte energetisch respektive klimaschutzbezogen optimiert werden. Gleichzeitig jedoch entstehen durch den steigenden Wohlstand immer mehr Anlagen oder Produkte mit Treibhausgasemissionen. Im Ergebnis kompensiert dieser Zuwachs teilweise oder ganz das, was bei einer konkreten Anlage oder Dienstleistung durch Effizienzgewinne erreicht worden ist. Ebenfalls ein Rebound-Effekt liegt vor, wenn der Mehrverbrauch explizit aufgrund der ergriffenen ökologischen Maßnahme bezogen auf die Anlage oder Dienstleistung selbst auftritt, etwa dann, wenn wegen eines besseren Gewissens in einem Niedrigenergiehaus die Raumtemperatur erhöht und in einem sparsameren Auto die Fahrleistung gesteigert wird. Ein Ausfluss des Rebound-Effekts im weiteren Begriffssinn ist auch das Phänomen, dass Öko-Produkte manchmal andere Produkte nicht ersetzen, sondern schlicht zusätzlich zu diesen genutzt werden, etwa der neue und der alte Kühlschrank.

Eine genaue Perspektive auf diese Dinge ist auch in den Umweltverbänden, ebenso wie in der Wissenschaft, überwiegend nicht anzutreffen. Die konkreten politischen Forderungen sind deshalb überwiegend situativ und einzelfallbezogen, was aus den eben genannten Gründen oft nicht zielführend sein wird. Gleichzeitig ist besonders aus dem BUND maßgeblich die grundsätzliche Forderung nach einer Verteuerung der Umweltnutzung über viele Jahre propagiert worden, die die beste (zentrale, nicht alleinige) Antwort auf jene Problemlagen darstellt.

5. Wege wirksamer Umweltpolitik jenseits eines diffusen Instrumentenmixes

Die strukturell beste Antwort auf jene Probleme liegt für Treibhausgase und allgemein für einen übermäßigen Ressourcenverbrauch in einem Mengensteuerungs-Modell (in einem weiten Begriffsverständnis) über Zertifikatmärkte oder über abgabenbasierte Preise; nur dies kann die eben genannten Probleme angehen, die in der oben diagnostizierten Motivationslage der Bürger, Unternehmer und Politiker adäquat berücksichtigen und zugleich unter Freiheitsgesichtspunkten eine optimale Lösung garantieren. Eine globale (Mengensteuerungs-)Lösung für Nachhaltigkeitsprobleme wäre dabei ratsam wegen der Globalität von Nachhaltigkeitsproblemen, wegen drohender Verlagerungseffekte und wegen des drohenden Wettlaufs um die niedrigsten Standards.


Mengensteuerung bei Ressourcen und/oder beim Klima ist in mehrfacher Hinsicht auch unter sozialen Verteilungsgesichtspunkten interessant, wenn man ihre Erlöse global und teilweise auch national für soziale Ausgleichsmaßnahmen einsetzt. Angegangen werden könnten damit sowohl die langfristigen fatalen sozialen Wirkungen eines Klimawandels und Ressourcenschwundes als auch die Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern. Eine Nachhaltigkeits-Mengensteuerung kann ggf. wohl ohne Wettbewerbsnachteile auch ohne globale Festlegungen allein in der EU begonnen werden, wenn sie durch – welthandelsrechtlich tendenziell zulässige – monetäre Grenzausgleichsmechanismen für Importe

und Exporte (»Ökozölle«) ergänzt wird. Eine zentrale, hier nicht zu vertiefende Fragestellung ist, welcher Ergänzungen – für andere Ressourcen und/oder durch andere Instrumente – selbst ein solches Mengensteuerungsmodell bedürfte. Solche Ergänzungen können je nach Konstellation etwa ordnungs-, planungs-, wettbewerbs-, informations- oder technikförderungsrechtlicher Art sein.

Regionale oder kommunale Politik kann ein politisch-rechtliches Handeln auf höheren Politikebenen nicht adäquat ersetzen, u.a. weil Verlagerungseffekte zumindest teilweise auftreten werden und weil die Kommunen für viele Bereiche keine rechtliche Zuständigkeit haben. Dennoch ist auch die Landes- oder Kommunalpolitik im Rahmen des oben beschriebenen Ping-Pong wichtig. Kommunalpolitik kann Anstöße liefern, neue Wege ausprobieren und wertvolle Ergänzungen liefern, z.B. bei der Planung einer Stadt der kurzen Wege, zu der die oben beschriebene Preispolitik bei den fossilen Brennstoffen die Motivation liefern würde. Jene Bilanz von Chancen und Grenzen von Politik auf unteren Ebenen gelten in abgeschwächter Form oft auch für bundespolitische Ansätze.

Vertiefte und weiterführende Literatur:

Felix Ekardt, Jahrhundertaufgabe Energiewende: Ein Handbuch, Taschenbuch, Christoph Links Verlag 2014 (und Landeszentralen für politische Bildung).

Felix Ekardt, Theorie der Nachhaltigkeit: Rechtliche, ethische und politische Zugänge – am Beispiel von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welthandel, 3. Aufl. Nomos Verlag 2014. 

»Große Transformation« zwischen Gestaltung und Chaos

Von PD Dr. Norbert Reuter, Volkswirt und Gewerkschaftssekretär bei der ver.di Bundesverwaltung, Berlin; Privatdozent an der Universität Aachen

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Das magische Dreieck der Transformation

Die gegenwärtige Wirtschaftsweise in den fortgeschrittenen Industrieländern ist zweifellos zentrale Ursache sich zuspitzender globaler Probleme wie Erderwärmung, Anstieg der Meeresspiegel, Umweltkatastrophen, Artensterben und Extremwetter. Insofern wird es zu einer »Großen Transformation« kommen – entweder mittels gezielter Gestaltung (»design«) oder als Folge ökologischer und/oder sozialer Katastrophen (»desaster«). Um dem krisenbedingten, chaotischen Ablauf der Transformation zuvorzukommen, bleibt nur der Versuch einer »intentionalen Steuerung« bzw. Gestaltung der Transformation.¹ Erstes Ziel einer solchen gestalteten Transformation muss aus *ökologischer Sicht* ein Ausstieg aus der überkommenen Wachstumslogik sein. Allerdings kann sie nur gelingen, wenn aus *ökonomischer Sicht* die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die ökonomischen Funktions- und Reproduktionsbedingungen erhalten, der ökologische Umbau ermöglicht und eine ressourcensparende technische Entwicklung umgesetzt werden kann. Aus sozialer Sicht wiederum ist eine Sicherstellung von Erwerbsarbeit (quantitativ wie qualitativ) wie eines ausreichenden Einkommens notwendig, damit Beschäftigte genauso wie Menschen, die auf Transfereinkommen angewiesen sind (vor allem Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner) nicht zu Verlierern einer »Großen Transformation« werden.

Das gleichzeitige Erreichen aller drei Ziele im Zuge einer gestalteten Transformation bedarf aber gleichsam magischer Kräfte, da es zum Teil erhebliche Zielkonflikte gibt. Einige Ziele, z.B. die Gewährleistung der ökonomischen Funktionsbedingungen und der Erhalt von Einkommen und Arbeitsplätzen sind parallel zu erreichen, andere konkurrieren gegeneinander. Bereits ein geringes Wachstum, erst recht ein Schrumpfen der Wirt-

schaftsleistung, bedroht Arbeitsplätze und Einkommen.

Eine erfolgreiche Transformation kann nur gelingen, wenn die unterschiedlichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen berücksichtigt, Konflikte erkannt und kontraproduktive Auswirkungen in den einzelnen Bereichen minimiert werden.

1.1 Die ökologische Dimension

Nach Angaben des aktuellen Living Planet Report 2012 des WWF (2012) benötigt die Menschheit, wenn sie so weiterlebt wie bisher, bis zum Jahr 2030 zwei Planeten, um den Bedarf an Nahrung, Wasser und Energie zu decken. Bis zum Jahr 2050 wären es sogar fast drei. Da die Hauptverursacher, die fortgeschrittenen Industrieländer, feststehen, ist die Forderung aus ökologischer Sicht ebenso offensichtlich wie unverzichtbar: Sofortiger Ausstieg aus dem wirtschaftlichen Wachstum mit dem Ziel des ökologischen Gesundheitsrückgangs. Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis halten etwa einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Industrieländern um 25 Prozent für notwendig. Die verbleibenden 75 Prozent der gegenwärtigen Wirtschaftsleistung seien ausreichend. Auf diesem Niveau sei eine Ökonomie möglich, »die global soziale Rechte für alle sichert und die ökologischen Grenzen nicht überschreitet.«² Ein solcher Rückgang des BIP – der ein über viele Jahre dauerndes »Negativwachstum« erfordern würde – wäre jedoch mit erheblichen ökonomischen und sozialen Problemen verbunden, die gerade die breite Bevölkerung, die auf Arbeits- oder Transfereinkommen angewiesen ist, zu Verlierern einer derartigen Transformation zu machen droht.

1.2 Die ökonomische Herausforderung

Die möglichen Folgen einer massiven Schrumpfung des BIP sind derzeit in Südeuropa zu besichtigen. In diesen Ländern sank der BIP infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 deutlich. In Griechenland ging zwischen den Jahren 2008 und 2013 das BIP um rund 25 Prozent zurück, also genau in dem Ausmaß, das von Schmelzer/Passadakis als ökologisch wünschenswert beschrieben worden ist.

Ob hiermit Griechenland nun die ökologischen Grenzen einhält, ist nicht bekannt. Da aber im Zuge der Krise etwa die Kosten für importiertes Heizöl massiv angestiegen sind, kam es zur vermehrten Nutzung von Holz als Brennstoff, was zu erheblicher zusätzlicher Luftverschmutzung geführt hat.³ Insofern sind möglicherweise nicht einmal Entlastungen der Umwelt das Resultat dieses wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesses. Bekannt ist jedenfalls, dass die ökonomischen und sozialen Folgen desaströs sind: Die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch an, Jugendlichen bleibt der Eintritt in den Arbeitsmarkt versperrt. In Griechenland ist inzwischen jeder zweite Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos. Nicht wesentlich anders sieht es in den anderen südeuropäischen Krisenländern Spanien, Italien und Portugal aus. Gleichzeitig gab es erhebliche Einschnitte ins soziale Netz. In Griechenland wurden die Renten um 15 Prozent gekürzt, die Gesundheitsausgaben um 10 Prozent, die Bildungsausgaben um über fünf Prozent, die öffentlichen Personalausgaben um 25 Prozent. Angesichts dieser schlechten wirtschaftlichen Situation unterbleiben notwendige Investitionen – staatliche wie private. Damit droht nicht nur ein weiterer Verfall der Infrastruktur. Wegen fehlender Investitionen verharrt die Wirtschaft auf niedrigem Niveau bei hoher Arbeitslosigkeit. Damit steigt wiederum der Druck auf die Löhne, so dass die Nachfrage schwach bleibt oder sogar weiter sinkt. Die ökonomischen Funktionsbedingungen sind massiv gestört, ein anhaltender Teufelskreislauf zwischen steigender Arbeitslosigkeit, niedriger Nachfrage, niedrigen Investitionen etc. droht.

1.3 Die soziale Herausforderung

Offensichtlich spitzen sich in schrumpfenden Ökonomien soziale Probleme massiv zu. Die Erfahrung zeigt sogar, dass bereits ein sukzessiver Rückgang der Wachstumsraten, der seit mehreren Dekaden alle reifen Industrieländer kennzeichnet,⁴ soziale Spaltungstendenzen vorantreibt. In Deutschland betrug das reale bzw. inflationsbereinigte Wachstum in den 1960er Jahren beispielsweise noch durchschnittlich 3,9 Prozent pro Jahr. Dekade für Dekade nahm dieser Wert ab. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts betrug das Wachstum des BIP nur noch 0,7 Prozent pro Jahr. Damit fiel das Wachstum unter den Produktivitätsfortschritt, was notwendigerweise zu einem sinkenden Arbeitsvolumen führt. Da nicht mit einer kontinuierlichen kollektiven Verkürzung der Arbeitszeit auf diese Entwicklung reagiert wurde, verloren mehr und mehr Menschen ihren Arbeitsplatz. Massenarbeitslosigkeit

breitete sich aus. Aufgrund der Zunahme verschiedener Formen an prekärer Arbeit (Leiharbeit, Minijobs, Ein-Euro-Jobs, Scheinselbstständigkeit etc.) sind heute zwar so viel Menschen wie nie zuvor in Deutschland erwerbstätig. Im Wesentlichen wurde ein sinkendes Arbeitsvolumen jedoch lediglich auf mehr Köpfe verteilt. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass im Herbst 2014 immer noch rund drei Millionen Menschen offiziell als arbeitslos registriert sind. Da aber rund 800.000 Arbeitslose nicht mehr offiziell als arbeitslos gerechnet werden (Ältere über 55 Jahre, Ein-Euro-Jobber, kranke Arbeitslose, Menschen in Weiterbildung oder in Bürgerarbeit etc.) und noch einmal so viele Menschen sich gar nicht bei der Arbeitsverwaltung als arbeitslos melden (sogenannte »Stille Reserve«), ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit bzw. die Unterbeschäftigung mit rund 4,6 Millionen Menschen sehr viel höher.

Mit den sinkenden Wachstumsraten geht auch eine zunehmende Spaltung bei Einkommen und Vermögen einher. Die sinkenden Zuwächse beim gesamten Volkseinkommen haben sich in den letzten 15 Jahren nämlich bei den Gewinnen, also den Unternehmens- und Vermögenseinkommen, kaum bemerkbar gemacht. Diese nahmen weiter deutlich zu, so dass vor allem die Bezieher von Arbeitseinkommen die Folgen niedrigerer wirtschaftlicher Zuwächse zu spüren bekamen. Für sie blieb zeitweise sogar real weniger übrig. Einem deutlichen Zuwachs bei den Gewinnen im Zeitraum 2000 bis 2013 von real, also inflationsbereinigt über 30 Prozent stand ein Anstieg bei den realen Arbeitnehmerentgelten, also den Bruttolöhnen und -gehältern inkl. der Beiträge der Arbeitgeber zu den Sozialversicherungen, von insgesamt nicht einmal fünf Prozent in diesen 13 Jahren gegenüber. In der Folge ist die Lohnquote (Arbeitnehmerentgelt am gesamten Volkseinkommen) seit dem Jahr 2000 von 72,1 Prozent auf 68,0 Prozent gesunken. Ohne diese Umverteilung »von unten nach oben« wären den Beschäftigten im Zeitraum von 2000 bis 2013 insgesamt 1,1 Billionen Euro mehr an Einkommen zugeflossen. Alleine im vergangenen Jahr hätte jede(r) Beschäftigte im Schnitt 2.600 Euro mehr verdient. Wer bei einem Durchschnittseinkommen von 29 Euro pro Stunde auf das Lohnplus verzichtet hätte, hätte stattdessen 11 Tage mehr Urlaub machen können.

Infolge dieser Umverteilung bei den Einkommen hat sich das hieraus gebildete Vermögen auf eine immer kleinere, dafür immer reichere Gruppe von Haushalten konzentriert. Inzwischen besitzen die

reichsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland knapp 67 Prozent des Nettovermögens, allein das reichste Prozent gut ein Drittel. 22,5 Prozent des gesamten Nettovermögens konzentriert sich sogar auf das reichste Promille (0,1 Prozent) der Haushalte. Dieser Befund verweist auf die enormen verteilungspolitischen Anforderungen, denen sich Staat und Gesellschaft bei einem Rückgang der Wirtschaftsleistung stellen müssten. Gleichwohl zeigen sich hier die Bedeutung wie die Möglichkeiten der Umverteilung von Einkommen und Vermögen im Rahmen einer »Großen Transformation«.

2. Das alte Zielsystem stimmt nicht mehr

Inzwischen ist es allerdings fast schon ein Allgemeinplatz, dass Höhe und Veränderung des BIP, der zentralen Kennziffer für Wachstum oder Schrumpfung der Wirtschaft, nur ein sehr unzureichender Indikator für den erreichten Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen ist. Über die Frage der Verteilung gibt das BIP wie auch das BIP pro Kopf überhaupt keine Auskunft. Trotz vergleichsweise hohem BIP pro Kopf kann es dem Gros der Menschen in einem Land schlecht gehen, wenn Einkommen und Vermögen extrem ungleich verteilt sind. Demgegenüber kann es trotz vergleichsweise niedrigerem BIP pro Kopf der Mehrzahl der Menschen deutlich besser gehen, wenn die Verteilung egalitärer ist, d.h. der vorhandene Reichtum bei der Mehrheit der Menschen ankommt. Insofern muss ein Rückgang des BIP nicht einmal die Einkommenslage der Menschen verschlechtern, wenn gleichzeitig eine andere Verteilung der vorhandenen Einkommen und Vermögen erreicht werden kann.

Aber auch als bloßer Indikator der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist das BIP nur sehr begrenzt geeignet. Große Teile der tatsächlich erbrachten Leistung werden durch das BIP gar nicht erfasst, weil sie nicht »über den Markt« laufen. Dies gilt für unbezahlte Arbeiten in privaten Haushalten (vor allem die sogenannte Sorge- oder Care-Arbeit), in politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc. oder in Ehrenämtern. Würden sie bewertet und erfasst, läge das gemessene BIP in Deutschland um über ein Drittel höher,⁵ ohne dass die Realität hiervon berührt würde. Damit bleibt auch die Kennziffer BIP unverändert, wenn in diesem Bereich mehr oder weniger Wertschöpfung, Wachstum oder Schrumpfung, erfolgt.

Kommt es zu Verlagerungen zwischen Markt- und privatem Bereich, kann eine reine Betrachtung

der BIP-Entwicklung insbesondere aus ökologischer Perspektive zu völlig falschen Schlüssen führen: Wenn zum Beispiel wegen der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen mehr Dienstleistungen (wie in den USA) nachgefragt werden, wächst das BIP, obwohl lediglich eine Verlagerung vom (nicht erfassten) privaten in den (erfassten) Marktbereich stattfindet. Aus ökologischer Sicht wäre dieses Wachstum aber zu begrüßen, weil Essen in der Kantine oder Waschen durch die Wäscherei aufgrund von Mengenvorteilen⁶ tendenziell weniger umweltbelastend als die individuelle Essenzubereitung oder die individuelle Wäsche ist. Umgekehrt würde ein Abbau des Sozialstaates mit Leistungsreduktionen (z.B. Einsparungen im Gesundheitswesen oder bei der Pflege) sich in einem niedrigeren Wachstum, möglicherweise sogar einem zurückgehenden BIP niederschlagen. Konsequenz wäre aber aller Voraussicht nach eine Ausweitung unbezahlter Sorgearbeit um soziale Härten zu vermeiden oder wenigstens abzumildern. In dem Fall würde das erfasste Wachstum – eventuell sogar des BIP – sinken, obwohl lediglich eine Verlagerung vom erfassten Markt- in den nicht erfassten Care-Bereich stattgefunden hat.

Sofern Leistungen erfasst werden, gehen diese dann allerdings völlig unterschiedslos in das BIP ein: Der Bau einer Windkraftanlage oder die Einstellung von Lehrerinnen oder Erziehern steigern das BIP genauso wie die Beseitigung von Umweltschäden oder die Herstellung von Waffen.

Bereits aus den skizzierten Erfassungsproblemen wird deutlich, dass eine Orientierung auf das BIP als Leitgröße der Wirtschaftspolitik zu kurz greift. Dies gilt aber nicht nur für die Orientierung auf Wachstum, sondern auch für Forderungen nach einer Schrumpfung der Wirtschaftsleistung (»Degrowth«).⁷ Wichtige Fragen der Probleme der Erfassung, der Qualität und strukturelle Defizite des Wirtschaftens bleiben in beiden Fällen ausgeklammert.

3. Wachstum und Wohlstand entkoppeln sich

Mit Blick auf die Bestimmung von »Wohlstand« wird der Bezug auf das BIP noch problematischer. Denn hier spielen das erreichte wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Entwicklungsniveau, die Entwicklung der Umweltprobleme und die Entwicklung der Bedürfnisse sowie die Art und Weise und das erreichte Niveau ihrer Befriedigung eine zentrale Rolle. Der englische Ökonom John Maynard Keynes hatte bereits 1930 eine massive Veränderung des Verhältnisses von

Wachstum und Wohlstand prognostiziert: Die Menschen würden aufgrund voranschreitender Bedürfnissättigung »viel eher als wir uns alle bewusst sind«, ihre »weiteren Kräfte nicht-wirtschaftlichen Zwecken« widmen.⁸ Hierunter verstand er vor allem, wie er in einem Aufsatz aus dem Jahr 1943 zu den ökonomischen Problemen der Nachkriegsentwicklung ausgeführt hat, »vermehrte Freizeit«, »mehr Urlaub« und »kürzere Arbeitszeiten«.⁹ Keynes sah deshalb die Arbeitswoche mit 15-Stunden bekanntlich als notwendiges Zukunftsmodell. Wirtschaftliches Wachstum würde dann als Vorbedingung für Wohlstand seine Bedeutung verlieren.¹⁰

Heute wird immer deutlicher, dass im Zuge des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses offensichtlich zwei gegenläufige Entwicklungen ablaufen: Zum einen wachsen mit der Steigerung der Wirtschaftsleistung die Möglichkeiten, mehr Güter zu erwerben. Je niedriger das Einkommens- und Produktivitätsniveau ist, desto höher ist bei einer Steigerung des BIP – also bei der Ausrichtung der menschlichen Kräfte auf wirtschaftliche Zwecke in Keynes' Begrifflichkeit – tendenziell der Wohlstandsgewinn. Auf einer frühen Entwicklungsstufe ist die Höhe des wirtschaftlichen Wachstums damit noch eng mit einer Zunahme des Wohlstands verbunden. Solange Menschen kein Dach über dem Kopf haben, keine ausreichende Kleidung und zu wenig Nahrung stellt jedes Mehr an Wohnung, Kleidung und Nahrung zweifellos ein Wohlstandsgewinn dar. Mit zunehmender Befriedigung bzw. Sättigung dieser grundlegenden Bedürfnisse sinkt allerdings der Nutzen zusätzlicher Güter, damit auch die Bedeutung weiteren quantitativen Wachstums. Keynes' »nicht-wirtschaftlichen Zwecke« nehmen an Bedeutung zu. Gleichzeitig mehren sich aber die negativen Begleiterscheinungen des Wachstums, die sich in schlechterer Umweltqualität, sinkender Artenvielfalt, steigender Ressourcenknappheit aber auch wachsendem Arbeits- und Leistungsdruck und ausufernden Arbeitszeiten zeigen. Hier liegen ebenfalls große Potentiale ein Schrumpfen der Wirtschaftsleistung ohne Wohlstandseinbußen gestalten zu können.

Dies wird in jüngerer Zeit durch die sogenannte Glücksforschung untermauert. Sie konnte nachweisen, dass ab einem gewissen BIP- und damit Einkommensniveau im Durchschnitt keine Steigerung des individuellen Wohlbefindens mehr feststellbar ist.¹¹

Damit rückt die Frage nach dem grundlegenden Sinn wirtschaftlichen Wachstums in den Vorder-

grund. Diese Entkopplung von Wachstum und Wohlstand bzw. Lebenszufriedenheit hängt neben allgemeinen Sättigungserscheinungen im Sinne Keynes auch mit der Ursache des Wachstums, dem Produktivitätsfortschritt, zusammen. Eine Steigerung des BIP ist bei konstanter oder gar sinkender Bevölkerung grundsätzlich nur möglich, wenn die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde steigt, also mehr Wert je Zeiteinheit geschaffen wird. Üblicherweise steigt die Arbeitsproduktivität, also das BIP je Beschäftigten, von Jahr zu Jahr. Bislang wird jedoch kaum zwischen unterschiedlichen Formen der Produktivitätssteigerung unterschieden. »Gutes« Produktivitätswachstum (effizientere Technik, bessere Organisation, höhere Bildung, Vermeidung von Arbeitsunfällen etc.) steht einem »schlechten«, das auf der Zunahme unbezahlter Arbeitszeiten, höherem Leistungsdruck, mehr Arbeitshetze, weniger Pausen etc. beruht, gegenüber. Vieles deutet darauf hin, dass der »schlechte« Produktivitätszuwachs an Bedeutung gewonnen hat und weiter gewinnt. Dies dokumentieren nicht nur die veränderten politischen Rahmenbedingungen, die wie bereits erwähnt zu mehr prekärer Arbeit geführt haben, sondern auch die starke Zunahme von Burnouts und die zunehmenden Klagen der Beschäftigten, die sich im regelmäßig erhobenen »Index Gute Arbeit« des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) niederschlagen. So geben 63 Prozent der abhängig Beschäftigten an, dass sie in den letzten Jahren immer mehr in der gleichen Zeit schaffen mussten. Mittlerweile beurteilt über die Hälfte der Beschäftigten ihre körperliche Belastung als eher negativ. 85 Prozent stufen ihre gesamte Arbeitssituation als mittelmäßig bis schlecht ein.¹² Damit eröffnen sich Möglichkeiten der Wohlstandssteigerung über die Gestaltung von Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten, die ebenfalls weitgehend unabhängig von der Zunahme des BIP sind.

4. Entwicklung statt Wachstum

Trotz aller Debatten um Grenzen und Sinn des Wachstums dominiert nach wie vor eine wachstumsoptimistische Haltung Politik und Ökonomik. Bislang ist es nicht gelungen, eine gesellschaftliche Debatte über die inhaltliche Bestimmung von Wohlstand zu führen, geschweige denn Dimensionen von Wohlstand ohne wieder höhere Wachstumsraten als gesamtgesellschaftliche Möglichkeit aufzuzeigen. Sofern überhaupt über wirtschafts- und sozialpolitische Konsequenzen auch zukünftig niedriger oder sogar weiter sinkender Wachstumsraten diskutiert wird, geschieht das in der Regel entweder mit dem Ziel, die Gesellschaft auf Verzicht – Kürzungen bei der Rente, Abbau des

Sozialstaats, öffentliche Ausgabenkürzung – einzustellen,¹³ oder eine neoliberale Politik zu propagieren, die über Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung wieder zu höheren Wachstumsraten führen würde.¹⁴ Forderungen nach verteilungspolitischen Konsequenzen sucht man im Kontext von Wachstumsdebatten nach wie vor weitgehend vergebens.¹⁵

Die Anerkennung dekadentübergreifend sinkender Wachstumsraten bei gleichzeitig zunehmenden Umwelt-, Verteilungs-, Sinn- und Wohlstandsproblemen erfordert jedoch eine Fokussierung auf (qualitative) Entwicklung statt (quantitatives) Wachstum. Eine Orientierung auf unqualifiziertes Wachstum des BIP greift als Ziel genauso zu kurz wie die auf bloße Schrumpfung.

Sobald es nicht mehr um eindimensionales Wachsen oder Schrumpfen, sondern um die Steigerung von Wohlstand geht, ergibt sich die Notwendigkeit die Bedingungen einer nachhaltigen und sozialen Entwicklung in einem demokratischen Prozess zu definieren (»Welche Gesellschaft wollen wir?«). Auf unterschiedlichen Ebenen lassen sich Elemente einer »Großen Transformation« benennen:

Auf betrieblicher Ebene gilt es, dem »schlechten« Produktivitätsfortschritt durch Schutzmaßnahmen gegen zunehmenden Leistungsdruck und wachsende Arbeitsintensivierung Einhalt zu gebieten. Klare Regelungen zur Trennung von Arbeitszeit und Freizeit, zur Verhinderung von Überstunden, zum notwendigen Personalbedarf (Personalschlüssel), zu Weiterbildungsmöglichkeiten und zur Gesundheitsvorsorge sind hier notwendige Ansatzpunkte. Die geschilderte Umverteilung in den vergangenen Jahren eröffnet zudem Möglichkeiten der Arbeitsumverteilung durch kollektive Arbeitszeitverkürzung: Wie dargelegt wären 2013 bei gleichem Einkommen elf Tage mehr Urlaub möglich gewesen – wenn die Verteilung zwischen »Arbeit und Kapital« wie im Jahr 2000 gewesen wäre. Mit steigendem Einkommensniveau eröffnen sich zudem Spielräume, den individuellen Wohlstand kontinuierlich durch weniger Arbeitszeit statt durch höhere Einkommen zu steigern. Dazu könnten im Rahmen von Tarifverhandlungen individuelle Wahlmöglichkeiten zwischen weniger Arbeitszeit und höheren Einkommen vereinbart werden. Gleichzeitig müsste allerdings ein Personalausgleich verbindlich festgelegt werden, damit tarifliche Arbeitszeitverkürzungen auch mit entsprechenden Arbeitsverkürzungen einhergehen. Um derartige Entwicklungen zu fördern, müssten Beschäftigte die Möglichkeit

haben, reale Erfahrungen mit kürzeren Arbeitszeiten (in unterschiedlichen Formen wie der wöchentlichen Verkürzung, aber auch durch Sabbaticals oder Auszeiten etc.) zu machen. Dies würde garantierte Wechsel zwischen Vollzeit und verkürzter Zeit voraussetzen. Immer wieder zeigen Untersuchungen, dass Beschäftigte kürzere Arbeitszeiten als Zunahme ihrer Lebensqualität empfinden.¹⁶ Dies haben auch die Gewerkschaften erkannt. Bereits 2011 betonte beispielsweise die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in einer Broschüre zur »Arbeitshetze«: »Auch in der Tarifpolitik werden wir den Schutz vor Schädigung durch Arbeitshetze und Arbeitsintensivierung stärker in den Fokus rücken. Und vor allem geht es darum, die Teilhaberechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken – ihre Möglichkeiten, Einfluss auf Arbeitsmenge, Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation zu nehmen.«¹⁷

Auf nationaler Ebene müssten durch die Parlamente qualitative Ziele vereinbart und Wege zur Umsetzung festgelegt werden. Derartige Ziele könnten eine Rückführung der massiven Ungleichverteilung, die Reduzierung von Arbeitszeiten und -belastungen, der Abbau der nach wie vor bestehenden Massenarbeitslosigkeit, die Festlegung von Grenzen für den Ressourcenverbrauch und CO₂-Ausstoß, aber auch Maßnahmen zur Stärkung von Effizienz (höhere Ressourcenproduktivität, Dematerialisierung), Konsistenz (Naturverträglichkeit, Qualität) und Suffizienz (Selbstbegrenzung, Maßhalten) sein.

Bei der Auswahl einzelner Maßnahmen gilt es das magische Dreieck der Transformation zu berücksichtigen, um einen ökonomischen oder sozialen Kollaps zu verhindern, der jede Transformation in einem gesellschaftlichen Desaster enden lassen würde.

In einem zweiten Schritt müssten dann die notwendigen politischen Maßnahmen diskutiert und festgelegt werden, mit denen die verabredeten Ziele erreicht werden können. Als Instrumente stehen hier die Steuer- und Abgabepolitik, die Arbeitsmarktpolitik, die öffentliche Ausgabenpolitik, aber auch die Eigentumspolitik und gesetzliche Ge- und Verbote bereit.

Auf europäischer Ebene hat der Deutsche Gewerkschaftsbund im Rahmen eines »Marshallplans« für Europa konkrete Vorschläge »für eine bessere, sozialere, prosperierende, demokratische und friedliche Zukunft« vorgelegt. »Angesichts der knappen natürlichen Ressourcen, der sozialen Schieflage, der wachsenden Arbeitslosigkeit, der

demographischen Herausforderungen und der steigenden Wissens- und Technologieintensität« werden Investitionen in eine nachhaltige Energieerzeugung, in die Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien und Dienstleistungen, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung, in eine moderne Verkehrsinfrastruktur, in emissionsarme Städte und Gemeinden und in die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen vorgeschlagen.¹⁸

Eine Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, die auf einem breiten demokratischen Konsens beruht und ökologische, ökonomische und soziale Anforderungen berücksichtigt, würde zu einem neuen Wirtschaften, perspektivisch einer Wirtschaftsdemokratie führen. Wachstum genauso wenig wie Schrumpfung des BIP wäre fortan weder Ziel noch Beleg einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Natürlich müssten und würden einzelne Bereiche auch in Zukunft wachsen, andere dafür schrumpfen. Zum Beispiel würde ein wachsender ÖPNV einem schrumpfenden Individualverkehr gegenüberstehen oder einer umfassenden Gebäudedämmung ein sinkender Energieeinsatz. Diese inhaltliche Qualifizierung der wirtschaftlichen Entwicklung, deren Erfolg anhand aussagekräftiger, spezifischer Indikatoren gemessen werden müsste, würde die fragwürdige Orientierung am Indikator BIP überwinden.¹⁹ Ob letzterer dann Wachstum oder Schrumpfung ausweist, wäre nicht mehr die Frage – und auch unerheblich. Entscheidend wäre allein die Art der Gestaltung und damit die Qualität der »Großen Transformation«.

Anmerkungen:

¹ Ulrich Brand benutzt den Begriff »Transition« im Sinne politisch-intentionaler Steuerung und den der »Transformation« für den ablaufenden Veränderungsprozess. Vgl. Brand, Ulrich: *Transition und Transformation: Sozialökologische Perspektiven*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster 2014, S. 249f.

² Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis: *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte*, Attac Basistexte 36, Hamburg 2011, S. 65.

³ Markantonatou, Maria: *Der Fall Griechenland. Wenn Wachstumsgesellschaften nicht mehr wachsen und die Sparpolitik die Probleme nur verschlimmert*, in: *Atlas der Globalisierung. Weniger ist mehr (Exklusive Vorschau)*, Berlin 2014, S. 10f.

⁴ Vgl. Reuter, Norbert: *Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung*, in: Seidl, I./Zahrnt, A. (Hrsg.): *Postwachstumsgesellschaft*, Marburg 2010, S. 89f.

⁵ Die Eigenproduktion im Haushalt wurde bei dieser Berechnung mit dem Nettolohn einer Hauswirtschafterin bewertet. Vgl. Statistisches Bundesamt/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*, Berlin/Bonn 2003, S. 13.

⁶ Es kommt in dem Fall zu sogenannten positiven Skaleneffekten (Massenproduktionsvorteilen), weil bei steigenden Produktionsmengen die eingesetzten Faktoren pro Stück sinken.

⁷ Vgl. zur Problematik des Begriffs Reuter, Norbert: *Die Degrowth-Bewegung und die Gewerkschaften*, in: *WSI Mitteilungen*, Nr. 7, 2014, S. 555-559.

⁸ Keynes, John Maynard: *Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder* (1930), in: Reuter, Norbert: *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief*, 2. Aufl., Marburg 2007, S. 120.

⁹ Keynes, John Maynard: *Das Langfristproblem der Vollbeschäftigung* (1943), in: Reuter, Norbert: *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität*, a.a.O., S. 142.

¹⁰ Keynes, John Maynard: *Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder*, a.a.O., S. 123.

¹¹ Vgl. Ruckriegel, Karlheinz: *Glücksforschung – Erkenntnisse und Konsequenzen für die Zielsetzung der (Wirtschafts-)Politik*, in: *Jahrbuch für Nachhaltige Ökonomie 2012/2013*, S. 129-147.

¹² Vgl. <http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/>

¹³ Vgl. Miegel, Meinhard: *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin 2010.


¹⁴ Vgl. hierzu v.a. Paque, Karl-Heinz: *Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus*, München 2010.

¹⁵ Eine rühmliche Ausnahme stellen die seit 1975 jährlich erscheinenden Memoranden der Arbeitsgruppe *Alternative Wirtschaftspolitik* dar. Vgl. dazu etwa das jüngste »Memorandum 2014« unter dem Titel »Kein Aufbruch – Wirtschaftspolitik auf alten Pfaden«, Köln 2014.

¹⁶ Vgl. hierzu Kopatz, Michael: *Arbeit, Glück und Nachhaltigkeit. Warum kürzere Arbeitszeiten Wohlbefinden, Gesundheit, Klimaschutz und Ressourcengerechtigkeit fördern*, Wuppertal 2012.

¹⁷ Ver.di (Hrsg.): *Arbeitshetze. So beurteilen die Beschäftigten die Situation in den Dienstleistungs-Branchen. ver.di-Reihe Arbeitsberichterstattung aus der Sicht der Beschäftigten – 4*, Berlin 2011, S. 5.

¹⁸ Vgl. DGB-Bundesvorstand: *Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa*, Berlin 2012.

¹⁹ Vgl. zur Indikatorendebatte umfassend Deutscher Bundestag: *Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«*, Schlussbericht, Berlin (Bundestags-Drucksache 17/13300), Berlin 2013, S. 231-351. 

Wie hältst du es mit der Transformation?

Zukunftsfähiges Wirtschaften in Kirchen und Aktivitäten von Brot für die Welt auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation

Von Heinz Fuchs, Brot für die Welt, Referatsleitung Wirtschaft und Umwelt, Vorstandsvorsitzender von Transfair e.V.

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«?
Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Neues Denken und Handeln

Es ist keine Frage fehlender Analyse: Wir wissen seit langem, dass unsere Art des Wirtschaftens kein zukunftsfähiges ist und wir als Teile der Weltgesellschaft vor großen Herausforderungen stehen, die ein nachhaltigeres Wirtschaften und einen Wandel unseres Konsum- und Lebensstils ebenso wie die Abkehr von einer kohlenstoffbasierten Wirtschaftsweise dringend erfordern. Der Klimawandel und seine Folgen für eine gesicherte Ernährung, knapper werdende Ressourcen und daraus resultierende Konflikte sind unübersehbare Signale, die ein Umdenken und ein verändertes Handeln in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation erfordern. Internationale und nationale Anstrengungen sowie vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen und Vorstöße sind notwendig, um den Herausforderungen begegnen zu können und die Perspektive eines menschenwürdigen Lebens für alle nicht aus dem Blick zu verlieren.

Nachhaltigkeit und zukunftsfähiges Wirtschaften setzen anderes Denken voraus. Notwendig ist zu allererst ein Bewusstseinswandel oder wie man heute zu sagen pflegt: »Wir brauchen ein neues Narrativ«. Wir benötigen ein neues Paradigma, einen grundlegend neuen konzeptionellen Rahmen, der als oberstes Ziel das gute Leben für alle hat. Konventionelle Wertvorstellungen, Wirtschaftsstrukturen und Gesellschaftsordnungen müssen hinterfragt werden. Mit der Vision einer zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb der planetarischen Grenzen geht die Abkehr vom Leitbild der »nachholenden Entwicklung« und vom Mythos des grenzenlosen Wachstums einher. Diese Vision entwickelt sich auf neuen und anderen Wohlstandsmodellen, die auf Kooperation und Solidarität sowie der demokratischen Teilhabe aller basieren. Sie setzt auf eine

»Ökonomie des Genug« und der Suffizienz als Gegenentwurf zu einer »Ökonomie der Habgier« und vertraut darauf, dass Menschen ihre ressourcenintensiven Lebensstile ändern können. Sie setzt auf eine Dekarbonisierung der Gesellschaft.

Die Notwendigkeit umfassender Veränderung ist unbestritten

Die Vision legt zunächst aber einmal nahe: Es geht nicht ohne eine grundlegende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft, es geht nicht ohne einen radikalen, umfassenden und tiefgreifenden Umbau von Infrastrukturen, Produktionsprozessen und Regulierungssystemen und dies im weltweiten Rahmen. Es braucht ein neues Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Der größte Innovationsbedarf besteht sicherlich auf dem Gebiet des institutionellen Wandels, aber die zentrale Herausforderung dürfte der kulturelle Wandel sein, der die Beziehungen zwischen Menschen und Menschen sowie zwischen Menschen und Natur selbst betrifft.

Die Kirchen mit ihren Gemeinden, kirchlichen und diakonischen Einrichtungen und Werken stehen in dieser Situation nicht nur vor der Herausforderung, entsprechende Änderungen in der Gesellschaft einzufordern, mitzugestalten und die Menschen zu Umkehr und Transformation zu motivieren. Brot für die Welt als Entwicklungswerk der Kirchen erhebt insbesondere in seiner Bildungs-, Lobby- und Advocacyarbeit, den Anspruch, Politik mitgestalten zu wollen. Einschlägige und eindringliche Bibelworte einschließlich wegweisender theologischer Reflektionen gibt es hierzu genug. Die Kirchen sowie die kirchlichen Einrichtungen und Organisationen sind auch wirtschaftend und wirtschaftlich tätige Einheiten, sind daher gefordert, »schon einmal anzufangen« und die erforderlichen und strategischen Änderungen im eigenen Wirtschaftshandeln umzusetzen, um einen nachhaltigen Lebensstil und verantwortungsvolles Handeln im Sinne weltweiter Gerechtigkeit vorzuleben. Nur dann ist Kirche glaubwürdig, nur dann kann sie eine gesellschaftliche Vorreiterrolle einnehmen und über ihre

Gemeindeglieder als Multiplikatorin wirken. Nur so kann sie auch mit ihrer beträchtlichen Marktmacht als Konsumentin und Anlegerin positive Entwicklungen herbeiführen – tut sie dies nicht, werden Fehlentwicklungen und Formen überholten Wirtschaftens strukturell zementiert und verstärkt.

Akteure des Wandels

Dabei liegt weder ein Erkenntnisproblem vor, noch fehlt es an Beschlüssen; doch eine gesellschaftliche Vorreiterrolle in Sachen Nachhaltigkeit, als zukunftsfähig, in Verantwortung vor der Schöpfung handelnde und der Gerechtigkeit verpflichtete Gemeinde, Kirche oder Einrichtung will (noch) nicht recht gelingen. Dennoch hat in einigen Bereichen der Kirchen während der letzten Jahre ein Prozess des transformativen Umdenkens eingesetzt. Mit Blick auf die realen Risiken und die in der Öffentlichkeit sehr präsente Bedrohung des Klimawandels haben einige Synoden verbindliche Beschlüsse gefasst, und viele Gemeinden und kirchliche Einrichtungen haben erste Konsequenzen gezogen. Sie sparen im Rahmen von Umweltmanagementsystemen wie dem »Grünen Hahn« oder mit Hilfe von geförderten Aktionsprogrammen in ihren Gebäuden auf unterschiedliche Weise CO₂ ein bzw. beziehen Strom aus erneuerbaren Quellen. Viele Einrichtungen setzen auf Produkte aus fairem Handel, insbesondere bei Kaffee und Tee. In diesem Bereich haben die Aktionen von Brot für die Welt »Fairer Kaffee in die Kirchen« bzw. »2000 Gemeinden trinken fair« viel bewirkt. 85 Prozent aller landeskirchlichen Verwaltungen haben auf fairen Kaffee umgestellt, außerdem alle Evangelischen Akademien, der Evangelische Kirchentag und ein Großteil evangelischer Tagungshäuser.

Auch auf dem Gebiet der Geldanlagen ist durch die Einrichtung des von Brot für die Welt initiierten Fair World Fonds ein stärkeres Bewusstsein und eine erhöhte Sensibilität mit Blick auf die Kirche und ihr Geld entstanden. Die EKD hat Leitlinien für ethische Geldanlagen erarbeitet und der Arbeitskreis kirchliches Investment (AKI) nimmt sich der Umsetzung der Leitlinien in der Praxis an. Auf Gemeindeebene und in einzelnen Einrichtungen werden die Wirkungen der eigenen Anlagepraxis noch weit weniger reflektiert als dies im Bereich des Klimaschutzes oder des Fairen Handels der Fall ist. Auch bei der Verpackung von Kirchenland werden noch zu selten die Fragen von naturnahem Anbau und ethisch verantwortlicher Landnutzung diskutiert, Höchstgebot oder billigstes Angebot sind noch allzu oft die

zentrale Entscheidungsgrundlage. Erst allmählich wächst die Sensibilität für die sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen bei der Beschaffung von Materialien im Bauwesen oder Textilien in kirchlichen Krankenhäusern, Wohnheimen und Tagesstätten, während im Verpflegungsbereich bio, fair und regional durchaus Konjunktur haben. Dabei ist der Verweis auf unzureichende Pflegesätze und Kostendruck sehr ernst zu nehmen, muss aber perspektivisch stärker als gesellschaftspolitische Herausforderung in die Aushandlung von Pflegesätzen einfließen und darf nicht von vorherein als Gegen- und Verhinderungsargument akzeptiert werden.

Dennoch orientieren sich auch im kirchlichen Bereich an vielen Stellen »Pioniere des Wandels« in ihrem Beschaffungswesen und ihrer Vermögensanlage bereits an sozialen, ethischen und ökologischen Kriterien – u. a. angestoßen und unterstützt durch das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt geförderte Projekt »Zukunft einkaufen« (www.zukunft-einkaufen.de) und den Arbeitskreis Kirchliches Investment. In vielen Landeskirchen können die Überlegungen, gerecht und zukunftsfähig zu wirtschaften, auch an die bereits vorhandenen Klimaschutzkonzepte »andocken«.

Neun Landeskirchen haben sich vom »Projektbüro Klimaschutz« der EKD im Rahmen der Förderprogramme der nationalen Klimaschutzinitiative bereits ein solches Klimaschutzkonzept erstellen lassen, zwei weitere sind derzeit in Arbeit. Eine Landeskirche hat ein umfassendes Umweltkonzept vorgelegt, das inhaltlich noch über die Klimaschutzkonzepte hinausgeht. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, die zu einer Reduzierung von CO₂-Emissionen beitragen können, reichen von der Umstellung auf Ökostrom über die stufenweise energetische Sanierung des Gebäudebestandes und Carsharing bei Dienstfahrten bis hin zur Erarbeitung von ökofairen Richtlinien für Beschaffung und kirchliches Einkaufsverhalten.

In einigen Landeskirchen wurde 2013 begonnen, die Konzepte in die Praxis umzusetzen. Auf dem Gebiet der Beschaffung seien beispielhaft zwei Vorreiter genannt: Die Landeskirche Hannover hat drei Klimaschutzmanager/innen angestellt, von denen eine Kollegin explizit das Thema der ökofairen Beschaffung in der Landeskirche betreut; in Baden werden 2,7 Mio. Euro für ein Projekt eingesetzt, das ab 2015 die Beschaffung auf ökumenischer Ebene hinsichtlich ökologischer und fairer Kriterien verbessern soll. Sehr hilfreiche Internetportale sind entstanden, die Kirchen

auf dem Weg des nachhaltigen Wirtschaftens begleiten und unterstützen (z.B. Bayern: www.umwelt-evangelisch.de). Vereinzelt wurden auch bereits Umwelt- und Sozialaspekten in kirchlichen Ordnungen und Regelwerken verankert, (z.B. die Beschaffungsordnung der Bremischen Kirche von 2009, in der Menschen- und Arbeitsrechte sowie Umweltstandards berücksichtigt werden).

Der weiteste Weg beginnt mit einem Schritt und auch kleine Schritte führen zum Ziel

Doch bleibt es ein steiniger Weg, Initiativen und Konzepte in entsprechend wirksame Klimaschutzgesetze und Beschaffungsordnungen zu überführen und dann Unterstützungsstrukturen und -möglichkeiten aufzubauen, um die Umsetzungsbereitschaft vor Ort zu fördern und zu begleiten. Nach wie vor ist der Befund nicht widerlegt, den die 2011 vom SÜDWIND-Institut im Auftrag von Brot für die Welt und dem damaligen Evangelischen Entwicklungsdienst erstellte Studie »Ökofaire Beschaffungspraxis in Kirche und Diakonie. Potentiale, Hemmnisse und Handlungsperspektiven« auf den Punkt gebracht hat: Der Großteil der Gemeinden, diakonischen Werke und Einrichtungen bleibt in seinem Wirtschaften nach wie vor weit hinter dem zurück, was für eine zukunftsorientierte Kirche und eine nachhaltige, gerechte und zukunftsfähige Weltwirtschaft notwendig wäre.

Das mutet etwas seltsam und widersprüchlich an. Der biblische Befund um Verantwortung für die Schöpfung und gerechte Lebensverhältnisse ist eindeutig und ermutigt immer wieder kirchliche Akteure, die sich in vielerlei Weise für eine soziale Gesellschaft, weltweite Gerechtigkeit, Frieden und Armutsbekämpfung sowie verantwortlichen Umgang mit Umwelt und Natur einsetzen. Sie haben unter dem Slogan »Wandel durch Handel« auch den fairen Handel seit den 1970er Jahren maßgeblich voran gebracht und sich entschieden für den Atomausstieg und erneuerbare Energien stark gemacht. In dieser Reihe gehört auch die wegweisende Studie von Brot für die Welt und Evangelischem Entwicklungsdienst, die 2008 unter dem Titel »Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt« zusammen mit dem BUND und dem Wuppertal-Institut veröffentlicht wurde. Sie hat viele kirchliche Debatten angestoßen und mitgeprägt. Zusammen mit weiteren kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen war die Studie ein zentraler Impuls zum Transformationskongress und die

damit angestoßene Debatte um die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation.

Wie eingangs gesagt: nicht der Mangel an Beschlüssen ist das Problem. Es liegen mittlerweile eine ganze Reihe Synodenbeschlüsse der EKD sowie auch der Landeskirchen vor, die ein anderes Wirtschaften im jeweiligen Bereich vorsehen. So haben die 9. EKD-Synode vom 7.11.2002 sowie die 10. EKD-Synode vom 9.11.2006 haben beschlossen, den Fairen Handel in den Kirchen und Gemeinden zu stärken. In ihrem »Beschluss zur Klima- und Energiepolitik« vom 9.11.2010 formuliert die 11. Synode abschließend: »Des Weiteren erwartet die Synode der EKD, dass die Institutionen der EKD sowie der Landeskirchen im Rahmen der Beschaffung und Bewirtschaftung ihrer Einrichtungen ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen.« Die Diakonische Konferenz empfahl in ihrer Sitzung vom 13.-15. Oktober 2009, dass sozialpolitische, ökologische und entwicklungspolitische Fragen stärker aufeinander bezogen werden sollten und die Zukunft global »fair teilt« werden muss. Im EKD-Beschluss 2013 zum Synoden-Thema »Welternährung« heißt es u. a.: »Kirchliche Einrichtungen sind Großverbraucher mit erheblicher Marktmacht. Eine nachhaltige und faire Beschaffung von Lebensmitteln, ein bewusster Konsum sowie Strategien zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen in kirchlichen Einrichtungen haben Signalwirkung für alle, die diese Einrichtungen besuchen bzw. die in ihnen tätig sind.«

Und trotzdem hapert es allenthalben an der konkreten Umsetzung dieser Beschlüsse. Schlagwortartig ist das Fazit ebenso eindeutig wie herausfordernd: Hohes Ambitionsniveau – unbefriedigender Umsetzungsstand; erfolgreiche innovative Pilotprojekte – wenig Ausstrahlung in die Breite. Woran liegt das? Ein Grund für die Umsetzungsdefizite liegt sicher darin, dass es sich bei Beschlüssen, gleich auf welcher Ebene – »nur« um Empfehlungen handelt und Anreizsysteme oder Umsetzungspläne regelmäßig nicht Teil der wegweisenden Beschlusslagen sind. Im presbyterial-synodalen, basisdemokratischen System der verfassten evangelischen Kirchen entscheidet letztlich jede Gemeinde selbst, und die hat häufig andere Sorgen oder setzt andere inhaltliche Schwerpunkte. Aufgrund der Zusammenlegungen und Einsparungen mangelt es an finanziellen und personellen Ressourcen. Die Umsetzung in den Gemeinden hängt an einzelnen Personen. Viele Hauptamtlichen sind durch die Umstrukturierungen der letzten Jahre ermüdet und überlastet, Ehrenamtliche mit der systematischen Umsetzung

überfordert oder nicht mit entsprechendem fachlichen Knowhow vertraut oder notwendigen Kompetenzen ausgestattet. Die Materie erweist sich als vielfach komplexe Materie, und je nach Bedarf und Kontext müssen differenziert Lösungen und Strategien entwickelt werden, die zur Situation vor Ort passen, die Menschen und Entscheidungsträger mitnehmen und Lust machen, für eine Kirche in einer zukunftsfähigen Weltgesellschaft zu wirken.

Gemeinden sehen sich nicht vorrangig als Akteur am Markt, der dort im Guten wie Schlechten Weichen stellen kann. Vom Selbstverständnis her stehen christliche Gemeinden per se auf der Seite der Guten und Christinnen und Christen sind auch nur Menschen, die sich ungern ändern oder Routinen und funktionierende Prozesse aufgeben oder sich sagen möchten, dass sie etwas falsch machen.

Alle, die in dieser Richtung Ansprüche formulieren, werden ganz selbstverständlich auf Widerstand stoßen. Gleichzeitig hält sich auch in diesem Bereich kaum etwas so lange wir Vorurteile: – so ist der Überzeugung »Fairer Kaffee schmeckt nicht« und »Recycling-Papier macht den Drucker kaputt« auch mit den besten Beweisen des Gegenteils schwer beizukommen. Und die Bewahrung der Schöpfung scheint außerhalb von Gottesdiensten, anders als z. B. die Seelsorge, oftmals kein kirchliches Kernthema zu sein. Energie einsparen durch Verhaltensänderung und anderes Lüften als Teil des Klimaschutzes werden zu oft als lästige, reglementierende oder technische Themen wahrgenommen und selten als relevanter theologisch reflektierter Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und zur Armutsbekämpfung. Der geistlich-spirituelle Brückenschlag in diesen Herausforderungen gelingt oftmals nicht oder bleibt wenig überzeugend und wirksam. Ein Anfang wäre sicherlich gemacht, wenn sozialverantwortliches und umweltverträgliches Wirtschaften in Aus- und Fortbildungen integriert werden könnte – sowohl in seinen geistlichen als auch praktischen Aspekten.

Gegenwärtig scheint in den Kirchen – Reformationenjubiläum und -begeisterung hin oder her – hinsichtlich der notwendigen sozial-ökologischen Transformation eher das beharrende Element vorzuherrschen. Bundesländer und Kommunen haben die Kirchen hier überholt und sind mittlerweile an vielen Stellen den Kirchen um Einiges voraus, gerade beim Thema Beschaffung. »Change Agents« oder »Treiber der Transformation« sind die Kirchen (noch) nicht. Welches sind die

Hebel und Stellschrauben, um Transformation als Thema und als konkreten gesellschaftlichen Veränderungs- und Entwicklungsprozess dennoch zu befördern? Diese Frage stellen wir uns bei Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst. Brot für die Welt trägt mit seinen internationalen Programmen und den Instrumenten der Partnerförderung, mit finanzieller Unterstützung sowie durch Beratung und Fachkräfte, dazu bei weltweit Armut und Ungerechtigkeit zu bekämpfen.

Gleichzeitig nimmt das Werk die Herausforderung an, auf politischer und wirtschaftlicher Ebene entschieden strukturelle Veränderungen einzufordern und weltweit die zivilgesellschaftlichen Gestaltungsräume zu stärken. Dies geschieht z. B. durch vielfältige Dialog- und Lobbyaktivitäten im Verbund mit Partnerorganisationen, die kritische Begleitung der internationalen Klimaverhandlungen, Menschenrechtsschutz mit Blick auf Welt handelsfragen, Agrar-, Handels- und Rohstoffpolitik oder Fragen der Unternehmensverantwortung. Beide Wirkungsrichtungen, die Fördern von Partnern im globalen Süden und die an den Interessen der Armen ausgerichtete politische Arbeit hier und in den globalen Politikstrukturen – sind gleichermaßen zentral für die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation.

Dabei müssen und wollen wir aber auch die Gretchenfrage eingehen: »Nun sag, wie hältst Du's mit der Selbsttransformation?« Wie wirtschaftet Brot für die Welt als kirchliches Werk denn im eigenen Haus? Und welche Möglichkeiten gibt es, als Werk der Landes- und Gliedkirchen das zukunftsfähige Wirtschaften in diesen Kirchen zu stärken? Dazu nachfolgende Daten und Fakten:

- 2012 sind die beiden Organisationen Diakonisches Werk der EKD/Brot für die Welt (Stuttgart) und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED, Bonn) fusioniert und haben das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE) e.V. in Berlin gegründet, unter dessen Dach die beiden Werke Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und Diakonie Deutschland arbeiten. Das EWDE setzt das frühere Umweltengagement der Vorgängerorganisationen fort. Für den Sitz des neuen Werks in Berlin-Mitte wurde ein neues, besonders energieeffizientes Bürogebäude gebaut. Das Gebäude wurde 2013 von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen mit dem Goldstandard zertifiziert. Das Umweltmanagement des Werkes ist überdies auf der Grundlage der EMAS-III-Verordnung zertifiziert und wird jährlich auditiert.

- Die im Oktober 2013 verabschiedete Beschaffungsordnung hält in ihren Grundsätzen fest: »Es ist sparsam und wirtschaftlich vorzugehen, wobei entsprechend unserer diakonischen und entwicklungspolitischen Verantwortung im Sinne einer nachhaltigen Beschaffung auch ökologische, soziale und ethische Kriterien zu berücksichtigen sind«. Kapitel II der Beschaffungsordnung geht ausführlich auf diese ökofairen Kriterien ein. Im Oktober 2014 hat das EWDE im Wettbewerb »Büro & Umwelt« von B.A.U.M. e.V. die Auszeichnung für das »umweltfreundlichste Büro Deutschlands« in der Kategorie »Kommune, Behörde, sonstige Einrichtung« erhalten.
- Die Reiserichtlinie des Werks gibt hinsichtlich der CO2 Bilanz vor: »Vermeidung vor Kompensation. Grundsätzlich soll bei innerdeutschen Reisen sowie bei Reisen in Nachbarländer bei einer Entfernung von unter 700 km nicht geflogen werden. Eine Reduzierung der Flugreisen über 700 km wird grundsätzlich angestrebt.« Alle nicht-vermeidbaren Flugreisen werden über den kirchlichen Kompensationsfonds der Klima-Kollekte kompensiert. Derzeit wird erhoben, welche Umweltauswirkungen die Projektarbeit von Brot für die Welt hat, um auch an dieser Stelle entsprechend Weichen stellen zu können.
- Mögliche Kooperationen mit Unternehmen prüft das Werk vor dem Hintergrund eines strengen Ethikkodex. Die Anlagekriterien, die sich an den Leitlinien zum ethischen Investment der EKD orientieren, werden gerade aktualisiert, um nach der Fusion allen neuen Gegebenheiten und strukturellen Veränderungen Rechnung tragen zu können.
- Brot für die Welt ist Mitglied im Arbeitskreis Kirchliche Investments in der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Brot für die Welt ist Mitglied von »Transfair – Verein zur Förderung des Fairen Handels« (Fairtrade Deutschland) Gesellschafter von »GEPA – The Fair Trade Company« und der »Klima-Kollekte - Kirchlicher Kompensationsfonds gemeinnützige GmbH und wirkt jeweils in den Leitungsgremien mit. Dem Werk obliegt die Geschäftsführung des Kriterienausschusses des Fair World Fonds.

Brot für die Welt- wie vermutlich jede Organisation auf diesem Gebiet auch – versteht sich in seinen eigenen Nachhaltigkeitsanstrengungen stets nur als »auf dem Weg« – in einem kontinuierlichen Prozess.

Kräfte bündeln, Strahlkraft entwickeln

Die Frage, welche Einflussmöglichkeiten das Werk hat, um das zukunftsfähige Wirtschaften in Landes- und Gliedkirchen voran zu bringen liegt insbesondere auf dem Feld der Zusammenarbeit mit den Landeskirchen, der Förderung entsprechender hier angesiedelter Aktivitäten im Bereich der entwicklungsbezogenen Informations- und Bildungsarbeit, bei gemeinsamen Veranstaltungen und in der Bereitstellung geeigneter Hintergrund- und Informationsmaterialien. Seit 2009 steht eine ganze Reihe von Materialien für Gemeinden im Rahmen des Projektes »Zukunftsfähiges Deutschland« zur Verfügung. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, über die Inlandsförderung Zuschüssen für entsprechende Aktivitäten in den Regionen, vor Ort und in Einrichtungen zu beantragen.

Darüber hinaus wurde in der Politikabteilung 2013 ein Themenschwerpunkt speziell zum zukunftsfähigen Wirtschaften in Kirchen etabliert. Dabei war ein wichtiger Grundgedanke, die Trennung unterschiedlicher Einzelaspekte wie Entwicklungs- und Umweltpolitik sowie das Nebeneinander von Klimaschutz, Fairer Handel, ökofaire Beschaffung und ethisches Investment zu überwinden und die Bereiche als Konzept nachhaltigen Wirtschaftens miteinander zu verbinden. Die Herausforderung besteht darin, die Einzelaspekte zusammenhängend zum Thema zu machen und es so als »Nachhaltigkeits- und Transformationspaket« in Kirchenbezirke, Gemeinden, Verwaltungen und Einrichtungen zu tragen und es dort strukturell zu verankern. Daher wurde im Referat Wirtschaft und Umwelt in den Arbeitsfeldern ethisches Investment, öko-faire Beschaffung und Fairer Handel ein Programm entwickelt, das die bereits bestehenden Aktionen und Projekte nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftens unterstützen und sie verstärkt in die Fläche bringen soll und ergänzende Materialien, Aktionsformen und Multiplikator/innen-Tools entwickeln und bereitstellen soll. Als ganz zentral zeigt sich der Bedarf nach Netzwerkbildung, da momentan an vielen Orten Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer versuchen, Kollegen und Gemeindeglieder für das Thema zu motivieren und oftmals die Erfahrung der einsam Rufenden in der Wüste machen.

Erste Ergebnisse sind auf dem neuen Internetportal für zukunftsfähiges Wirtschaften in Kirchen www.zu-wi.de zu finden. Sie gibt Orientierung über Handlungsmöglichkeiten und vorhandene Aktivitäten und liefert Antworten, Argumente Hintergrundinformationen zu den vielfältigen

FAQs. Außerdem gibt sie einen Überblick, was in den verschiedenen Landeskirchen bereits unternommen wird, um das zukunftsfähige Wirtschaften »im eigenen Haus« voran zu bringen. Aus der Mediathek können thematisch einführende Kurzfilme herunter geladen werden, die relevanten einschlägigen Publikationen von Brot für die Welt finden sich hier gebündelt und sortiert. Diese neue Website soll im Dialog mit den Netzwerken aus Landeskirchen und Einrichtungen kontinuierlich ergänzt und fortgeschrieben werden. Im Mittelpunkt wird immer die Frage stehen, wie das zukunftsfähige Wirtschaften im Alltag der Kirchen gestärkt und strukturell verankert werden kann.

Ein solches konsequentes anderes Wirtschaften ist unverzichtbar. Doch die meisten der Ansätze verbleiben natürlich innerhalb des vorhandenen Systems. Auch wenn zum Beispiel im EWDE regelmäßig Geschenk- und Tauschbörsen der Mitarbeitenden untereinander stattfinden, so ist das zwar ein Vorgeschmack auf ein anderes Wirtschaftens, doch das System als solches wird noch nicht berührt. Auf gesellschaftlicher Ebene setzt sich Brot für die Welt daher parallel in der Bündnisinitiative Transform für strukturelle Veränderungen ein. Das Werk ist Mitträger des Ökumenischen Prozesses »Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten« und war Partner der 4. Internationalen DeGrowth-Konferenz für ökologische

Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Im Nachgang entsteht gerade ein Handbuchs für »Akteure des Wandels«. Auf diese Weise ergänzen sich vielfältige Aktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Kooperationen. Letztendlich sollen sie hoffnungsvoll dazu beitragen, Weichen im Großen und Ganzen zu stellen, dabei aber selbst nicht die Mühen des Umbaus in der Ebene zu scheuen.

»Ecclesia semper reformanda – ecclesia semper transformanda«. Einen (Selbst-)Umbau am lebenden Objekt – ist es das worum es geht und bekommt »die« Kirche das hin? Vielleicht sollten wir die Fragen gar nicht so umfassen und generell stellen sondern stattdessen lieber weiter daran arbeiten, die sozial-ökologische Transformation zu einem genuin kirchlichen Anliegen in dieser konkreten historischen Situation zu machen, wo die planetarischen Grenzen unübersehbar sind. Wer über Armutsbekämpfung auf der einen Seite spricht, muss dies auch über Wohlstandsreduzierung auf der anderen tun. Allein unser Tun ein wenig grüner zu machen wird nicht ausreichen, wenn wir das gute Leben für alle als Vision nicht aus dem Blick verlieren wollen. Die Gerechtigkeitsperspektive des Evangeliums ist dabei, Zuspriech und Hoffnung. Fangen wir als an oder machen wir unverzagt weiter und werden Akteure des Wandels. **D**

Panel 4:

Von der Binnenlogik zur Zusammenarbeit – Fazit und Vereinbarungen

Das Potential der Nordkirche

Von Dr. Andreas Tietze, Präses der Synode der Nordkirche; Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtags (Bündnis 90 Die Grünen)

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Tagung liegt in einer international, wie für die Nordkirche, bedeutsamen Woche. Am vergangenen Wochenende gingen in New York und in Berlin Tausende von Menschen auf die Straße, um bei den Teilnehmern des UN-Klimagipfels Druck zu machen für einen konsequenteren Klimaschutz.

Morgen beginnt die Klimasynode der Nordkirche in Travemünde, in der ein nordkirchenweit verbindliches Klimaschutzgesetz und ein konkreter Klimaplan vorgestellt und diskutiert werden. Anders als in New York und Berlin werden vermutlich keine Kirchengemeinden dafür auf die Straße gehen, auch wenn die Synode aufmerksam verfolgt werden mag. Immerhin wird die Delegation der Jugendklimakonferenz auf der Synode Präsenz zeigen.

Möglicherweise sind wir uns alle in der Kirche einig. Möglicherweise hat dies mit der Struktur der Kirche zu tun.

Auf Ebene der Kirchenkreise und Kirchengemeinden gibt es ja bereits seit einigen Jahren Programme und Projekte zum Klimaschutz und zur Klimagerechtigkeit.

Was aber jetzt schon deutlich wird: Es braucht in der Nordkirche eine größere Beteiligung und Vernetzung in der Frage der »Großen Transformation«. Das Thema »Klimaschutz« ist zwar den meisten Kirchenmitgliedern geläufig, die Forderung eines radikalen Wandels des Lebensstils hat innerhalb der Kirche immer noch eine stark prophetische Note.

Nun hat die Nordkirche rund 2,2 Millionen Mitglieder, die in rund 1.000 Kirchengemeinden organisiert sind.

Jede dieser Kirchengemeinden könnte theoretisch die Avantgarde eines neuen Lebensstils bilden, eine höchst innovative und in die Gesellschaft hinein ausstrahlende Gruppe.

Dieses Potential ist vorhanden und hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu verschiedenen Anlässen entfaltet. Man denke nur an die Kirchentagsbewegung, die Anti-Apartheidsbewegung, die Friedensbewegung, die Anti-Atomkraft-Bewegung etc.

Kirche, bzw. christlicher Glaube motiviert Menschen, die zentralen Fragen von Frieden, Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung zu stellen und nach Antwort zu suchen und sich damit am gesellschaftlichen Diskurs aktiv und gestaltend zu beteiligen.

Christlicher Glaube motiviert Menschen auch, umzukehren, ihrem Leben eine neue Ausrichtung zu geben und sich auf ein »Genug« zu beschränken.

Wenn wir jetzt bei dem Thema der Tagung danach fragen, was Menschen - insbesondere in der Kirche - daran hindert umzudenken und ins Handeln zu kommen, dann könnte man im Raum der Kirche verschiedene Gründe anführen, z. B. theologische: Ein Pastor der Nordkirche schrieb letztes als Reaktion auf die Ankündigung der kommenden Klimasynode:

»Was hat der Klimaschutz mit unserem spezifischen religiösen Auftrag als Kirche zu tun? Oder anders gefragt: Inwiefern hat der Gottesglaube im Blick auf die Klimafrage etwas Besonderes zu sagen? Ich weiß es wirklich nicht und seufze über die Abwanderung der Kirche in die Ethik.«

Man kann selbstverständlich danach fragen, was der besondere christliche Beitrag bei der Formulierung eines neuen Gesellschaftsvertrages sein könnte. Dass sie aber ihrem Auftrag untreu wird,

wenn sie sich um ihren Beitrag zum Klimaschutz und zu mehr Klimagerechtigkeit kümmert, wage ich zu bezweifeln.

Offensichtlich soll sich Kirche auf ihr Proprium beschränken und um »das Eigentliche« kümmern: Verkündigung und Seelsorge.

Unabhängig aber davon wie ein jeder weltanschaulich oder religiös motiviert ist, wenn wir am Ende gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen, ist schon viel erreicht.

Andere Gründe liegen sicherlich auch in der Komplexität des Themas. Das »Große Ganze« in den Blick zu nehmen mit einer großen Zahl von Interpretationsmöglichkeiten ist wesentlich komplizierter als sich auf ein Thema wie die Ächtung der Apartheid in Südafrika fokussieren zu können.

Hier liegt die Aufgabe der Bildungseinrichtungen, komplexe Sachverhalte verständlich darzustellen und den Menschen gangbare Wege aufzuzeigen.

Ein weiterer Punkt ist die Konsequenz für den eigenen Lebensstil. Freiwilliger Verzicht ist schöner gesagt als getan.

Hier benennen die Erkenntnisse der Postwachstumsökonomie gute Möglichkeiten. Sie erfordern aber den Willen und die Fantasie, sich die Welt ohne die bisherigen Gewohnheiten, Denk- und Handlungsmuster vorzustellen und sich in ihr neu zu orientieren und einzurichten.

Hier könnte, wie zu Anfang gesagt, eine Kirchengemeinde eine besondere Rolle als »Pionier des Wandels« (WBGU) spielen. Seit den Tagen der Jute-statt-Plastik-Bewegung und des fair gehandelten Kaffees oder der Eine-Welt-Läden hat sich einiges getan.

In Hamburg-Bahrenfeld verwandelt die Luther-Kirchengemeinde gerade ein Terrain von 10.000 m² zu einem Gemeinde- und Gemeinschaftsgarten für alle Generationen. Ein Beispiel von »Urban Gardening«. Oder Kirchengemeinden bieten ihre Räumlichkeiten an für die Diskussion nachhaltiger Konzepte und Projekte auf lokaler Ebene, bzw. stoßen sie selbst an.

Dabei kommt es darauf an, dass sich Kirchengemeinden öffnen und mit anderen Akteuren aus Gesellschaft und Politik vernetzen. Kirchengemeinden können so auf lokaler Ebene zur Ausbildung und -gestaltung von »Commons« beitragen,

die »Kunst des sich Zusammenuns« (Elinor Ostrom) anregen, politisch handeln, ohne die Macht zu übernehmen. Die Themen, die unter den Begriff der »Großen Transformation« fallen, stehen bereits seit einigen Jahren auf der Agenda der Nordkirche und ihrer Vorgängerkirchen Nordelbien, der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und der Pommerschen Evangelischen Kirche.

Diese Lernbewegung für einen neuen Lebensstil hat sich ja bereits seit dem Bericht des Club of Rome »Grenzen des Wachstums« auf den Weg gemacht – mit unterschiedlicher Dynamik und Konsequenz.

Verschiedene Akteure aus der Kirche haben sich in den Fragen des Umweltschutzes, den Fragen sozialer Gerechtigkeit etc. oft als Avantgardisten bei der Formulierung einer neuen Gesellschaftsordnung oder der Praktizierung eines neuen Lebensstils erwiesen.

Dieses »transformative Potential« ist m. E. nach wie vor vorhanden und müsste noch stärker als bisher abgerufen bzw. angesprochen werden. Hier spielen die Bildungseinrichtungen der Nordkirche eine zentrale Rolle (ZMÖ: Christian-Jensen-Kolleg, Haus am Schüberg, KDA, Akademie der Nordkirche, Infostelle Klimagerechtigkeit, die Pädagogisch-Theologischen Institute etc.), auf die innerkirchliche und politische Willensbildung und Praxis einzuwirken.

Im Rahmen kirchlicher Bildungs- und Partnerschaftsarbeit finden entsprechende Vernetzungen, Koalitionen und Kooperationen mit Partnern aus dem kirchlichen wie nichtkirchlichen Bereich statt.

Der Kirchentag 2013 in Hamburg mit seinem Motto »Soviel du brauchst« hat zudem wichtige Impulse für eine Beschäftigung mit den Themen »Klimagerechtigkeit«, »Nachhaltigkeit«, »Postwachstumsökonomie« oder »Öko-Suffizienz« im Bereich der Nordkirche gesetzt.

Die Nordkirche ist sich ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Verantwortung bewusst und versucht diese – über den »Goodwill« hinaus – umzusetzen. Die Frage ist, wie wir vom »Goodwill« ins Handeln kommen, auf allen Ebenen der Nordkirche.

In den Kirchenkreisen der Nordkirche gibt es ermutigende Beispiele dafür, wie der Klimaschutz in das kirchliche Leben verankert werden soll, bei

der Neufassung der Pachtverträge nach ökologischen Standards, in der Bereichen Energie, Mobilität und Beschaffung.

Mit der Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes in Klimaschutzgesetz und Klimaschutzplan will die Nordkirche insgesamt ihre ökologische Verantwortung in den Bereichen Immobilien, Mobilität und Beschaffung wahrnehmen – unter den theologischen, verfassungsrechtlichen und finanziellen Vorgaben. Da ist es auf lokaler Ebene einer Kirchengemeinde wesentlich einfacher ins Handeln zu kommen.

Neben den verfassungsrechtlichen und ökonomischen Vorbehalten, steht die Frage einer angemessenen Beteiligung im Raum bzw. in der Diskussion.

Aber es geht nicht nur um die Organisations- und Finanzhoheit der Kirchengemeinden und die Frage, wie weit die Gesamtkirche in die Autonomie einer Kirchengemeinde eingreifen kann. Kernfra-

ge der Kirche ist auch die theologische Begründung und Ausrichtung ihres Redens und Handelns.

Die Theologische Kammer der Nordkirche hat eine Stellungnahme zu »Klimaschutz und Klimagerechtigkeit« erarbeitet, in der u.a. die Frage gestellt wird, »wie eine Spiritualität beschaffen sein müsse, die uns in die Lage versetzt, gewohnte Bilder von Wachstum und gutem Leben loszulassen und neue Bilder zu entwickeln? Wie kommen wir zu einer »Ethik des Genug«?

Wir kommen aber nicht darum herum, diese Frage nach dem »Genug« im praktischen Vollzug, im Experiment und in einer gemeinsamen Suchbewegung mit allen gesellschaftlichen Akteuren zu reflektieren.

In diesem Prozess kommt der Landessynode als zentrales Denk- und Diskussionsforum und Entscheidungsorgan der Nordkirche eine besondere Rolle und Aufgabe zu. D

Muten wir uns etwas zu

Einige Stichworte zur Zusammenarbeit der Organisationen

Von Dr. Susanne Uhl, Regionsgeschäftsführerin DGB Schleswig-Holstein Nordwest

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«?
Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Allein der Begriff hat das Zeug zur Einschüchterung: *Große Transformation*. Es kommt hinzu, dass es dabei nicht »nur« um die Analyse bereits stattgefundener Prozesse gehen soll, sondern um eine Art Zukunftsprogramm, eine Zielbestimmung für ein anderes, ein besseres, ein »nachhaltigeres« Leben und Arbeiten.

Zur Analyse gehört die Feststellung vielfältiger gesellschaftlicher Krisen der Gegenwart: Die strukturelle Krise der Ökonomie, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise sie repräsentiert, die soziale Krise, die in der wachsenden Ungleichheit ihren Ausdruck findet, die ökologische Krise des selbstverursachten Klimawandels mit all seinen Folgen für das Leben auf dem Planeten und dann auch noch die politische Repräsentationskrise.

Bei der positiven Zielbestimmung wird es dann noch deutlich schwieriger, denn wir alle ahnen, dass das zu unseren Lebzeiten nichts werden wird: Eine Gesellschaft, die im Einklang mit der Natur, in sozialer und selbstbestimmter Gleichheit, in uneingeschränkter Würde und Respekt voreinander lebt. Ich gebe zu – meine Fantasie reicht noch nicht einmal dafür aus, mir eine Vorstellung davon zu machen.

Stellt sich die Frage: Ist das schlimm? Ist eine Utopie, eine Vorstellung über das Ziel die Voraussetzung dafür, gemeinsam für ein besseres Leben und Arbeiten einzutreten? Und dürfen wir erst dann zufrieden sein, wenn wir ein gemeinsames Bild davon haben? Meine Antwort ist: Nein. Was aber stattdessen (gemeinsam) denken und tun? Unsortiert einige Gedanken hierzu:

Das Große das Kleine, das Abstrakte das Konkrete nicht verhindern lassen

Zunächst: Natürlich geht es darum, den Dingen (analytisch) auf den Grund zu gehen. Sich so gut es geht selbst und gemeinsam zu vergewissern, mindestens Ähnliches als Krise, als »transforma-

tionsnotwendig« zu verstehen. Die Erfahrung mit solcherlei Diskussionen unter uns Leuten aus Umweltverbänden, Kirchen und Gewerkschaften zeigt nach der vorgetragenen Krisenanalyse aber häufig zweierlei: Einerseits im Großen und Abstrakten weitgehendes gemeinsames Kopfnicken, das das Beziehen aufeinander mindestens nicht verunmöglicht (und nicht verunmöglichen soll). Andererseits Atemnot, wenn es darum geht, Gehörtes auf das konkrete Leben und Arbeiten zu Lebzeiten zu übertragen – die Monstrosität der Aufgabe lässt all das, was im Täglichen an Auseinandersetzungen um nur kleine Verbesserungen stattfindet, quasi zu nichts verblassen. Die Fallhöhe zwischen Analyse und konkreter Handlung entmutigt eher, als zu ermutigen.

Aber was soll das denn jetzt heißen? Analyse einstellen? Nein, das soll es mit Sicherheit nicht heißen. Aber es könnte heißen, dass wir AnalytikerInnen der Verhältnisse mit der Perspektive der Reduktion der Fallhöhe empirischer und mikrosoziologischer werden könnten. Das schafft Anknüpfungspunkte für Alltagserfahrungen und dafür, den Spielraum, die Erkenntnis und die Lust für Veränderung vor Ort zu erweitern.

Uns im Argument Zumutung sein

Nun ahnen wir aber dennoch alle, dass wir den Abstraktionsgrad in vielen Diskussionen untereinander – also zwischen den Organisationen – auch deshalb suchen, weil wir nur auf dieser Ebene glauben Einigkeit oder wenigstens friedliche Koexistenz erreichen zu können. Selbstverständlich muss unsere Art des Wirtschaftens sozialer, ökologischer und demokratischer werden und selbstverständlich ist der ökologische Umbau, die erfolgreiche Energiewende, der Schlüssel für die Zukunft. Keine Organisation (und keine Organisation in der Organisation) würde da widersprechen.

Lassen sich aber Interessenskonflikte nicht leugnen, gibt es ein populäres Stilmittel: Es werden völlig überzeichnete Zuschreibungen gemacht, überspitzt Positionen konstruiert, die in ihrer Zuspitzung inhaltlich meist ziemlich bescheuert sind und in dieser Form höchstens von einigen Unverbesserlichen vertreten werden. Wer dann aber im politischen Prozess auch nur ansatzweise

in die Richtung argumentiert wird auf der Extremposition verortet. Fragen und Argumente müssen dann nicht mehr ernst genommen werden, weil ja schon als bescheuert entlarvt. (Der Nebeneffekt ist, dass Menschen, die eine solche Art inhaltlicher Zuschreibung einmal erlebt haben, Gefahr laufen sich selbst zu disziplinieren – lieber keine Frage stellen als in dieser Ecke zu stehen.)

Nun gebe ich zu, dass auch ich an dieser Stelle überspitze. Dennoch trägt beispielsweise die eigentlich nötige Diskussion um Sinn und Folgen der Elbvertiefung gelegentlich solche Züge. Auf der einen Seite stehen quasi die Totengräber der Hafenvirtschaft, während man sich auf der anderen Seite kaum vorstellen kann, am Ende einer argumentativ geführten Auseinandersetzung zur Tolerierung einer Vertiefung zu kommen. Oder im Fall der Stromtrassen: Wer Einwände formuliert ist gegen die Energiewende. Dabei gibt es selbstverständlich gute Argumente für unterirdische und/oder andere örtliche Verläufe. Oder im Falle der (Post-)Wachstumsdebatte, in der den Gewerkschaften häufig so viel Ewiggestriges angeheftet wird, dass Entwicklungen nur zu klein sein können. Es gibt noch viele andere Beispiele.

Sicher ist: Weder erhöhte Abstraktion zur Herstellung von Einigkeit, noch überspitzt konstruierte Interessenkonflikte machen uns miteinander schlauer. Respekt im Umgang miteinander bedeutet, den Disput, die argumentative Auseinandersetzung zu führen, mit der grundsätzlichen Bereitschaft das eigene Argument zu überdenken, zu lernen und erst am Ende Differenzen als solche zu benennen und dann auch stehen zu lassen. Sich zu respektieren bedeutet, sich inhaltliche Foren zu schaffen mit dem Ziel, sich gegenseitig argumentativ etwas zuzumuten.

Innerorganisatorische Spannungsbögen (an-)erkennen

Dass wir es bei »den Gewerkschaften«, »den Kirchen« und »den Umweltverbänden« jeweils nicht mit in sich widerspruchsfreien und durchaus heterogenen Organisationen zu tun haben, wissen wir alle, die wir dort mitarbeiten. Auch dort greifen selbstverständlich die oben beschriebenen Mechanismen und sicherlich noch einige mehr. Damit umgehen können wir gemeinsam nur, indem wir uns gegenseitig »in die Karten schauen« lassen und die innerorganisatorischen Spannungsbögen so gut es geht transparent machen. Dabei geht es dann nicht darum, etwas zu »verraten«, zu relativieren oder zu entschuldigen, son-

dern erst einmal darum zu verstehen (was einem ja innerhalb der eigenen Organisation gelegentlich selbst schwerfällt). Aber natürlich bedeutet ein Ausstieg aus der Atomenergie, aus der Kohle, aus der Waffenproduktion usw. eine dramatische Veränderung für all diejenigen, die dort arbeiten (und nebenbei auch denen, die sie als Mitglieder organisieren), weshalb ein Ausstieg grundsätzlich dennoch nicht falsch ist und viele in den Gewerkschaften diesen jeweils befürworten. Einen Umstieg oder eine Konversion zu gestalten, ist aber zweifellos ein spannungsreicher Prozess. Genau so spannungsreich sind im Dienstleistungsbereich die Beziehungen zwischen staatlichen und privatisierten Betrieben. Erinnern wir uns nur an die Diskussion um den Rückkauf der Hamburger Energienetze – eine Rekommunalisierung. Auch in der Kirche führte diese Diskussion zu widersprüchlichem Verhalten. Denn selbstverständlich sind auch Kirchen und Umweltverbände inneren Spannungen ausgesetzt. Und leider ist es manchmal eben auch so, dass man zu einem speziellen Zeitpunkt an einem speziellen Thema leider keinen Schritt weiter kommt. Dies für den Moment anzuerkennen fällt schwer, sollte die gemeinsame Diskussion aber keinesfalls beenden – im Gegenteil.

Gemeinsame Gelegenheiten nutzen und schaffen

Und so gibt es auf den unterschiedlichen Ebenen konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit – im Sinne vieler kleiner Transformationen.


Dazu kann es gehören, »Unterstützungsrufe« auch zu hören, wenn es – im Falle der Gewerkschaften beispielsweise – in lokalen betrieblichen Auseinandersetzungen öffentliches zur Seite stehen braucht. Da geht es beispielsweise in einem inhabergeführten Unternehmen um die Kündigungen von Betriebsräten, weil sie innerbetriebliche Mitbestimmungsansprüche stellen. Gerade wenn ein solcher Unternehmer auch Mitglied der lokalen Kirchengemeinde ist, ergeben sich hieraus Möglichkeiten des (Zusammen-)Wirkens.

Dasselbe gilt für die zunehmend unter Betriebsräten geführten Diskussionen rund um Ressourceneffizienz in ihrem jeweiligen Betrieb, wo das Wissen der lokalen Umweltbewegung einiges zur Weiterentwicklung beitragen könnte – von der Frage, wie meinen Arbeitsplatz möglichst energieeffizient gestaltet werden sollte, über eher technischen Diskussionen wie aus Wind Wasserstoff für den Produktionskreislauf wird, bis hin zu

Solaranlage auf dem Werkdach oder der Windmühle zur Eigenstromproduktion.

Dazu kann es gehören ein zentrales regionales Thema gemeinsam zu bearbeiten und voranzubringen. An der schleswig-holsteinischen Westküste versuchen wir – Leute aus Gewerkschaften, Umweltbewegung und Kirchen – dies in einem gemeinsamen Diskussionsprozess rund um das Thema Erneuerbare Energien und wie ein Umsteuern in allen Arbeits- und Lebensbereichen konkret aussehen könnte. Es ist ein gemeinsames

Experiment – und wir machen auch welche zusammen.

Dazu kann es aber auch gehören, Gelegenheiten am Schopf zu packen und zwar dort, wo sie ohnehin stattfinden – dazu gehören Kirchen- und Gewerkschaftstage, Jahrestage allerarten. Dort wo wir ohnehin sind, die jeweils anderen als mögliche Akteure mitzudenken und Kontroversen zu organisieren würde uns auch weiter bringen. Denn häufig ist es schon anstrengend genug wenigstens kein Bremser der Transformation zu sein. 

Von der Binnenlogik zur Zusammenarbeit – Fazit und Vereinbarungen / Statement

Von Alexander Porschke, Vorsitzender des Naturschutzbundes Hamburg

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist meine Grundüberzeugung, nach der ökologische Probleme in aller Regel die unerwünschten Nebenwirkungen von an sich legitimen Bedürfnissen von Menschen und ihrer Handlungen sind. Unser Bedürfnis nach Wohnen in der Stadt führt zur Versiegelung von Grünflächen, unser Bedürfnis zu arbeiten und zu konsumieren führt zu Eingriffen in den Stoffwechsel der Natur, unser Mobilitätsbedürfnis führt zu Lärm, Luftbelastungen und Verkehrstoten.

Das führt im Ergebnis einerseits dazu, dass eine - wie auch immer geartete - »große Transformation« an sich noch keine Antwort auf die Herausforderungen gibt, die unerwünschten Nebenwirkungen unseres Handelns zu mindern. Andererseits bietet dieses Herangehen die Chance und Notwendigkeit, sich den ökologischen Problemen auch ohne »große Transformation« schon jetzt zu widmen.

Denkt man die begrenzte Tragfähigkeit unseres Planeten und den Gesichtspunkt globaler Gerechtigkeit zusammen, so wird auch die Größe der Herausforderung deutlich: Am Beispiel der Verbreitung von PKWs sei dies erläutert. Während in Deutschland ca. 550 PKW auf 1000 Einwohner kommen, sollen es in Indien derzeit ca. 13 sein. Wollte man aus Gründen der globalen Gerechtigkeit in Indien und anderen großen Schwellenstaaten eine PKW-Dichte wie in Deutschland erreichen, so würde dies sehr schnell die ökologische Tragfähigkeit der Erde überlasten. Wollen wir aber in Deutschland die Zahl der PKW nennenswert vermindern, so werden wir mit großer Sicherheit auf massiven Widerstand der »Verlierer« stoßen. Der in einer gerechten Welt global pro Kopf vertretbare Ausstoß von circa 2 Tonnen CO₂ würde den Deutschen jedenfalls ganz bestimmt nicht ausreichen.

Aus dem Bild der unerwünschten Nebenwirkungen leitet sich ab, dass es darum geht, zukunfts-

fähigere Balancen zu finden. Wir sollten Anreize, Regeln und Entscheidungen unterstützen, die mehr und besser in Richtung einer global gerechten und zukunftsfähigen Lebensweise führen, ohne auf die große Erlösung zu warten, mit der sich alle Widersprüche in Luft auflösen. Und wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass jede Veränderung ihren Preis hat.

So geht der aus sozialen Gründen erwünschte Erfolg als Exportnation zu Lasten der Exportchancen anderer, auch benachteiligter Volkswirtschaften auf der Welt. Und die Bewahrung der Schöpfung kann am Beispiel der nur an der Elbe existierenden Pflanze Schierlings-Wasserfenchel ökonomische Restriktionen mit sich bringen.

Gesellschaftliche Abwägungen zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Interessen bei den bisherigen Kräfteverhältnissen sind leider allzu oft zu Lasten der Bedarfe der Ökologie gegangen. Die institutionelle Macht dieser drei Dimensionen lässt sich schön an der Größe ihrer Niederlassungen in Hamburg bebildern. Handels- und Handwerkskammer als Zentralen der Ökonomie befinden sich im Zentrum der Stadt. Hamburgs Rathaus wird von Spöttern auch schon mal als Anbau an der Handelskammer bezeichnet, weil diese bereits 50 Jahre vor dem Rathaus fertig geworden war.

Sieht man das Gewerkschaftshaus als Zentrale der sozialen Sphäre am Besenbinderhof stehen, so beeindruckt auch dieses durch seine zentrale Lage und sein schiere Größe.

Der NABU-Hamburg ist dagegen mit seinen 21.000 Mitgliedern zwar der größte Hamburger Natur- und Umweltschutzverband, und verfügt über eine kleine Geschäftsstelle in einer Nebenstraße in Borgfelde. Er ist damit stellvertretend für die ökologische Sphäre um Größenordnungen kleiner.

Von einem ausgewogenen Kräfteverhältnis zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen kann auch über das exemplarische hinaus keine Rede sein. Betrachtet man die globale Perspektive, werden die Unterschiede noch größer.

Für konkrete Beiträge zum »Welt retten« bedeutet das, wir sollten nicht auf Lösungen warten sondern Beiträge in die richtige Richtung leisten.

Und der Vorteil an den erkennbaren Ungleichgewichten ist, dass die Richtung, in die wir unsere Gesellschaft entwickeln sollten, relativ klar erkennbar ist:

- Wir brauchen mehr Gleichheit und mehr Kooperation in der Gesellschaft.
Ansätze wie die Sharing-Ökonomie, die Eigentum durch Nutzungsrechte ersetzen will, Genossenschaften, bei denen gemeinsamer Nutzen an Stelle der Profitmaximierung steht, öffentlich zugängliche Kultur-Infrastruktur wie Plätze, Parks, Begegnungsstätten und ähnliches, weisen in die richtige Richtung.
- Wir müssen die globalen Konsequenzen unseres Handelns sorgfältiger mitdenken.

Eine Verlagerung von produktionsbedingten Schadstoffemissionen von Deutschland nach China ist z. B. sicher kein Beitrag zur Lösung der ökologischen Krise. Aber Schwellenländern wie China, Indien und anderen die ausgewogene Teilnahme am Welthandel zu erschweren, dürfte ebenfalls schwer zu vertreten sein.

- Wir sollten die globalen ökologischen Leitplanken besser erkennen anstatt sie zu verdrängen. Der wissenschaftliche Beirat für Umweltfragen hat dazu schon viele Hinweise geliefert. Und auch wenn noch nicht die letzte Kommastelle aller Prognosen gesichert ist, können wir schon heute sagen: Unser derzeitiges Niveau der Inanspruchnahme von Naturressourcen und unser Ausstoß von Treibhausgasen kann so nicht globaler Standard werden. Für uns muss deshalb die Entwicklungsrichtung dahin gehen, beides zu senken. **D**

Die evangelische Kirche und die »Große Transformation«: Eher Teil des Problems als Teil der Lösung

Von Theo Christiansen, Leiter des Bereichs Diakonie und Bildung des Kirchenkreises Hamburg Ost

»Welt-retten« konkret: Was hindert und was hilft bei der »Großen Transformation«? Tagung des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA) und der Evangelischen Akademie der Nordkirche. Hamburg, 23. - 24.09.2014

Wenn sich Gewerkschaften, Kirchen, Umweltverbände und andere Akteure der Zivilgesellschaft unter dem Titel »Große Transformation« treffen, dann tun sie das in dem Bewusstsein, dass sie das je ihre dazu beitragen können und wollen, um den Prozess hin zu einer zukunftsfähigen, gerechten Welt tatkräftig voranzubringen. In diesem Sinne verstehen sich die Akteure als Teil der Lösung der anstehenden Probleme. Ich glaube, dass wir uns in diesem Selbstverständnis täuschen und dass uns diese Selbst-Täuschung mehr zu einem Teil des Problems macht, das es zu bewältigen gilt, als zu einem Teil seiner Lösung. Ich möchte diese These begründen und beziehe mich dabei in allererster Linie auf die evangelische Kirche in Deutschland, weil ich hier tätig bin.

Zu Beginn ein aktuelles Beispiel:

Hier im Eingang liegt ein Aufruf zu einer Protestkundgebung gegen das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen. Initiatoren sind u. a. gewerkschaftliche und kirchliche Organisationen. Die zentralen Forderungen richten sich u. a. gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bereichen der Daseinsvorsorge sowie gegen die Stärkung der Rechte privater Investoren. Das ist nicht neu, bis in den Wortlaut hinein findet sich das in Beschlüssen aller Organisationen, die im rot-grün-gewerkschaftlich-kirchlichen Spektrum unterwegs sind. Das ist die eine Seite. Die andere: Vor einem Jahr wurde in Hamburg ein Volksentscheid durchgeführt, in dem es um die Umsetzung exakt dieser Forderungen an einem sehr konkreten Beispiel ging, nämlich der geplanten weiteren Privatisierung der Hamburger Energie-Infrastruktur. Dieser – schließlich erfolgreiche – Volksentscheid musste sich durchsetzen gegen teilweise heftigen Widerstand insbesondere aus der Leitungsebene der Organisationen, die sich nun, wo die konkrete »Gefahr« vorbei ist, wieder zu Wort melden.

Dieses Beispiel ist kein Einzelfall, sondern symptomatisch. Wer sich die Geschichte des Konziliareren Prozesses, der mit dem Ansatz und dem Denken der »Großen Transformation« vergleichbar ist, in den 1980/90er Jahren anschaut, wird sehen, dass die Diskrepanz zwischen einer guten Beschlusslage und einer immer wieder behinderten oder verhinderten politischen Performance dieser Beschlüsse System hat. Man schaue sich bspw. die innerkirchlichen Auseinandersetzungen um die Friedensbewegung, das Anti-Apartheid-Engagement oder die Nestle-Kampagne an. Selbst das kirchliche Engagement für Flüchtlinge, das innerkirchlich nach wie vor hohe Akzeptanz hat, ist mit dem Makel behaftet, dass im entscheidenden Moment – nämlich der Einschränkung des Asylrechts 1992 – der Rat der EKD anders entschied als es die meisten Stimmen aus der Kirche heraus forderten und damit der Regierung folgte, die ihrerseits dem rechten Druck Rechnung zollte. Man könnte zur Illustration auch in die Provinz gehen und schauen, wie lokalen Protestbewegungen (z. B. zur Industrialisierung im Untereifelraum) innerkirchlich begegnet wurde. An dieser Stelle sei auch ein Seitenblick auf die Gewerkschaften gestattet, wenn ich auf die m. E. auch dort nicht produktiv bewältigten Auseinandersetzungen über die Rüstungs-, Energie- oder Industriepolitik verweise.

Viele der genannten Beispiele haben etwas Schillerndes an sich, weil sie einerseits den Erfolg kirchlicher Aktionsgruppen – meist im Bündnis mit anderen – spiegeln und manche von ihnen in die kirchliche Traditionsbildung eingegangen sind. Das Problem – und das ist die andere Seite – stellt sich darin, dass diese Konflikte meines Wissens innerkirchlich nicht aufgearbeitet wurden, weshalb sie für eine so plurale Organisation, wie es die evangelische Kirche ist, nicht produktiv gewendet wurden. Diese Doppelbildlichkeit zeigt sich bis heute darin, dass es in etlichen gesellschaftspolitischen Feldern ein inhaltlich unverträgliches Nebeneinander von ausgebildeter Expertise, unterstütztem Engagement und kirchenpolitischem Vorgehen gibt. Wir reden in der Kirche gern über Normen und normativ, aber nicht über die Formen, in denen gesellschaftliche Machtverhältnisse normativ wirken. Zugespitzt ausgedrückt: Es darf alles gesagt werden, was gut

und richtig ist, aber es darf nicht konkret und relevant werden, wenn es in einen ernsthaften Konflikt mit der Regierung führen würde.

Warum ist das in diesem Zusammenhang wichtig? Wenn wir unter dem Stichwort der »Großen Transformation« miteinander diskutieren und uns organisieren, dann schauen wir auf Gegenwart und Zukunft und den Veränderungsbedarf. Wir schauen m.E. nicht genau genug auf den Status quo und darauf, welchen Anteil unsere eigenen Organisationen an dem Erhalt des Status quo haben. Das aber halte ich für notwendig, schon allein um auf die Frage, warum gegen alle Einsicht notwendige Veränderungen so schwer umzusetzen sind, eine realitätstaugliche Antwort geben zu können. Ralf Ptak hat in seinem Beitrag auf dem Symposium darauf hingewiesen, dass wir zurzeit noch in einer ganz anderen Transformation stecken, nämlich in der Mitte der 1970er Jahre eingeleiteten neoliberalen Wende. Diese Wende ist auf Dekaden hin angelegt, denn sie orientiert sich nicht an vordergründigen Veränderungen, sondern an dem Interesse an einer grundsätzlichen Neuaufstellung unserer Gesellschaft. Mit der Herausbildung eines veränderten Verständnisses vom »Markt« ging eine »Entbettung« des wirtschaftlichen Handelns aus dem gesellschaftlichen Leben einher, einschließlich der Veränderung substanzieller Werte bis hin zu einem pessimistischeren, misstrauisch konnotierten Menschenbild. Eine Folge war auch die Ökonomisierung des Sozialen mit entsprechender Auswirkung auf das Grundverständnis dessen, was »sozial« bedeutet, fataler noch die Kommerzialisierung, die wir in weiten Teilen des sozialen Sektors erleben. Unsere Gesellschaft – da reicht ein Blick auf die politische Agenda – befindet sich noch mitten in dieser Transformation. Wir haben es deshalb heute und insbesondere wenn wir über die Große Transformation reden de facto mit der Gleichzeitigkeit von Abwehrkämpfen gegen die neoliberale Transformation und dem Vortasten zu einer post-neoliberalen Agenda zu tun. Als Stichworte seien dafür noch einmal die Kommerzialisierung des sozialen Sektors und der öffentlichen Daseinsvorsorge einerseits und die vielen, noch kleinen Ansätze einer alternativen, solidarischen Ökonomie andererseits genannt.

In diesen Abwehrkämpfen zeigen vor allem die großen Institutionen, zu denen auch die evangelische Kirche gehört, ihren Doppelcharakter. Denn so sehr sie aus ihren inhaltlichen Traditionen heraus kritisches Potenzial beherbergen, so sehr profitieren sie von der bisherigen Entwicklung und dem Erhalt des Status quo. De facto ist die

evangelische Kirche als Institution und Organisation Profiteur unseres gesellschaftlichen Systems. Das spiegelt sich last but not least auch in der Zusammensetzung vieler Gremien und darum auch in so mancher Stellungnahme. Deshalb gibt es auch eine gewisse Anfälligkeit für die Einflussnahme der wirtschaftlichen und politischen Eliten auf die Kirchen, auch wenn sie sich nicht immer so deutlich niederschlägt wie in dem jüngsten »Sozialwort« der Kirchen, das Friedhelm Hengsbach treffend als Ausdruck eines Schulterchlusses der wirtschaftlichen, politischen und kirchlichen Eliten charakterisiert hat. Das Problem ist nicht, dass es diese Einflussnahme gibt: Institutionen sollten sich Sorgen machen, wenn niemand auf sie Einfluss zu nehmen versucht. Das Problem ist, dass die evangelische Kirche die sich daraus ergebende Widersprüchlichkeit nicht offen thematisiert und damit erst jenen Verdacht weckt, den sie vehement von sich weisen würde, nämlich dass sie in ihren Positionen und in ihrem Handeln nicht frei ist.

Um mit dieser Widersprüchlichkeit umzugehen, wählen viele den Weg, die Kirche als Ort der (mitunter moderierten) Begegnung auszuweisen. Das kann – je nach Situation – produktiv sein, ist es aber nicht immer. In der Gesamtheit führt das eher dazu, dass politische Konflikte als kommunikative Prozesse wahrgenommen werden, in denen man in der Auswahl der Eingeladenen auch mal klug und mutig sein darf, in denen es letztlich aber nicht auf die Inhalte ankommt. Im Gegenteil: Die sind austauschbar, wenn die Funktion als Moderator im Zentrum des eigenen Interesses steht. Es ist spürbar, dass nach der durch die ökumenische Bewegung geprägten Generation mittlerweile vielfach diejenigen in kirchliche Leitungspositionen gewählt wurden, deren Ausbildung sehr durch die Aneignung von Moderationstechniken geprägt wurde. Das macht die evangelische Kirche extrem anfällig für eine fortschreitende Anpassung an den gesellschaftlichen Mainstream, was sie im Hinblick auf ihre gesellschaftspolitische Funktion und Aufgabe letzten Endes überflüssig machen wird.

Kurzum: Wenn die evangelische Kirche das, was unter dem Begriff der »Großen Transformation« zusammengefasst ist, wirklich und ernsthaft fördern will, sollte sie offenen Auges auf die eigenen Verstrickungen schauen, die sie selbst daran hindern, Teil dieser Bewegung zu werden. Ansonsten wird die evangelische Kirche diesem Prozess nicht nur nicht nützen, sondern sogar schaden.